

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 29. JG NR. 176
JULI/AUGUST 2006
1,50 EURO

Inhalt

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Wer nicht arbeitet ...

... soll auch nicht essen, meint nicht nur Wolfgang Clement

Nun ist es also soweit: Gegen Erwerbslose zu hetzen, ist wieder „in". Keine zwei Jahre nach den sozialen Protesten rund um die Einführung von Hartz IV schlagen bürgerliche Medien und Parteien altbekannte Töne an. Arbeit werde durch den Sozialstaat verhöhnt und Nichtstun belohnt. Zudem treibe ein angeblich massiver „Leistungsmißbrauch" die Staatsfinanzen in den Ruin.

Es ist schon erstaunlich, wie leicht es offensichtlich möglich ist, die immer gleichen Argumente auf eine veränderte Situation anzuwenden, auch wenn sie heute noch weniger zutreffen, als vor Umsetzung der Hartz-Reformen. Kaum poltert Stern-Kolumnist Jörges, es habe der Kommunismus gesiegt, weil ALG II-Empfänger besser da stünden als manche Gehaltsbezieher, beeilen sich Presse und Politiker, ihm beizupflichten. „Nachbesserungen" wie schärfere Kontrollen von Leistungsbeziehern und härtere Sanktionen bei Verweigerung angebotener Arbeit seien dringend nötig.

Tatsachen interessieren dabei wenig. Obwohl unabhängige Untersuchungen lediglich eine Quote von zwei bis fünf Prozent sog. „Leistungsmißbrauch" feststellen, ist immerzu von 20–25 % die Rede — wobei nicht einmal genannt wird, welche Verlockungen der sozialen Hängematte denn hier erschlichen würden, gibt es doch dank Hartz z. B. keine Sachleistungen mehr. Und auch beim lieben Geld sind die Möglichkeiten, irgendetwas auszuschöpfen, arg begrenzt. Vielmehr gehört schon einiges an Energie und Ausdauervermögen dazu, auch nur das zu bekommen, worauf man (noch) Anrecht hat. Gerissene Filous scheren sich wohl kaum um ALG II. Zocken mit gezinkten Karten oder Kontakte zu abenteuerlustigen Schiedsrichtern sind da bekanntlich einträglicher.

Und auch mit der Logik ist es nicht weit her. Es ist zweifellos skandalös, wenn der Lohn einer 40-Stundenwoche nicht zum Leben reicht. Sozialleistungen, die sich am äußersten Existenzminimum orientieren, herabzusenken, wird daran nur nichts ändern. Dennoch argumentiert so etwa ein gewisser Herr Stoiber, es gebe keinen Anreiz, Arbeit überhaupt anzunehmen. Aber welche Arbeit denn? Wieviele offene Stellen standen doch gleich wievielen Arbeitssuchenden gegenüber? Selbst, wenn alle, die ALG I oder II beziehen, mit der Knute zu Vorstellungsgesprächen geprügelt, und alle Unternehmen bei Androhung der unverzüglichen Enteignung vom Staat dazu gezwungen würden, den erstbesten Bewerber einzustellen, hätte das bestenfalls ein Absinken der Arbeitslosenquote im homöopathischen Bereich zur Folge.

Apropos Stellenangebote, Hartz IV und Mißbrauch: Auch hier liegt die Wahrheit doch wohl eher im diametralen Gegenteil dessen verborgen, was behauptet wird. Nicht vom Arbeitslosengeld selbst, wohl aber am Los dessen Beziehers läßt sich gutes Geld verdienen. Nehmen wir nur einmal die Unzahl von Fortbildungsseminaren, an denen teilzunehmen Erwerbslose gezwungen werden, und wo sie so nützliche Ratschläge erteilt bekommen wie den, daß man heute nicht mehr „Gesundheit" wünsche, wenn jemand niest, denn das stünde schließlich im „Business-Knigge". In Zeiten von Privatisierung und „Outsourcing" werden diese Kurse, die doch selten zu mehr taugen als bloßer Beschäftigungstherapie, von eigens zu diesem Zweck gegründeten Privatfirmen durchgeführt. Oder man schaue sich nur einmal die Stellenanzeigen in der Tageszeitung an. Wie hoch ist wohl der Anteil ernstgemeinter Annoncen? Von Nepp- und Drückerinseraten einmal ganz abgesehen, stellt der Hauptteil nichts weiter dar als Firmenreklame. Werbung in der Zeitung ist teuer. Stellenanzeigen hingegen werden subventioniert. So manches Stellenangebot ist reiner Schwindel, nur, um Werbekosten zu sparen.

Dennoch soll der Druck auf die Erwerbslosen weiter erhöht werden. Sicherlich entspringt das dem innewohnenden Wesen des Kapitalismus, kommt hier die Politik den Wünschen der Unternehmerverbände entgegen. Das Schicksal jener, die ohne Job dastehen, muß ein ausreichend bedrohliches Gespenst werden, damit die, die noch Arbeit haben, jede Verschlechterung ihrer Situation widerstandslos hinnehmen. Doch die Debatte dieser Tage um die Einführung von „Null-Euro-Jobs" und dem Fahnenappell zur alltäglichen Zwangsarbeit, wie von einem CSU-Hinterbänkler gefordert, tragen doch schon absurde Züge, die von Verzweiflung zeugen.

Fortsetzung auf Seite 4

Hartz IV-Verschärfung

Große Koalition erhöht den Druck

Während der große Wurf der Großen Koalition in den meisten Politikfeldern noch auf sich warten lässt, waren sich Unionsparteien und SPD schnell einig, wie die Vereinbarungen zur Verschärfungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) umgesetzt werden sollen. Bereits im Februar wurde das SGB II-Änderungsgesetz und im Juni das SGB II-Fortentwicklungsgesetz vom Bundestag verabschiedet. Beide Gesetze bedeuten für Erwerbslose spürbare materielle und rechtliche Einschnitte. Die Neuregelungen erschweren den Zugang zum Leistungssystem, sie enthalten zahlreiche Kürzungen für bestimmte Zielgruppen und reduzieren die Alterssicherung insgesamt, sie schärfen bereits vorhandene Sanktionierungs- und Kontrollinstrumente des Gesetzes und fügen neue hinzu und sie konstruieren umfassende Unterhaltspflichten, die mit bürgerlichen Rechten nicht mehr zu vereinbaren sind.

Flankiert werden diese Gesetze durch eine Missbrauchskampagne von Politik und Massenmedien, die gestützt auf Lügen und gezielter Desinformation Erwerbslose diffamiert und unter Generalverdacht stellt. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass nach der Sommerpause die nächsten Verschlechterungen für Leistungsbeziehende ins Haus stehen werden.

Bereits Ende Februar wurde das Änderungsgesetz verabschiedet. Das Paket umfasst u. a. die Angleichung der Regelsätze Ost an die 345 Euro in den alten Bundesländern, die Halbierung der Rentenzahlungen für ALG II-Beziehende, den Leistungsausschluss für Ausländer auf Arbeitssuche in der BRD und eine Neuregelung der Wohnraumsicherung, wenn Wohnungslosigkeit droht. Das Kernprojekt der Gesetzesänderung war die Hereinnahme der unter 25-jährigen erwerbslosen jungen Erwachsenen, die noch zu Hause wohnen, in die Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern. Bislang wurde den



betreffenden Personen noch eine eigene Haushaltsführung zugestanden. Über den Umweg der Bedarfsgemeinschaften wird ab 1. Juli eine uneingeschränkte Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber ihren erwachsenen Kindern konstruiert werden. Außerdem reduziert sich ab dem Stichtag der Leistungsanspruch für unter 25-jährige automatisch auf 80% oder 276 Euro Regelleistung monatlich. Die zweite gravierende Änderung für diese Zielgruppe ist das Auszugsverbot für junge Erwerbslose. Der Auszug muss nun bei der ALG II-Behörde genehmigt werden, da sonst die Unterkunftskosten nicht mehr gezahlt werden. Die Genehmigung vom Amt soll nur in schwerwiegenden sozialen Gründen erteilt werden. Wer die Behördenpraxis kennt, weiß, dass das einem Auszugsverbot gleichkommt.

Anfang Juni schließlich wurde das „SGB II Fortentwicklungsgesetz" durch den Bundestag gewunken. Es wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates größtenteils im August in Kraft treten. Die Regierung erwartet durch die Leistungskürzungen weitere Einsparungen in Höhe von 1,2 bis 1,4 Mrd. Euro. Mit dem Fortentwicklungsgesetz treten u. a. die folgenden Verschlechterungen beim ALG II in Kraft:

- Schärfung der Sanktionsinstrumente bis zur Existenzvernichtung
- Die schmerzhafte Verschärfung des Sanktionsparagraphen (§ 31 SGB II) ist die Ausweitung der Zählwirkung einer Sanktion von drei Monaten auf ein Jahr. Eine zweite Pflichtverletzung innerhalb von zwölf Monaten führt bereits in die zweite Sanktionsstufe mit bis zu 60% Kürzung der Regelleistung über starre drei Monate. Die dritte Sanktion innerhalb der Frist umfasst eine 100 Prozent-Kürzung der Leistung — also inklusive der Unterkunftskosten — und bedroht die Hilfebedürftigen mit Wohnungsverlust. Bei „Besserung" des Verhaltens des Sanktionierten kann die 100 Prozent-Kürzung vom Fallmanager „gelockert", d. h. verringert werden.
- Aufgrund der weit verbreiteten Willkür bei der Verhängung von Leistungskürzungen durch ALG II-Ämter und des Wegfalls des untersten Netzes zur Sicherung der Existenz (im Zuge der „Hartz IV-Reform") kann diese neue Sanktionsregelung als gesetzlich vorgegebener Weg in die Obdachlosigkeit bezeichnet werden.

Fortsetzung auf Seite 5

Catwalk



Fußball
Am Wochenende vom 17. / 18. Juni fand im Berliner Mauerpark ein Fußballcup statt. Die FAU in Berlin stellte dafür ein eigene Mannschaft auf und schaffte es immerhin bis zum Spiel um den dritten Platz.
Foto auf Seite 2.

70 Jahre Spanische Revolution
Am 18./19. Juli 1936 erhoben sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Spanien und kämpften gegen General Franco, der mit deutscher und italienischer Hilfe einen faschistischen Militärputsch begonnen hatte. Das war der Auftakt zur Spanischen Revolution und zur Kollektivierung der Wirtschaft.

KontrollVerluste-Festival 2006



Am 26. August findet im Berliner Südosten — Bulgarische Straße (Ecke Neue Krugallee) — wieder das antifaschistische und unkommerzielle Festival „Kontrollverluste" statt. in diesem Jahr steht es unter dem Motto „antifaschistischer Widerstand gestern — heute — morgen". Es werden diverse Bands spielen, eine Hüpfburg, Streetart usw. gibt's natürlich auch. Bereits im Vorfeld werden einige Infoveranstaltungen sowie eine Stolpersteine-Legung veranstaltet.
Nährere Infos unter: www.kontrollverlustefestival.de.vu

Kauf Dich glücklich!
Die revolutionären Ereignisse vom März 1920, als allein im Ruhrgebiet über 330.000 ArbeiterInnen in den Generalstreik traten, werden im Geschichtsunterricht kaum thematisiert.
Um dieses interessante Beispiel für Selbstorganisation wieder in Erinnerung zu rufen, haben die GenossInnen der FAU Duisburg eine Broschüre erstellt.



FAU Duisburg (Hrsg.): März 1920 — Die vergessene Revolution im Ruhrgebiet. Erschienen im Syndikat A-Medienvertrieb, Moers (www.syndikat-a.de). 52 Seiten, Preis: zwei Euro

FAU-Ticker

+++ Mitte Mai gründete sich „Münster solidarisch“ als Vernetzung von Initiativen, Vereinen und Beschäftigten, die von kommunalen Sparpaketen und Umstrukturierungsplänen oder sonstigen Sozialkürzungen betroffen sind. Die lokale FAU unterstützt dieses Projekt +++ zu Pfingsten fand wieder der Jahreskongress der FAU statt, diesmal in Löhne/Westfalen. Eine neue Geschäftskommission wurde gewählt, die GenossInnen kommen aus der OG Hannover +++ besonders erwähnenswert ist die Konstituierung einer neuen Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Statuten +++ eine Erklärung zum Libertad-Verlag wurde verabschiedet. Die FAU sieht keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Einstellung der Verlagstätigkeit und den Auseinandersetzungen zwischen dem Verlag und der FAU +++ die Redaktionen BuG und Hintergrund sowie die Anzeigenverwaltung wurden neu besetzt +++ es gibt neue Zeiten für die Treffen in Osnabrück +++ die FAU Potsdam hat eine neue Adresse +++ unter www.faum.de steht nun die komplette ca. 60-teilige Umsonstheftereihe der OG München mit handverlesener anarchistischer sowie anarchosyndikalistischer Lektüre zum Download bereit. Auch ein Newsletterdienst wurde eingerichtet +++ vom 20. bis 23. Juli findet in Geretsried (bei München) ein libertäres Camp mit Beteiligung der FAU München statt. Nähere Infos unter: www.faum.de +++ das Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU) in Bremen hat ein Infoblatt für Erwerbslose und (Lohn)arbeitende fertiggestellt, das als PDF-Datei im Internet unter www.fau-bremen.tk heruntergeladen werden kann +++ die nächsten Regionaltreffen: Region West am 26.08. vermutlich in Duisburg, Region Nord am 03.09. +++ die CNT-F lädt interessierte Mitglieder und Gruppen der FAU zu einem internationalen Branchentreffen von 24. bis 26. November in Paris ein +++

Invasion der Kopflosen! Da hat man bisher geglaubt, schlicht und völlig unspektakulär in Dortmund zu leben und muß nun feststellen, daß man Einwohner eines „Austragungsortes“ ist! Heerscharen von Fußball- und plötzlich auch Deutschlandfans, geschmückt mit Hüten, T-Shirts, Socken, Papiergirlanden in den geliebten Landesfarben schieben sich Bier trinkend und Fähnchen schwenkend die Fanmeile hinauf und hinunter oder okkupieren sogenannte „Public Viewing“-Plätze, um gebannt auf Großleinwände zu starren, die die Stadtväter, weder Kosten noch Mühe scheuend, für das Volk aufstellen ließen.

Man wundert sich, wieso auf einmal so viel Geld für die „Verschönerung“ der Stadt zur Verfügung gestellt wurde. Hatte es nicht immer geheißen, die Kassen seien leer? Nun wurden in Windeseile Straßen neu gepflastert, Gebäude renoviert und überall Blumen und Bäume gepflanzt. Ganz nett, denkt man sich, aber hätte man das alles nicht auch schon früher veranlassen können? Auch das Volk einschließlich der Erwerbslosen wirft mit dem Geld nur so um sich. Alles feiert, lacht, konsumiert – und das Ganze fünf sorglose Wochen lang!

Selbst Politiker sieht man nun seltener mit gerunzelter Stirn über die desolate Haushaltslage und die Notwendigkeit einschneidender Reformen faseln. Dafür lassen sich die Regierenden umso häufiger in den Fußballstadien sehen, um dort, verhalten zwar, aber nicht weniger blödsinnig als die Menge, den deutschen Fußballmannen zuzujubeln.

Und was kommt nach dem Finale totale am 9. Juli? Vermutlich die große Ernüchterung und bei manchen auch Erstaunen über den allseitigen Realitätsverlust der vergangenen Wochen. Aber an das Ende der Spiele will man heute noch nicht denken. Allenfalls morgen. Oder auch übermorgen.

Einen interessanten Aspekt hatte die WM bisher allerdings auch schon: Den ersten Streik einer Mannschaft in der Geschichte der Fußballweltmeisterschaften. Die Spieler von Togo verlangten die Auszahlung der vereinbarten Antrittsprämie vor dem Spiel gegen die Schweiz. Sie verweigerten die Abfahrt aus dem Mannschaftsquartier in Wangen im Allgäu. Erst nachdem sich die FIFA eingeschaltet und die Regierung Togos die Barauszahlung in Wangen veranlasst hatte, fuhr die Mannschaft mit zweistündiger Verspätung zum nächsten Spiel.

Man sieht also auch beim Fußball:
Kämpfen lohnt sich!

In diesem Sinne,

Die Layouter,
Dortmund


Die FAU-Mannschaft beim Fussballcup im Berliner Mauerpark

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

- Bremen ..... FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, www.fau-bremen.de.vu
  Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
- Bielefeld .... c/o „Umweltzentrum“,August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu
- Flensburg .... c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
- Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, fauhh@fau.org, Tel. (040) 43 22 124
- Hannover .... UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org
- Kiel .... Kontakt über OG Hamburg
- Lübeck ...... Kontakt über OG Hamburg
- Osnabrück ... FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925, 49009 Osnabrück, Treffen: jeden Do. 20:00 Uhr im Café „Mano Negra“, Alte Münze 12, fauos@fau.org

Region West

- Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Do. im Monat ab 19.00 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31
- Bonn .... FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, Telefon: (0228) 90 93 171, E-Mail: faubn@fau.org, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
- Dortmund .... c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Tel. : (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, faudo@fau.org
- Duisburg .... FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof“, Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, faudu@fau.org, www.fau-duisburg.tk
- Düsseldorf ... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, faud@fau.org, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf oder www.free.de/asti
- Köln .... Allgemeines Syndikat und Arbeitslosen-Syndikat c/o Infoladen „LC 36“, Ludolf-Camphausen Str.36, 50672 Köln, jeden ersten Do. um 20.00 Uhr, ask@fau.org
- Krefeld ..... (02151) 39 42 70
- Moers ...... c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
- Münster ..... FAU Münster, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, offenes Plenum jeden letzten So. im Monat um 19.00 Uhr im Dahlweg 64, Café und Filmabend jeden 2. So. im Monat, 20.00 Uhr im „Don Quijote“, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster

Region Ost

- Altenburg .... fauabg@fau.org
- Berlin ...... Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org,Tel.: (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, offenes Büro dienstags 16.00 - 20.00 Uhr
  Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, bsy-b@fau.org
  Kultursyndikat, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, ksy-b@fau.org
  GNLL Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, faugrs@fau.org
  FAU-Tresen jeden 1. und 3. Do. ab 21.00 Uhr im Subversiv, Brunnenstr.7 /2.HH, Berlin-Mitte, U8 Rosenthaler Platz
- Dresden ..... FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16.00 - 20.00 Uhr, fau-dd@gnuviech.info
- Frankfurt/O. . FAU-IAA, c/o Backdoor, Rosa-Luxemburg-Str. 24, 15230 Frankfurt/Oder, fauff@fau.org
- Göttingen ... FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße“, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
- Gransee ..... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org
  c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
- Halle/Saale ... c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
- Leipzig ...... c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, leipzig@fau.org
- Magdeburg ... FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
- Potsdam .... FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel.: (0176) 29 55 01 00, faupdm@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/potsdam, Treffen jeden 2. und 4. Mi. 18.00 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGA, Charlottenstraße 28 in Potsdam

Region Süd

- Aschaffenburg Kontakt über Frankfurt/M
- Dachau ..... Kontakt über München
- Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M
- Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, fauffm@fau.org
- Freiburg ..... FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mi. gegen 20.00 Uhr im autonomen Zentrum KTS
- Gießen/Wetzlar FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen“, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Cafè Sabotage – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen“
- Konstanz .... Bildungssyndikat Konstanz, www.sybiko.de.vu, sy.bi.ko@web.de
- Lich .... FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, fauli@fau.org
- Mainz .... Kontakt über Frankfurt/M
- München .... Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, faum@fau.org, www.faum.de
- Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, faunw@fau.org
- Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
- Wiesbaden ... GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

- FAU-CH ...... Postfach 580, CH-8037 Zürich
- Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, bern@fauch.ch

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate: bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Osnabrück | West: Münster | Ost: Magdeburg | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norge), secretariado@iwa-ait.org, www.iwa-ait.org

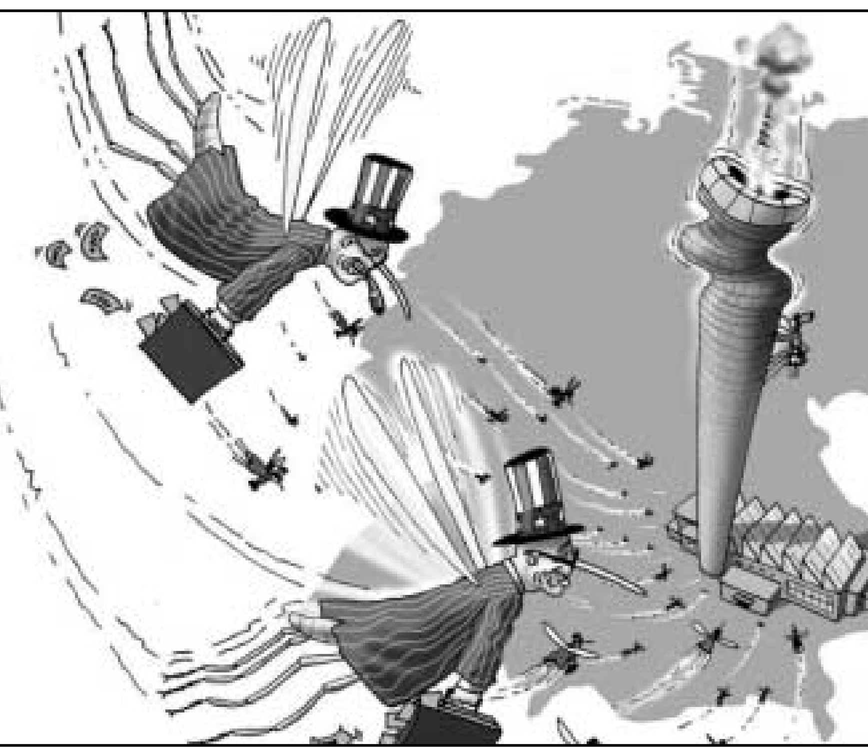
Von vaterlandslosen Heuschrecken, ...

... pflichtbewussten Gewerkschaften und gutem deutschen Kapital

Die Übernahme deutscher Firmen durch ausländische Konzerne wird in der Regel vom vielstimmigen Protestgeschrei deutscher Medien, PolitikerInnen und Gewerkschaften begleitet. In grellen Farben wird das Horrorszenario von Massenentlassungen an die Wand gemalt und großzügig darüber hinweggesehen, wie aktiv deutsche Unternehmen weltweit bei Firmenübernahmen sind. Die moralische Empörung über Massenentlassungen ist dabei überaus albern, da die Gesetze des Kapitalismus prinzipiell nichts mit Moral, sondern mit Gewinnsteigerung zu tun haben. Für Konzerne gilt deshalb nur das Ziel, in der härter werdenden Konkurrenz zu bestehen. Wer dabei die Belegschaft schont, ist einfach nicht konkurrenzfähig. Dass die staatstragenden Gewerkschaften diese Wirklichkeit des Weltmarktes nicht sehen wollen, liegt daran, dass sie an das Ende der Geschichte und den endgültigen Sieg des Kapitalismus glauben, diesen aber gerne etwas kuscheliger gestaltet hätten. „Wir wollen die Gesetze der Ökonomie nicht aushebeln, das geht auch gar nicht“, sagt beispielsweise Heinz Putzhammer vom Vorstand des DGB. So bleibt nur der Versuch, die Interessen der eigenen Klientel mit denen der Unternehmen auszusöhnen und jede Forderung mit Blick auf die Verträglichkeit für die Profite des Unternehmens und den Standort Deutschland vorzutragen. Deshalb die ständig wiederholte Beteuerung der IG Metall in der diesjährigen Tarifrunde, mit den geforderten fünf Prozent mehr Lohn die Kaufkraft und somit den Binnenmarkt stärken zu wollen. Ansonsten fällt ihr, wenn die Gesetze der Ökonomie dem Unternehmen nahe legen, die Produktion nach Polen zu verlagern, nur Nationalismus ein. Im Streik, der unter ihrer unangefochtenen Kontrolle gegen die Werksschließung von AEG Nürnberg durchgeführt wurde, besagten Protestschilder schlicht „AEG ist Deutschland“.

Daimler-Chrysler von Heuschrecken bedroht

Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) entblödete sich nicht, in einem Ende letzten Jahres mit dem Titel „Hedge- und Private Equity-Fonds. Die Turbos im Kapitalismus“ veröffentlichten Text, von der Bundesregierung den Schutz deutscher Firmen vor ausländischen Übernahmen, insbesondere durch Hedge-Fonds, zu fordern. Sogar Daimler-Chrysler sei bedroht. Daimler-Chrysler? Richtig, das ist der Konzern, der durch die Übernahme des US-amerikanischen Autoriesen durch Daimler-Benz entstand, was Tausenden Arbeitern in den USA den Job kostete. Sie teilten damit das Schicksal der Angestellten des holländischen Flugzeugkonstrukteurs Fokker, der 1991 durch die Daimler-Tochter Dasa übernommen wurde, nur um fünf Jahre später in Konkurs geschickt zu werden. Das ist hierzulande deshalb in Ordnung, weil es ein deutsches Unternehmen war, das ausländische aufgekauft und abgewickelt hat und nicht umgekehrt. Nicht der Rede wert scheint auch, dass weite Bereiche der osteuropäischen Wirtschaft unter der Kontrolle deutscher Konzerne stehen. So befinden sich große Teile der Presse in Ungarn, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Mazedonien und Serbien-Montenegro im Besitz oder unter Kontrolle des WAZ-Konzerns (Jungle World, 22.02.06). Siemens sorgt für den „sicheren“ Betrieb osteuropäischer Atomkraftwerke, die Deutsche Post hat für 5,3 Milliarden Euro die US-amerikanische Firma Exel aufgekauft, Thyssen-Krupp ist am kanadischen Stahlhersteller Dofasco interessiert und Adidas hat die Übernahme von Reebok eingeleitet. Die begehrten oder schon übernommenen Firmen werden dabei des Öfteren zu ihrem Glück gezwungen. So versuchte der Linde-Konzern Anfang des Jahres die feindliche Übernahme des britischen Unternehmens BOC, einem Hersteller von Industriegasen. War Linde früher für Gabelstapler und Kühlanlagen bekannt, hat der Konzern seit der Übernahme der schwedische Firma Aga in den 90er Jahren vor allem ins Gasgeschäft investiert. Schon 2003 gab es Gerüchte über eine Fusion von Linde und BOC, doch war Linde damals an der Börse weniger wert als der britische Konkurrent, und für die Deutschen kam nur eine „Fusion unter Gleichen“ in Frage. Auch IG Farben-Nachfolger BASF, der den im Katalysatorengeschäft tätigen US-Konzern Engelhard übernehmen möchte, ist nicht zimperlich. Der Vorstandsvorsitzende Jürgen Hambrecht verkündete im Januar, dass er „aufgrund der Weigerung von Engelhard, mit BASF in Verhandlungen zu treten“, zu einer feindlichen Übernahme gezwungen sei. Insgesamt gaben deutsche Konzerne im vergangenen Jahr 60 Milliarden Euro für die Übernahme ausländischer Konkurrenten aus. Eine solche Welle hatte es zuletzt 1999/2000 auf dem Höhepunkt des Börsenbooms gegeben. VW erwarb damals Rolls-Royce, Bugatti und Lamborghini, und die Deutsche Telekom gab während des Internetbooms enorme Summen für ausländische Telefongesellschaften aus.



Antisemitische Traditionspflege bei der IG Metall: Das „artfremde“, „raffende“ Kapital saugt das „schaffende“ deutsche Kapital aus. (metall, Mai 2005, S. 14/15)

An Geld fehlt es nicht!

Sowohl die Produktivität der Industrie, als auch die Gewinne der Kapitalgesellschaften wachsen seit Anfang der 90er Jahre. Die 30 Konzerne, die der Deutsche Aktienindex aufführt, legten allein 2004 um rund 62% zu. Die Reallöhne dagegen sind in den letzten zehn Jahren um ein Prozent gesunken, ebenso die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Fünf Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos, während gleichzeitig diejenigen, die noch beschäftigt sind, immer länger schuften sollen. Mit der steigenden Produktivität ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, sich selbst überflüssig zu machen. Beispiel hierfür sind Konzerne, die in einem Atemzug Milliardengewinne und die nächste Entlassungswelle verkünden — wie die Deutsche Bank, die Telekom, Daimler-Chrysler und Volkswagen. Auch die Bahn ist, wie ihr Vorstandsvorsitzender Hartmut Mehdorn Ende März betonte, „voll auf Kurs“ in Richtung Börsengang. 2005 wurden zweimal die Preise erhöht, die Gehälter von ihm und sieben weiteren Bahn-Managern stiegen um 56% auf 14,7 Millionen Euro, 10.000 Stellen wurden abgebaut und 448 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet. Die staatstragenden Gewerkschaften jammern derweil und fühlen sich verarscht. Jahrelang haben sie deutschen Arbeitsethos gepredigt, willig die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verbessert und so genannte Arbeitsplatzgarantien als Trost für drastische Einschnitte präsentiert. Pustekuchen! Steigenden Gewinnen folgen weitere Rationalisierungen, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen. Entlassungen und Betriebsschließungen werden auch weiterhin das Geschehen bestimmen. Allein durch Produktionsverlagerungen rechnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit einem Verlust von 150.000 Arbeitsplätzen bis 2007, die Unternehmensberatung Boston Consulting Group geht von zwei Millionen Stellen in den nächsten zehn Jahren aus. Solche Zahlen sollen natürlich als Drohung wirken.

Und dagegen — es klingt banal — hilft die solidarische Gegenwehr der unterschiedlichen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. MieterInnen, die Zwangsumzüge wegen Hartz-IV verhindern, Arbeitslose und Studierende, die wie in Köln gemeinsam Häuser besetzen, Eltern, die ihre Kinder im Kampf gegen Studiengebühren auch dann unterstützen, wenn die Autobahn durch Barrikaden versperrt ist, und Berufstätige, die ihre Menschenwürde verteidigen und sich den Erpressungsversuchen ihrer Chefs verweigern. Sollte es in den kommenden Monaten gelingen, die auf sozialen und rassistischen Ausgrenzungskriterien basierenden hessischen Studiengebühren zu kippen, könnte dies die Initialzündung für kommende gesellschaftliche Kämpfe sein. Organisieren wir uns! In diesem Sinne noch ein Parole der hessischen Studis: „Auch Du bist Frankreich!“

Rolf Dreis, FAU Frankfurt

Kolumne Durruti



No-Go-Areas? Es gibt keine No-Go-Areas in Deutschland, nicht mal für Neger. Natürlich sollte man richtig gekleidet sein und ein paar Regeln beachten, aber das ist ja überall so. Oder würdet Ihr, liebe brasilianische Fan-Neger, bauchfrei und mit Baströckchen in eine iranische Moschee reintanzen? Nein, das würdet Ihr nicht. Und wenn Ihr zuhause durch Euren Amazonas stapft, dann zieht Ihr Euch doch inzwischen auch Anglerhosen an, um all zu intimen Kontakt mit Blutegeln zu vermeiden. Bei uns ist das nicht anders.

Wenn ich zum Beispiel mal das Territorium unserer holländischen Fußball-Erbfeinde besuche, dann rede ich englisch mit denen, denn spricht man sie deutsch an, wird man ja nicht bedient. In Israel kann man im Notfall behaupten, Holländer zu sein. Ist man dagegen irgendwo in der arabischen Welt, macht man sich viele Freunde, wenn man ein T-Shirt in unseren alten Nationalfarben trägt: rot, weiß, Hakenkreuz. So ist das eben auf der Welt: Ein wenig Fingerspitzengefühl erleichtert den Umgang mit Eingeborenen. Auch in Deutschland. Deshalb, liebe Neger, habe ich mir mal die Mühe gemacht, die 15 wichtigsten Überlebensregeln für Euch aufzuschreiben. Hier sind sie:

Regel 1: Niemals Samba tanzen! Deutsche Frauen tanzen zwar gern, aber dafür können deutsche Männer das gar nicht. Wenn Ihr tanzt, bekommen sie Zweifel an ihrer Omnipotenz, und das macht sie rasend. Außerdem sieht Samba echt schwul und scheiße aus. Das muss man ja mal sagen dürfen ...

Regel 2: Am Pissoir nicht lachen! Deutsche Männer leiden unter der Wahnvorstellung, kleinere Schniedel als Ihr zu haben. Wenigstens hoffe ich, dass das nur eine Wahnvorstellung ist ...

Regel 3: Betrunkenen ausweichen! Wenn deutsche Männer trinken, fangen sie an Neger, Schwule und Juden zu hassen. Es handelt sich dabei um einen biochemischen Prozess im Gehirn, der aus einem bedauerlichen Genfehler resultiert. Das darf man nicht persönlich nehmen.

Regel 4: Immer in größeren Gruppen unterwegs sein! Auch Deutsche sind lernfähig. Seit dem zweiten Weltkrieg kämpfen wir nur noch, wenn wir in Überzahl sind. Außer beim Fußball. Da lässt man uns nicht.

Regel 5: Schutzhelme tragen! Wenn deutsche Männer prügeln, dann wollen sie in der Regel auch töten. Deshalb zielen sie immer auf den Kopf. Schon ein kleidsamer Fahrradhelm kann hier das Schlimmste verhüten.

Regel 6: Am Pissoir nicht lachen! (s. o.)

Regel 7: Bei Ausflügen nach Brandenburg immer im Auto bleiben! Bei Safaris durch die Serengeti steigt man ja auch nicht aus. Sollte das Auto mal liegen bleiben, sofort alle Türen verriegeln und Kofi Annan anrufen. Dann: Warten und beten, bis die Blauhelme kommen, um Dich rauszuholen.

Regel 8: Bei Gefahr singen! Für uns Deutsche sehen alle Neger gleich aus. Wenn Ihr also in einer brenzlichen Situation einfach anfangt, „Heute hau'n wir auf die Pauke und wir machen durch bis morgen früh!“ zu singen, dann hält man Euch für Roberto Blanco und lädt Euch zum Bier ein.

Regel 9: Am Pissoir nicht lachen! (s.o.)

Regel 10: Immer einen Besen bei Euch tragen! Ein Besen signalisiert, dass Ihr noch weniger Geld habt, als der durchschnittliche Deutsche vom Amt bekommt, dafür aber auch noch arbeiten müsst. Das zu sehen macht dem Deutschen gute Laune. Deshalb können selbst am Bahnhof Oranienburg gefahrlos Putzneger eingesetzt werden.

Regel 11: Vor singenden Männern sofort weglaufen! Der Deutsche singt nicht. Tut er es doch, ist er besoffen. Dann will er auch Schwule, Neger oder Juden töten (siehe Gendefekt).

Regel 12–15: Auf gar keinen Fall am Pissoir lachen!

Niemals! Auch nicht räuspern! Oder pfeifen! Schon gar nicht rüberschauen! Am besten überhaupt nicht aufs Klo gehen! Anhalten! Bis Ihr wieder in Brasilien seid! Wo Ihr hingehört!

Und das war's auch schon. Beherzigt Ihr all diese Regeln, müsste es eigentlich möglich sein, Euren Aufenthalt in Deutschland einigermaßen schadlos zu überstehen. Solltet Ihr aber dennoch Opfer eines Übergriffs werden, dann seid bitte so klug, nüchtern in die Sache reinzugehen. Beleidigt Eure Angreifer nicht, wehrt Euch nicht und streitet Euch unter keinen Umständen vorher mit dem Busfahrer. Sonst geht es Euch am Ende wie dem Herrn Ermyas M. aus Potsdam. Der war betrunken, hatte einen Streit mit dem Busfahrer gehabt, seine Angreifer „Schweinehunde“ genannt und einen von ihnen getreten. Und jetzt sitzt er nicht nur kaputtgeschlagen im Rollstuhl, sondern ist auch noch selber schuld. Merke: Wer bei uns Opfer sein will, hat sich zu benehmen. Vor allem wenn er schwarz ist.

Markus Liske

TERMINE

▶ BERLIN

Alle Termine im FAU-Lokal, Straßburger Str. 38

Fr. 7. Juli, 20.00 Uhr
„Studierendenprotest und Hochschulstreik (Teil III)“
Theorien über das „studentische Subjekt“ und dessen Position im Klassenverhältnis

Fr. 14. Juli, 20.00 Uhr
Film: „Unversöhnliche Erinnerungen“
Dokumentarfilm, D 1979. Die Dokumentation kontrastiert die Erinnerungen an Spanien und die Entwicklung der BRD

Fr. 21. Juli, 20.00 Uhr
Lesung: „Füchse der Ramblas“
Mit Autor Oliver Steinke. Der Roman handelt vom Widerstand gegen die Franco-Diktatur im Barcelona der 50er Jahre. Dazu wird auch auf die Revolution 1936 in der katalanischen Metropole eingegangen.

Fr. 28. Juli, 20.00 Uhr
Film: [Überraschung]
Wie immer umsonst und drinnen.

▶ MÜNCHEN

Alle Termine im Kafe Marat, Thalkirchnerstr. 104 Aufgang II (U-Bahn Goetheplatz)

So. 23. Juli,19.30 Uhr
Vortrag: 100 Jahre schwarze Fahnen über München Teil II
Schlaglichter auf Erfolge und Niederlagen der Münchner AnarchistInnen mit einer Diskussion darüber, ob und welche Schlussfolgerungen wir heute daraus ziehen können.

So. 30. Juli,19.30 Uhr
Film zur Revolution in Spanien

▶ MÜNSTER

So. 9. Juli, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
70 Jahre Spanische Revolution II: Land and Freedom.
Film: „Land and Freedom“ (Ken Loach)
Vortrag: „Die Kultur der sozialen Revolution“ von M. Baxmeyer.

Mi. 19. Juli, 20.00 Uhr
Die Brücke, Wilmergasse 2
70 Jahre Spanische Revolution III: Feministinnen in der Revolution
Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg — Vortrag der Autorin Vera Bianchi.

▶ NÜRNBERG

Fr. 7. Juli, 20.00 Uhr
Archiv Metroproletan
Eberhardshofstr. 11/Rgb.
„Was ist Anarchosyndikalismus?“
Infoveranstaltung der FAU München

▶ OSNABRÜCK

Di. 18. Juli, 20 Uhr
Unicum, Neuer Graben 40
Fiesta Revolucionaria Social — eine politische Revue zum Spanischen Bürgerkrieg

So werden wir bei Meldungen zur Arbeitslosigkeit übers Ohr gehauen

Am 31. Mai 2006 meldete WDR-online:

Aufhellung am Arbeitsmarkt im Mai

„[...] Positiv wirkten sich hingegen die Reformen der Bundesregierung aus, meint Schäfer. Insbesondere die Hartz IV-Regelungen und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zeigten Wirkung. Die Zahlen scheinen das zu bestätigen. In Nordrhein-Westfalen fiel die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vormonat April von zwölf auf 11,6 Prozent (rechnerisch ca. 32.000). [...]"

Am 31. Januar 2006 war allerdings folgende Meldung bei WDR-online zu lesen:

„Fünf Millionen Menschen in Deutschland suchen einen Job — eine deutliche Verschlechterung, die sich auch in NRW bemerkbar macht. Hier steht die Quote bei 12,3 Prozent (Dezember 2005: 11,7 Prozent)."

Die so genannte Aufhellung am Arbeitsmarkt im Mai 2006 machte somit in NRW gegenüber Dezember 2005 gerade mal 0,1 Prozent aus. Dies sind lediglich 8.000 Beschäftigte statt der vorgegaukelten 32.000.

Heimlich, still und leise

DGB verschlechtert seinen Dumpingtarifvertrag für LeiharbeiterInnen

Ein neuer Mindestlohntarifvertrag in der Leiharbeit wurde vereinbart, außerdem Änderungen in den BZA- (und iGZ-)Tarifverträgen beschlossen.

Nach Verhandlungen hinter den Kulissen, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und ohne jede Berechtigung durch die Beschäftigten in der Leiharbeitsindustrie, hat die DGB-Tarifgemeinschaft mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und der Interessengemeinschaft Zeitarbeit (iGZ) einen Mindestlohntarifvertrag für die Leiharbeitsindustrie vereinbart. Verhandlungsführer war wieder der berüchtigte DGB-Funktionär R. Dombre, u. a. stellvertretender RKW-Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrates von Thyssen-Krupp.

Als einzige DGB-Gewerkschaft hat die Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET auf Druck ihrer Basis hin diesmal die Tarifierung von Armutslöhnen abgelehnt und nicht mit unterschrieben.

Mindestlohntarifvertrag

Folgende Mindestlöhne wurden vereinbart.
In Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen:
- 6,10 EUR vom 01.07. bis 31.12.2006
- 6,22 EUR vom 01.01. bis 31.12.2007
- 6,36 EUR vom 01.01. bis 31.12.2008

In Restdeutschland:
- 7,00 EUR vom 01.07. bis 31.12.2006
- 7,15 EUR vom 01.01. bis 31.12.2007
- 7,31 EUR vom 01.01. bis 31.12.2008

Eine Begründung für die fortdauernde Diskriminierung der LeiharbeiterInnen aus Ostdeutschland gibt es nicht. Dieser Mindestlohntarifvertrag tritt allerdings nur dann in Kraft, wenn die Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wird.

In § 6 des Mindestlohn-Tarifvertrages verpflichten sich die Unterzeichner, für dieses Lumpenwerk die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beim Bundesminister für Arbeit und Soziales zu beantragen.

Sollte dieser Mindestlohn zum 01.01.2007 als allgemeinverbindlich erklärt werden, würden LeiharbeiterInnen im Jahr



2007 einen geringeren Mindestlohn bekommen, als derzeit in den iGZ- und BZA-Tarifverträgen vereinbart ist.

Mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung hätten DGB und BZA/iGZ ihren Konkurrenten, den sogenannten christlichen „Gewerkschaften" und dem Leiharbeitsverband AMP, ihren Mindestlohn-Tarifvertrag aufgezwungen und sich damit lästiger Konkurrenz entledigt.

Auch die Änderungen im BZA-Tarifvertrag haben es in sich

Federführend bei den vereinbarten Verschlechterungen war wieder einmal ver.di, die nur durch die IG Metall von noch weiter reichenden Zugeständnissen an den BZA abgebracht werden konnte.

Die eigentlich für 2007 bereits vereinbarte und zunächst bis zum 31.03.2006 ausgesetzte Lohnerhöhung von 2,5 Prozent wurde auf den 01.07.2006 verschoben.

Die Ost-Tariflöhne können ab dem 01.07.2006 um 13 Prozent reduziert werden statt nur um 10,5 Prozent, wie es im Tarifvertrag von 2003 vorgesehen war. Durch den Wegfall der Differenzierung „Ost/West" in Berlin werden alle LeiharbeiterInnen aus Westberlin auf Osttarif zurückgestuft.

Ab 01.07.2006 werden auch die Lohnerhöhungen anteilig zur Verleihzeit reduziert, die Zuschläge (§ 4 ETV) sind neu geregelt. Die Einsatzzulagen nach drei und sechs Monaten wurden gestrichen. Die erste Stufe wird nach neun Kalendermonaten in Höhe von 1,5 Prozent und die zweite Stufe nach zwölf Kalendermonaten in Höhe von drei Prozent fällig.

Vorher wurden die Zuschläge bereits nach drei und sechs Monaten gezahlt. Das bedeutet allein in der letzten Stufe eine Reduzierung des Zuschlages um 60 Prozent gegenüber der bestehenden Regelung. Für den Zeitraum vom 01.01.2006 bis zum 30.06.2006 erhalten die Beschäftigten, die am 01.07.2006 sechs Monate oder länger ohne Unterbrechung beschäftigt sind, eine Einmalzahlung von 50,00 Euro mit der Lohnabrechnung für Juli 2006.

Der Anspruch der LeiharbeiterInnen auf Verpflegungsmehraufwand (§ 8.5 MTV BZA) entfällt ab 01.07.2006 ersatzlos. Und so geht es munter weiter ...

Die Leiharbeit organisieren

Seit den Tarifverhandlungen von 2003 hat sich bei einer Reihe von LeiharbeiterInnen eine massive Kritik an der Lohndumpingpolitik der DGB-Tarifgemeinschaft und deren Vorreiterin ver.di entwickelt. Immer mehr Stimmen äußern sich positiv zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft für die Leiharbeitsindustrie, ein ganz wichtiger Punkt dabei ist, dass die Betroffenen selbst über ihre Forderungen entscheiden wollen. Hier sollte es gute Ansatzpunkte für die FAU geben, uns mit den Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.

Gerade die kleineren Leiharbeitsfirmen mit rund 50 Beschäftigten bieten sich an, um dort firmeninterne Vereinbarungen durchzusetzen und damit die Geltung der DGB- oder CGB-Dumpingtarife zu brechen. Selbst wenn es nur möglich ist, einen Teil der Beschäftigen zu organisieren, können wir mit Solidaritätsaktionen von außen wie mobilen Streikposten, Öffentlichkeitsarbeit, Kundgebungen vor Leihfirmen oder deren Kunden etc. enormen Druck auf die Menschenverleiher und die Entleihbetriebe ausüben.

Wer in diesem Sinn aktiv werden möchte, sollte sich von der nächstgelegenen FAU-Gewerkschaft das „Organisationsmanual Syndikate" schicken lassen. Dort sind die nötigen Basisinformationen und rechtlichen Hinweise zur Gründung und dem Aufbau von lokalen FAU-Gewerkschaften zusammengefasst.

KC, FAU Frankfurt/M

Drama ohne Ende

Justiz gegen Justizkritiker

Eigentlich war der Prozess gegen zwei Projektwerkstättler am Ende. Das Oberlandesgericht Frankfurt verwarf am 16.3. die Revision der Angeklagten. Damit wurde das Urteil des Landgerichts Giessen rechtskräftig: Es hatte einen Aktivisten nach einem langen Prozess zu acht Monaten Haft ohne Bewährung, den anderen zu 50 Tagessätzen verurteilt. Alle Anklagepunkte betrafen politische Aktionen — von veränderten Wahlplakaten bis zu Widerstand. Das OLG zeigte wie die vorherigen Gerichte aktives Interesse an der Inhaftierung der Polizei- und Justizkritiker und machte kurzen Prozess. Es lehnte die Revision als „offensichtlich unbegründet" ab, befasste sich mit keinem der vorgebrachten Anträge, machte aber mit Nebenbemerkungen deutlich, wes Geistes Kind das höchste hessische Gericht ist: „Eine abweichende Beurteilung kann sich auch nicht daraus ergeben, daß die Angeklagten in extensiver Wahrnehmung ihrer prozessualen Rechte, insbesondere der Erhebung zahlreicher formeller Rügen, eine vermeintlich schwierige Sach- und Rechtslage zu schaffen versuchen."

Spektakuläre Verhaftungen

Am 3. und 8.5. krachte es in der gemeinsamen Anwaltskanzlei des hessischen und des thüringischen Innenministers (Berichte und Hintergründe auf www.im-namen-des-volkers.de.vu). Tags drauf stand das LKA in der Projektwerkstatt, die Staatsanwaltschaft setzte hektisch einen Haftantrittstermin fest (18. 5.), doch beruhigt waren Polizei und Justiz offenbar nicht. Vier Tage vor der Haft attakkierten sie in einem fernsehreifen Auftritt um vier Uhr nachts vier Personen und verhängten fünf zusätzliche Tage Unterbindungsgewahrsam gegen den zum Haftantritt Geladenen. Mehrere Straftaten wurden zu diesem Zweck von der Polizei frei erfunden. Die FR enthüllte derweil, dass eine Sondertruppe der Polizei die Projektwerkstatt seit dem 9.5. mit High-Tech überwachte.

Verfassungsbeschwerden und Kampagnen

Doch das Ganze ging schief. Die Verfassungsklage wegen Verstoß gegen das Versammlungsrecht durch den Urteilsspruch führte zu einem Beschluss des Verfassungsgerichts, die Haft bis zur Klärung auszusetzen (www.demorecht.de.vu). In einer zweiten Verfassungsklage griff der Verurteilte die systematische Bevorzugung von PolizistInnen als ZeugInnen vor Gericht an — ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung. Damit verbunden ist inzwischen auch eine Kampagne zum Thema (www.polizeizeugen.de.vu).

Wie weiter?

Bis November will das Verfassungsgericht entscheiden. Gibt es der Beschwerde nicht statt, folgt die achtmonatige Haft. Dann hoffen die verbleibenden Projektwerkstättler auf Unterstützung bei Aktionen und dabei, das Haus geöffnet zu halten, Archiv und Projekträume aufrechtzuerhalten sowie Renovierungen laufend zu leisten. Zudem haben die Gießener Gerichte nach dem Verfassungsgerichtsspruch sofort die nächsten Prozesse angezettelt, um ihre Widersacher endlich mundtot zu machen.



IM NAMEN DES VOLKES

Ab September ist damit zu rechnen – Aktionen rundherum sind geplant (www.projektwerkstatt.de/prozess).

Anna Homburg

Fortsetzung „Wer nicht arbeitet ..." von Seite 1

Mit Hartz IV sollten Kosten gesenkt werden, und jetzt begreift die Bundesregierung erschrocken, daß sie stattdessen noch weiter gestiegen sind. Die Zahl der Bedürftigen ist eben größer, als sie annahm. Das aber einzugestehen, wäre nicht nur rhetorisch ungeschickt, sondern käme einer Bankrotterklärung ihrer Politik gleich. In einer Art hilflosem Reflex werden die üblichen Verdächtigen als Sündenböcke ausgemacht: Die Union macht die Sozis verantwortlich, die SPD wiederum die Schmarotzer, Drückeberger und sonstigen Arbeitsscheuen. Wolfgang Clement, ehedem Bundeswirtschafts- und arbeitsminister und somit nicht ganz unbeteiligt an gewissen „Sozialreformen", schlußfolgerte kürzlich messerscharf: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Empfindlichen Parteigenossen, die derartige Äußerungen für allzu „mißverständlich" hielten, begegnete er mit der schlauen Erklärung, dieses Zitat stamme immerhin aus der Bibel bzw. von August Bebel und stünde somit in guter alter sozialdemokratischer Tradition. Nun ist das eben so eine Sache mit Zitaten. Bei Bebel geht die entsprechende Passage noch ein Stückchen weiter und läßt ihn schließen: „Kein Genuß ohne Arbeit, keine Arbeit ohne Genuß". So jedenfalls der alte Vordenker der deutschen Sozialdemokratie. Vielleicht aber hat Clement ja auch mehr an einen anderen Typus der Sozialdemokratie gedacht. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" wurde ein anderer Sozialdemokrat ebenfalls nie müde, zu wiederholen, nämlich ein gewisser Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt als Lenin. Auch der hielt nichts von sozialen Hängematten. Schon mehr von Zwangsarbeit und Arbeitslagern. Die Arbeitslosenquote in der Sowjetunion war dann ja auch recht gering, Clement würde wohl sagen „legendär".

Wer weiß, vielleicht war Jörges Überschrift „Der Kommunismus siegt" gar nicht so ironisch gemeint, wie sie auf den ersten Blick wirkt; man muß nur wissen, welcher Spielart des Kommunismus er versucht, eine Lanze zu brechen.

Matthias Seiffert

Streiken, bis der Arzt kommt

Zum Arbeitskampf des Marburger Bundes

Seit Monaten befinden sich die KlinikärztInnen in den Kommunen und in den Ländern im Konflikt mit den Arbeitgebern. Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (mb) versucht, für die 146.000 angestellten KrankenhausärztInnen der 2.200 Kliniken in Deutschland eigene Tarifverträge zu erzwingen. Die Forderungen sind dabei überall die gleichen: Deutliche Anhebung der Grundgehälter, vollständige Vergütung sämtlicher Überstunden, längerfristige Verträge und Anerkennung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit. Insgesamt fordert der mb Einkommenserhöhungen von 30%.

Den Streikauftakt lieferten im November 2005 die ÄrztInnen der Berliner Charité, die für einen Haustarifvertrag kämpfen; seit 2003 ist das Land Berlin nicht mehr Mitglied im Arbeitgeberverband Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Im Dezember folgten die MedizinerInnen der rund 700 kommunalen Krankenhäuser, die durch den seit Herbst geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) starke Lohnverluste hinnehmen müssten. Zuletzt bestimmten die Landesbeschäftigten das Geschehen, die den Tarifvertrag für die Beschäftigten im Länderbereich (TV-L) strikt ablehnen. Aber auch schon im August und September hatten die ÄrztInnen der Unikliniken, v. a. in Baden-Württemberg und Hessen, für mehrere Tage die Arbeit niedergelegt, um gegen die Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden pro Woche und die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes zu protestieren.

Ausgeschert

Im September hatte der Marburger Bund kurz vor Abschluss der Verhandlungen über den TVöD die langjährige Tarifgemeinschaft mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di aufgekündigt und ihr die Verhandlungsvollmacht entzogen. Knackpunkte waren die Forderung nach höherer Eingruppierung der ÄrztInnen und die Ablehnung des Zukunftssicherungsvertrags durch den Marburger Bund, der weiteren Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen Tür und Tor öffnet. Seitdem versuchte die Ärztegewerkschaft, die Arbeitgeber von Land und Kommunen zu zwingen, in separate Tarifverhandlungen mit ihnen zu treten. Stieß sie dabei anfangs noch auf „Verständnis" und das Wohlwollen seitens der TdL, die sofort die Gespräche aufnahm, lehnte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) jegliche Verhandlungen von vornherein ab. Im Dezember erwirkte die VKA sogar per Beschluss des Landesarbeitsgerichts Köln ein kurzfristiges Verbot des Streiks an den kommunalen Einrichtungen in Köln; der Arbeitskampf wurde für rechtswidrig erklärt. Daraufhin blies der mb bundesweit vorerst alle Aktionen ab. Auch die TdL ging auf Konfrontationskurs und provozierte so einen parallel zum ver.di-Konflikt verlaufenden Streik an den Unikliniken und Landeskrankenhäusern mit ihren knapp 22.000 angestellten ÄrztInnen. In den letzten Wochen war dieser eskaliert; vielerorts wurde dauerhaft gestreikt. Die Ankündigung, diesen auch während der Fußball-WM fortzusetzen, hat der mb wahr gemacht. Da nur Notdienstversorgung gewährleistet wurde, sind viele PatientInnen aus Landeseinrichtungen in kommunale Kliniken verlegt worden. Die Verhandlungen zwischen mb und VKA wurden jetzt für gescheitert erklärt; damit steht dort in den nächsten Wochen ebenfalls ein Dauerstreik ins Haus.



Quelle: Marburger Bund

Spalten gelernt

Seit dem Abschluss des TV-L für die Landesbeschäftigten mit ver.di und dbb-tarifunion (Deutscher Beamtenbund) stellte sich die TdL auf den Standpunkt, der mb solle den Tarifvertrag anerkennen, da er auch Sonderregelungen für ÄrztInnen enthalte. Der mb weigerte sich vehement und forderte einen eigenen Vertrag. Von der 30-Prozent-Forderung ist er zwischenzeitlich abgerückt. Auch die Länderfront geriet ins Bröckeln. Am 16. Juni erfolgte schließlich eine Einigung für die Uni-Kliniken: 15 bis 20 Prozent mehr Gehalt bei Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden. Ausgenommen von dem Vertrag sind z. B. die Landeskrankenhäuser in Niedersachsen und Baden-Württemberg, BetriebsärztInnen an den Unikliniken sowie die ÄrztInnen der JVA-Kliniken. Für diese soll jeweils gesondert in den nächsten Tagen auf Landesebene verhandelt werden. Erste Austrittsankündigungen werden jetzt laut; bei der Urabstimmung wollen die LKH-ÄrztInnen das Angebot ablehnen und ihre Streiks fortsetzen. Wut erntet die mb-Spitze auch im Osten, wo die ÄrztInnen 400 Euro weniger als ihre KollegInnen verdienen sollen. Erst 2010 sollen die Gehälter dort angeglichen sein. Die Betroffenen haben wie ihre KollegInnen in den letzten Monaten Opfer gebracht (Streikgelder zahlt der mb nicht). Sie fühlen sich nun um die Früchte ihres Kampfes betrogen.

Kontrollverlust

Ver.di steht seit Monaten Seit an Seit mit den Arbeitgebern und fällt der Ärztegewerkschaft regelmäßig in den Rücken. Ein wenig erinnern diese Auseinandersetzungen an einen Konflikt aus dem Jahre 2001, als ver.di gerade einen Abschluss für das Bodenpersonal der Fluggesellschaft Lufthansa über 3,5% ausgehandelt hatte und die (ebenfalls ständische) Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) für 30% mehr Gehalt in den Streik trat. Auch damals fiel ver.di den Streikenden massiv in den Rücken. Eine weitere Parallele ist zu den Auseinandersetzungen zwischen dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) und DGB-Gewerkschaften zu ziehen. Ver.di versucht im öffentlichen Dienst — ähnlich wie der CGB in anderen Bereichen — Tarifverträge für Beschäftigte abzuschließen, unter denen sie über keinerlei Basis verfügt. Im Gegensatz zum mb hat ver.di in der Berufsgruppe der ÄrztInnen mit nur knapp 600 Mitgliedern wenig Verankerung. Im mb sieht die Gewerkschaft ver.di lediglich eine unliebsame Konkurrentin, die das von ihr vertretene Prinzip der Einheitsgewerkschaft unterläuft. Genau dieses erkennt der mb seit seiner Gründung nicht an.

Berufsständisch

Der Marburger Bund wurde 1947 von jungen ÄrztInnen und MedizinstudentInnen gegründet. Die ständische Gewerkschaft setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Karriereförderung, praxisnahe Ausbildung und eine leistungsgerechte Bezahlung von MedizinerInnen ein. Mit knapp 100.000 Mitgliedern ist er heute der größte Ärzteverband mit freiwilliger Mitgliedschaft in Deutschland und Europa. Im mb organisieren sich angestellte und beamtete ÄrztInnen in Krankenhäusern und Universitätskliniken, Behörden und Einrichtungen der Sozialversicherung, der Bundeswehr und im Zivildienst, Betrieben der Pharma-Industrie und den Praxen niedergelassener ÄrztInnen sowie MedizinstudentInnen. Ihr Berufsegoismus wird von vielen KollegInnen als unkollegial gegenüber anderen Beschäftigtengruppen der Gesundheitsbranche wahrgenommen. Doch gerade während der Streiks in den letzten Monaten haben KollegInnen von der mb-Basis klar gemacht, dass sie die getrennt stattfindenden Kämpfe bedauern. In der Folge haben sie sich nicht nur positiv auf die anderen Beschäftigten bezogen, sondern diese mancherorts nach Möglichkeit unterstützt.

Interessant bleiben die Auseinandersetzungen, die der mb mit einer großen DGB-Gewerkschaft führt, insofern, dass die vergleichsweise kleine Gewerkschaft hilft, die öffentliche Wahrnehmung zu verändern. Sie tritt nicht nur kämpferischer auf, sondern wirkt tatsächlich im von ver.di befürchteten Sinne: Sie ordnet sich nicht der Maxime „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft" unter, sondern tritt mit wachsendem Selbstbewusstsein ohne deren Unterstützung an. Dieser Bruch wird von vielen Beschäftigten wahrgenommen, die mit der eigenen Gewerkschaftspolitik hadern. Das birgt auch für andere Bereiche die Chance, über Alternativen in die Diskussion zu kommen und eine Selbstorganisierung in kleinen und unabhängigen Gewerkschaften wie der FAU voranzutreiben.

Anarr

Nachruf — Martin Höxtermann ist tot

Martin Höxtermann bleibt in meiner Erinnerung verbunden mit dem freien Radio Dreyeckland aus Freiburg. Wir lernten uns irgendwann 1992 kennen. Er stieß zu unserer Sendung „Schwarzer Funke" der Gruppe „Anarchistischer Panzaknack" und führte mich ein in das tägliche Info, das linke Nachrichten-Magazin von Radio Dreyeckland, das er in dieser Zeit koordinierte. Martin konnte planen, er war verlässlich und offen für neue Leute — wichtige Eigenschaften in einem linken Radioprojekt. Ausserdem war er ein ungemein netter Mensch. Für den „Schwarzen Funken" produzierte er ansprechende und gut hörbare Sendungen zu anarchistischen Themen. Irgendwann nach 1997, als ich das Wortprogramm im Radio verließ, verloren wir uns aus den Augen. Ich wendete mich der Theorie zu, er sich dem Journalismus. Ich las immer wieder von ihm verfasste Artikel in der immer konservativer werdenden Lokalzeitung Badische Zeitung. Und ich dachte mir, dass er ein zäher Bursche geblieben ist, weil er es schaffte, stetig linke Themen und Anliegen in diese Zeitung zu bringen. Eine schwere Krankheit hinderte ihn daran, das weiterhin zu tun. Am Freitag, den 12.5.2006 ist er in Freiburg gestorben. Die Nachricht von seinem Tod stimmt mich traurig.

(Gerhard Hanloser)

Fortsetzung „Hartz IV-Verschärfung" von Seite 1

- Neben dieser „Neuerung" soll eine flexible Handhabung des Sanktionszeitraums bei unter 25-jährigen die Skrupel der Fallmanager zur Verhängung der 100 Prozent-Kürzung verringern, so die Begründung in einem Papier aus dem Hause Müntefering.
- Abschreckende Sofortangebote
- Allen NeuantragstellerInnen sollen künftig sogenannte „Arbeitsangebote" noch vor Antragstellung unterbreitet werden. Bei dem, was die ALG II-Behörden zu bieten haben, können wir uns lebhaft vorstellen, wozu aktivierende Sofortangebote und aggressives Fallmanagement noch vor der Antragstellung gut sind: Die Hürden zum Leistungsbezug werden unerträglich erhöht. Menschen werden in existenziellen Notlagen ohne Leistungen dastehen.
- Vollständige Überwachung der Armen
- Die Pflicht der ALG II-Träger zur Einrichtung von Ermittlungsdiensten im Außeneinsatz wird zur verschärften rechtswidrigen Durchleuchtung der Privatsphäre von Leistungsberechtigten führen. Andere weitreichende Gesetzesänderungen sollen die Rundum-Überwachung von Erwerbslosen erleichtern. Sie sehen u. a. die Ausweitung des automatisierten Datenabgleichs vor und die Möglichkeit der Erhebung von Daten durch Dritte durch die Schaffung einer datenschutzrechtlichen Grundlage für Telefonabfragen (z. B. durch private Callcenter).
- Wilde Konstruktion von Unterhaltspflichten
- Nach einem Jahr des Zusammenlebens müssen zwei Menschen, von denen einer ALG II bezieht, füreinander aufkommen, denn sie werden als „eheähnliche" oder „gleichgeschlechtlich lebenspartnerschaftsähnliche" Gemeinschaft angesehen. Die Beweislast, dass diese staatliche „Unterhaltsvermutung" nicht zutrifft, liegt „bei den Angeklagten". Vermutlich wird dies das Ende vieler Patchworkformationen und kostengünstiger Zweckwohngemeinschaften sein, zumal wenn die „Eheähnlichkeit" auch für gleichgeschlechtliche Wohnformen gilt.
- Sonderunterhaltspflicht für Stiefelternteile
- In sogenannten Patchworkfamilien wird die Unterhaltsverpflichtung gegenüber den nicht verwandten Stiefkindern eingeführt, die es im normalen Unterhaltsrecht nicht gibt. Damit werden solche Familienformationen gesprengt. Die Regelung ist verfassungsrechtlich problematisch und familienpolitisch eine Katastrophe, denn sie führt dazu, dass Stiefeltern zunächst für die nichtleiblichen Kinder der unverheirateten ALG II-beziehenden Partner aufkommen müssen, bevor der Unterhalt für die eigenen Kinder gezahlt werden „darf".
- Reduzierung der Vermögensfreibeträge
- Hier wird eine Absenkung der Freibeträge für frei verfügbare Vermögensrücklagen von 200 auf 150 Euro pro Lebensjahr vorgenommen zugunsten einer Erhöhung der Freigrenze für gebundene Rücklagen zur Altersversorgung auf 250 Euro pro Lebensjahr mit vertraglich festgelegtem Verwertungsausschluss. Mit diesem „Taschenspielertrick" werden Tausende aus dem Hilfebezug fallen, weil sie nun „plötzlich zu viel frei verfügbares Vermögen" haben, das erst aufgebraucht werden muss.
- Einschränkung der Freizügigkeit von ALG II-Abhängigen
- Bei von der ALG II-Behörde nicht anerkannten Wohnungswechseln wird für die neue Wohnung höchstens die Miethöhe der bisherigen Wohnung bezahlt. Arbeitslose und ihre Familien werden unter schlechten Wohnverhältnissen in den schlechtesten Vierteln festgehalten.
- Außerdem erfolgt keine Kostenübernahme der Unterkunftskosten bei unter 25-jährigen, wenn um- bzw. bei den Eltern ausgezogen wurde, um die Voraussetzungen für die Gewährung von ALG II herbeizuführen. Hierbei handelt es sich um das Schließen einer „Gesetzeslücke", um das Auszugsverbot für junge Erwerbslose abzusichern. Die Kontrollen gegenüber jungen ALG II-Betroffenen werden vermutlich stark ausgeweitet. Die vom Gesetzgeber (absichtlich) völlig unbestimmte Regelung schafft Probleme bei der Antragstellung, weil im Zweifelsfall Anträge erst gar nicht angenommen oder bearbeitet werden.
- Anwendung der Erreichbarkeitsanordnung, aber keine Residenzpflicht
- Entgegen anderer Verlautbarungen handelt es sich um eine Klarstellung, dass ALG II-BezieherInnen sich im orts- und zeitnahen Bereich aufhalten müssen. D. h. nach gefestigter Rechtsprechung, sie müssen wie ALG I-BezieherInnen an Werktagen per Briefpost erreichbar sein. Zudem wird klargestellt, dass ein Anspruch auf dreiwöchigen Urlaub besteht — natürlich nach Absprache mit dem Fallmanager. Katastrophale Auswirkungen in der Praxis wird dagegen die im Gesetz gewählte Formulierung haben „Leistungen nach diesem Buch erhält nicht …" wer die Voraussetzung der Erreichbarkeitsanordnung nicht erfüllt. Hier besteht die Gefahr, dass Erwerbslose, die postalisch nicht zu Hause erreicht werden, erst mal dauerhaft aus dem Leistungsbezug gedrängt werden.

Oben wurden lediglich die gravierenden Änderungen durch das eben beschlossene Fortentwicklungsgesetz dargestellt. Es ist abzusehen, dass bei der Revision von Hartz IV, die von UnionspolitikerInnen für den Herbst angekündigt wurde, die Schlinge um den Hals von ALG II-Betroffenen noch enger gezogen werden wird, wenn sich kein entschiedener Widerstand formiert.

fj

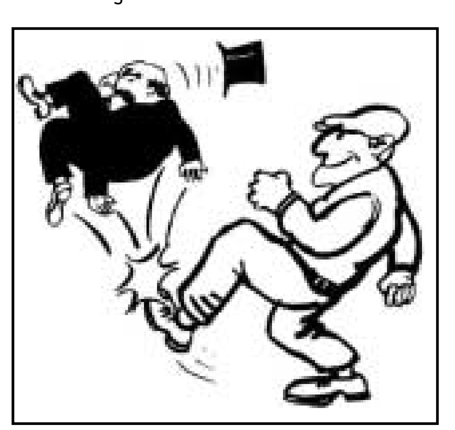
Und es funktioniert doch!

Es wird Zeit, dass wir die Betriebe endlich übernehmen!

Selbstverwalteten Betrieben wird von Kapitalisten immer eine ökonomische Ineffizienz vorgeworfen. Das mag ja auch logisch klingen, wenn man an die ganzen Spenden- und Soli-Aufrufe denkt, wo es immer um das ökonomische Überleben geht. Auch die ewigen Querelen, langen Entscheidungswege und der oft niedrige Lohn bis hin zur Selbstausbeutung werden immer aufgeführt, wenn die Diskussionen um selbstverwaltete Betriebe gehen. Aber was uns die Gurus der Marktwirtschaft verkaufen wollen, ist nicht besser: Ewige Querelen, lange Entscheidungswege, die innere Kündigung und die lächerlichen Löhne gibt es in jedem Betrieb. Der Unterschied ist nur, dass wir in „normalen" Betrieben für den Reichtum von ein paar unfähigen Managern arbeiten müssen.

Beispiel: Agenda 2010 in Argentinien

Es gibt zahlreiche Beispiele, dass die Selbstverwaltung auch außerhalb der üblichen



Sparten wie Cafés und Kinderläden funktioniert. Im Jahr 2001 implodierte die argentinische Wirtschaft unter der Last der Schulden und der neoliberalen Währungs- und Strukturprogramme. Viele Fabriken gingen pleite und zehntausende argentinische ArbeiterInnen verloren ihre Arbeit. Der Kapitalismus stürzte Millionen von Menschen im einst reichen Argentinien in Armut. Soziale Institutionen mussten geschlossen werden, Renten und die Löhne von staatlichen Einrichtungen konnten nicht mehr bezahlt werden. Auf dem Höhepunkt der Krise lagen über die Hälfte der argentinischen Industriekapazitäten brach. Die Bosse und Manager zogen sich ins Private zurück.

In dieser Phase übernahmen Beschäftigte über einhundert Fabriken (insgesamt 10.000 ArbeiterInnen) und besetzten sie, um sie auf basisdemokratischer Ebene und in Selbstverwaltung fortzuführen. Die meisten der besetzten Betriebe waren kleine bis mittlere Betriebe aus den Bereichen Nahrungsmittel, Textil, Druck, Papier sowie Metallherstellung und -verarbeitung. In vielen Fällen waren diese Betriebe von ihren Vorbesitzern nur noch ausgeschlachtet worden und somit nur mit maroden und gefährlichen Maschinen ausgestattet. Oft mussten die besetzten Betriebe von den ArbeiterInnen und ihren Familien mit Gewalt gegen die Staatsmacht verteidigt werden, da diese Bewegung, von den Argentiniern bezeichnenderweise Agenda 2010 genannt, im Meer des Kapitalismus eine Bedrohung darstellte.

Heute hat die argentinische Regierung auf Druck der Bevölkerung die Fabriken, vor allem die Textilindustrie, enteignet und verstaatlicht. Wegen eines garantierten regelmäßigen Einkommens gaben sich viele ArbeiterInnen damit zufrieden. Doch etwa die Hälfte der Belegschaften entzog sich dem staatlichen Druck und verwaltet ihre Betriebe noch heute. Und dies nicht nur ökonomisch erfolgreich, sondern unter besseren Bedingungen als vorher. „Den Gewinn, den die Besitzer eingesteckt haben, stekken wir jetzt in bessere Maschinen", sagte ein Vertreter eines besetzten Betriebes.

Beispiel: Belgien

Dass finanzielle Schwierigkeiten nicht nur mit der globalen Wirtschaft zusammenhän-



gen, sondern in vielen Fällen von überflüssigen Managern herrühren, verdeutlicht das folgende Beispiel: Vor sieben Monaten meldete die belgische Knopffabrik Scovill Europa Konkurs an, da der Gewinn des Unternehmens nicht mehr das Überleben der Firma sicherte, sprich: die Schuldenzahlungen deckte. Ein Konkursverwalter wurde eingesetzt und alle vier Chefs entlassen. Als der Konkursverwalter alle Zahlen veröffentlicht hatte, war den ArbeiterInnen des Betriebes klar, wo das finanzielle Problem der Firma lag. Die vier Manager zahlten sich 30 Prozent des Umsatzes (nicht des Gewinns!) als Gehalt aus. Bei einem Umsatz von 7,5 Millionen Euro waren das 550.000 Euro pro Managernase. Den ArbeiterInnen wurde dies zu bunt. Sie besetzten den Betrieb und führten ihn in Selbstverwaltung weiter. Inzwischen hat sich die finanzielle Situation der Knopffabrik stabilisiert und die ArbeiterInnen fahren sogar einen Gewinn ein. Und weil der Gewinn stimmt, hält sich der Konkursverwalter zurück, da er überflüssig geworden ist.

Diese Beispiele verdeutlichen einmal mehr, dass genug Geld da ist. Es ist nur falsch verteilt und wir haben es nicht nötig, für den Porsche von unfähigen Managern zu arbeiten. Wir sollten endlich aufhören, bei der nächsten Betriebschließung mit reformistischen Gewerkschaften für eine kleine Abfindung zu streiken. Vielmehr sollten wir die Bosse dahin jagen, wohin sie gehören und den Betrieb selber übernehmen. Es kann funktionieren!

Anna Homburg

Sand ins Auge

Zum Streikende der Landesbeschäftigten

Mittlerweile macht die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di keinen Hehl mehr daraus: Besonders belohnt wurden die Beschäftigten, die sich besonders aktiv am Streik beteiligt hatten. Dabei spielt es keine Rolle, wie mobil ihre Mitglieder tatsächlich waren. Ausschlaggebend ist, wer die Masse im Konflikt mit den Arbeitgebern stellte. Andere, weitaus aktivere Betriebsgruppen wie z. B. die der Uni Hannover schnitten dagegen am schlechtesten ab.

Gegen die Wand gelaufen

Mit Verwunderung ist deshalb von vielen das Ergebnis der Urabstimmung aufgenommen worden: Stattliche 83,5 Prozent der ver.di-Mitglieder stimmten für ein Ende des Streiks und die Annahme des Verhandlungsergebnisses vom 19. Mai. Auch wenn die ver.di-Spitze um Frank Bsirske dieses Ergebnis als Bestätigung ihrer Tarifpolitik feiert, sieht die Stimmung an der Basis ganz anders aus. Ein Großteil der Landesbeschäftigten war nach mehr als drei Monaten einfach nur streikmüde. Die Löcher im Portemonnaie setzten vielen zu, die den Konflikt eigentlich aushalten wollten. Immer mehr KollegInnen scherten aus, besonders um Ostern ließen die Mobilisierungen deutlich nach. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatten die Gewerkschaftsführungen von ver.di und dbb-tarifunion selbst. Vielen war ab einem bestimmten Punkt nicht mehr klar, wofür und warum wir eigentlich noch im Ausstand stehen. Spätestens als Mitglieder der Streikleitungen noch während des Streiks die Arbeit wieder aufnahmen, wussten viele, dass der Arbeitskampf gegen die Wand gefahren wurde. Die Unfähigkeit der Streikleitungen in den einzelnen Betrieben nahm geradezu groteske Formen an. Aufrufe zu den großen Aktionstagen erreichten die KollegInnen beispielsweise im NLKH Wunstorf erst kurz vor ihrem Stattfinden auf den Stationen. Nur wenige KollegInnen wurden somit darüber in Kenntnis gesetzt.

Ausdifferenziert

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten im Länderbereich (TV-L), der bisher nur in seinen Eckpunkten bekannt ist und in den nächsten Monaten im Detail nachverhandelt wird, orientiert sich an den Regelungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD), der seit Oktober letzten Jahres bei Bund und Kommunen gilt. „Länderspezifische" Bedürfnisse sollen die Abweichung davon begründen. Ausdifferenziert wurde beispielsweise die Arbeitszeit, und zwar nicht nur im Vergleich der einzelnen Länder, sondern zusätzlich unter den einzelnen Berufsgruppen. Am besten schnitten die Beschäftigten der Krankenhäuser und Kliniken, der Straßenmeistereien und Kindertagesstätten sowie SchichtarbeiterInnen ab. Die Spannbreite liegt bei 38,5 bis 39,9 Stunden pro Woche. Im Osten bleibt es bei 40 Stunden. Ähnlich gestaffelt wurden die Jahressonderleistungen – von 30 bis 95% ist alles dabei. Sämtliche „Neube-



schäftigten" werden nicht sofort, sondern erst in mehreren Schritten angeglichen. Öffnungsklauseln wurden aufgenommen, die es den Arbeitgebern ermöglichen, die Arbeitszeitregelungen zum 31.12.2007 und die Jahressonderzahlungen nach der einmaligen vollen Auszahlung zu kündigen. Diese können dann landesbezirklich neu verhandelt werden. Die noch weitergehende Spaltung der Beschäftigten haben die Gewerkschaften damit im nächsten Arbeitskampf bereits vorprogrammiert. Warum wird eigentlich noch immer vom Flächentarif gesprochen?!

Zukunftsmusik

Worauf es jetzt ankommt, ist die zarten Ansätze von Selbstorganisierung zu pflegen und auszubauen, die in der Streikzeit entstanden sind. Die Diskussionen und Erfahrungen waren wichtig und werden auf Basisebene im Arbeitsalltag weitergeführt. In einigen Betrieben wie der Uni Hannover sind neuformierte Betriebsgruppen auf Distanz zur Gewerkschaftsführung gegangen. Auf absehbare Zeit sind innergewerkschaftliche Konflikte vorprogrammiert. Es ist zu hoffen, dass sich diese KollegInnen auch künftig nicht das Maul verbieten lassen. Unabhängige, kämpferische Betriebsgruppen müssen her, die im nächsten, bereits absehbaren Arbeitskampf erneut die Initiative übernehmen werden — vielleicht noch deutlicher mit eigenen Forderungen, als dies bisher schon der Fall war. Immerhin gab es viele Stimmen bei dbb und ver.di, die weiter streiken wollten. Andere sahen den Streik schon verrecken und forderten einen Abbruch, da sie keinen Abschluss um jeden Preis wollten. Beides hat diesmal noch nicht geklappt.

Anarr

Eine neue AERA bei der IG Metall

Kürzung durch Wildwuchs im Tarifdickicht

Entgeltrahmentarifvertrag (ERA): Dieses Wortmonster steht für vier inzwischen nicht mehr ganz taufrische Tarifverträge. Obwohl schon 2003 in die Welt gespuckt, ist ERA bis jetzt nicht so richtig bekannt geworden. Nur wenige Metaller wissen, dass diese neue Ära erheblichen Einfluss auf ihr Girokonto haben wird. Und noch weniger wissen, dass diese Art von Tarifverträgen auch in anderen Bereichen im Kommen ist, so zum Beispiel im Bereich Dienstleistung unter den Fittichen von ver.di.

Mitteilung des Arbeitgebers über Einführungszeitpunkt
mindestens 6 Monate
ERA-Einführungszeitpunkt
mindestens 2 Monate
3 Wochen
Frist für Widerspruch des BR oder Beschäftigten
3 Wochen
Frist für die Entscheidung der paritätischen Kommission
mind. 3 Wochen
Frist für Widerspruch des BR oder Beschäftigten

Zunächst begann alles recht sinnig. Die alten Tarifverträge für Angestellte und gewerblich Beschäftigte aus den sechziger Jahren waren bereits in den achtziger Jahren völlig überholt. Aus diesem guten Grund erschien im Jahre anno selig (1991) eine Broschüre mit dem Titel „Tarifreform 2000" und einer „Einladung zur Diskussion" des damaligen IG Metall-Chefs Klaus Zwickel. Um es kurz zu machen, aus der Diskussion wurde nichts, zumindest nicht an der Basis. Viele hatten sich schon ihre eigenen betrieblichen Entlohnungsmodelle zurecht gebastelt und kein Interesse an Veränderungen oder sie waren einfach überfordert. Wer kennt sich schon aus mit den Beträgen, die „über dem Strich" stehen. Viele kennen nur ihren Nettolohn „unterm Strich", und das war's.

Reformbedarf führt ...

Dabei waren die Ziele nicht schlecht und grundsätzlich auch noch nach dem Jahr 2000 richtig, wenn mensch im Tarifchinesisch denkt. Hier nur einige der Veränderungsziele:

- Aufhebung der Trennung zwischen gewerblich Beschäftigten und Angestellten durch neue zeitgemäße Eingruppierungskriterien
- Wegfall der unterschiedlichen Bezahlung zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten
- Wegfall von schlechterer Bezahlung bei gleicher Arbeit zwischen unter und über 28-jährigen
- Bessere Aufstiegschancen innerhalb der Entgeltgruppen
- Anrecht auf Qualifizierung

Während der Tarifrunde 2002 wurde dann für die Beschäftigten in den Betrieben ganz überraschend über die Eckpunkte eines neuen Entgelttarifvertrags verhandelt. Doch es dauerte noch ein Jahr, bis im Frühjahr 2003 die ersten Folgen in Form von vorenthaltenen Lohnerhöhungen zu spüren waren. Genannt wird dieses Kind „ERA-Strukturkomponente", und der Vertrag wurde im Dezember 2003 unterschrieben. Niedlich sind Kinder zwar, aber sie kosten trotzdem eine Menge Geld. Teile der mehr oder weniger erkämpften Tariferhöhung fließen seit diesem Zeitpunkt nämlich in einen „ERA-Anpassungsfonds". Dieser dient dazu, eventuelle Mehrkosten, die den Arbeitgebern bei der ERA-Einführung entstehen, auszugleichen. So lieb sind die hauptamtlichen Metaller zu ihren Arbeitgebern.

... wie immer zu Kürzungen.

Zur Verdeutlichung hier das Tarifergebnis 2004, das eine Laufzeit von 26 Monaten hatte:

- Ab 01.03.2004 erfolgt eine Einkommenserhöhung um 2,2% incl. 0,7% ERA-Strukturkomponente.
- Ab 01.03.2005 erfolgt eine Einkommenserhöhung von 2,7% incl. 0,7% ERA-Strukturkomponente.

Laut Arbeitgeberverband „Gesamtmetall" soll die Kompensationsregelung der Tarifvertragsparteien so funktionieren, dass mit der Tarifrunde 2002 ein bestimmter Geldanteil aus der jeweiligen Lohn- und Gehaltserhöhung nicht an die Arbeitnehmer ausgezahlt wird (Fachsprache: ERA-Strukturkomponente), sondern auf ein betriebliches Ausgleichskonto fließt (Fachsprache: Betrieblicher ERA-Anpassungsfonds). Von dort wird das Geld nach der ERA-Einführung abgerufen zu dem Zweck, es für die bei einzelnen Arbeitnehmern entstandenen höheren Tarifentgelte zu verwenden. Die Vereinbarungen zur Erreichung der Zielgröße in Höhe von 2,79% sind von den Tarifpartnern einvernehmlich getroffen (Tarifrunde 2002: Strukturkomponente ab Juni 2002: 0,9%, ab Juni 2003: 0,5%; Tarifrunde 2004: ab März 2004: 0,7%, ab März 2005: 0,7%), so dass diese Voraussetzung einer ERA-Einführung erfüllt ist.

Vorgehensweise bei der Arbeitsbewertung

1. Schritt
2. Schritt
3. Schritt
4. Schritt
5. Schritt

Lohnzuschläge bezahlen ...

Solange ERA noch nicht eingeführt ist, werden aus den ERA-Anpassungsfonds Einmalzahlungen an die Beschäftigten verteilt, die jedoch nicht „tabellenwirksam" sind. Sprich, bei der nächsten prozentualen Tariferhöhung werden diese Beträge nicht berücksichtigt. Für den tarifchinesischen Laien: Es gibt weniger Kohle, da nur auf das nackte Tarifgehalt eine prozentuale Erhöhung erfolgt.

Letztendlich zahlen sich die Metaller ihre eventuellen Lohnerhöhungen wegen der ERA-x gegenseitig.

Zusätzlich werden viele auch tariflich weniger bekommen als bisher. Sie erhalten eine Ausgleichzahlung und ggf. eine Überschreiterzulage (Besitzstandssicherung). Dies ergibt zwei zusätzliche Posten „überm Strich". Die Tariferhöhungen im übernächsten Folgejahr werden dann ganz und danach fast ganz (bis auf ein Prozent) angerechnet. Anscheinend erfolgt die Anrechnung im ersten Folgejahr nur nicht, damit niemand es merkt oder gar einen Zusammenhang mit dem ERA-Tarifvertrag herstellen kann.

Es wurden bereits Fälle bekannt, bei denen Differenzbeträge bis fast 700,- Euro zu Stande kamen. Jede und jeder kann sich selbst ausrechnen, wie lange es dauert, bis eine Tariferhöhung wieder voll wirksam wird.

... nicht die Chefs ...

Erst im Juli 2004 wurde (z. B. in Hessen) bekannt, wie die vier Tarifverträge zu ERA konkret aussehen. Der „Tarifvertrag zur Einführung des Entgeltrahmenabkommens" ist erst einmal der Wichtigste: Danach ist eine Arbeitsplatzbeschreibung und deren Bewertung die Voraussetzung für eine Eingruppierung. Vor allem an vernünftigen Arbeitsplatzbeschreibungen fehlt es aber in vielen Betrieben. Hier sollten alle Betroffenen höchste Wachsamkeit an den Tag legen. Wichtig ist hier vor allem, dass es auf die tatsächliche Arbeit und nicht auf die durch Lehre oder Studium erworbene Qualifikation ankommt. Dies kann ein Vorteil sein, aber auch erhebliche Nachteile mit sich bringen.

Spätestens zwei Monate vor der beabsichtigten Eingruppierung hat der Arbeitgeber sein Vorhaben dem Betriebsrat und den Beschäftigten mitzuteilen. Sowohl der Betriebsrat als auch die Beschäftigten können innerhalb von drei Wochen der Eingruppierung widersprechen. Dann nimmt eine Eingruppierungskommission ihre Arbeit auf.

Dazwischen sollte mensch mal einen Blick in den „Entgelttarifvertrag" werfen, um wenigstens ungefähr darüber informiert zu werden, was für ein Lohn hinter den jeweiligen Entgeltgruppen steht. Die meisten dürften dann so blass werden, dass auch ein Besuch beim nächstgelegenen Sonnenstudio keine wirkliche Besserung bringt. Arbeitgeber neigen bekanntlich zum Sparen und stufen entsprechend niedrig ein. Die Erkenntnis ist natürlich nur dann vollkommen, wenn mensch gelernt hat, dass es ganz wesentlich ist, was „über dem Strich" steht, um unter dem Strich nicht über die Jahre hin übers Ohr gehauen zu werden.

... sondern die Beschäftigten.

Über allem thront das Entgeltrahmenabkommen. Hier werden Entgeltgrundsätze geregelt. Vom Entgeltaufbau über Leistungsentgelt, Zielvereinbarungen und Vorgabezeitenermittlung sind hier Verfahrensweisen zu finden. Alles in allem handelt es sich um einen Tarifvertrag, für den mensch einige „stille Stunden" opfern muss, um dessen Untiefen zu ergründen.

Zumindest zum Zeitrahmen der Einführung muss etwas gesagt werden. Das früheste Datum war der Jahresbeginn 2006. Der späteste Termin ist der Dezember 2009. Auch hier kann es zu Unterschieden je nach Tarifgebiet zu kommen.

Daher ist in Wirklichkeit alles noch viel komplizierter, als in diesem Artikel beschrieben. Wegen der Verständlichkeit wurde auf weitere Details verzichtet. Diese können aber im individuellen Fall trotzdem bedeutend sein. Daher kann ich nur raten, erkundigt Euch und besorgt weiteres Material. Zum Beispiel bei GenossInnen, die Ahnung von der Thematik haben, und auf der Homepage der FAU.

Thersites

§§§-Dschungel

Die Rechtsentwicklung bei Hartz IV

Um insgesamt 1,5 Milliarden Euro jährlich sollen die Arbeitslosen und ihre Familien geschröpft werden. „SGB II-Optimierungsgesetz" heißt das Kürzungsinstrument.

Derzeit laufen angeblich die Kosten für Hartz IV aus dem Ruder. Bis Ende April wurden für das Arbeitslosengeld II 9,2 Milliarden Euro ausgezahlt. Das sind rund 14,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zuschüsse an die Kommunen für Miete und Heizkosten stiegen sogar um 30 Prozent auf rund 1,3 Milliarden Euro.

Gleichzeitig läuft die Langzeitarbeitslosenzahl weiter aus dem Ruder bzw. stagniert auf hohem Niveau: Jan. 2006 1,6 Mio, Mai 2006 1,65, im März waren es sogar 1,7 Mio. Das wichtigstes Ziel, möglichst viele der aktuell arbeitslosen ALG II-BezieherInnen wieder schneller in Arbeit zu bringen, wurde verfehlt. Jetzt sollen diese für die Unfähigkeit und die falschen Versprechungen der Politiker büßen.

Solange die wirklichen Abkassierer in diesem Land keine Arbeitsplätze schaffen, von denen Menschen leben können, werden wir weiterhin auf unsere Rechte, die uns noch geblieben sind, bestehen. Schließlich ist es unser Geld, mit dem alles bezahlt wird.

Ein paar Tipps zum Umgang mit den Behörden

Unterlagen: Gebt nur Kopien ab. Wenn das Original verlangt wird, beglaubigen lassen.

Beratung: Die Behörde ist verpflichtet, Dich zu beraten und zu informieren. Versäumt die Behörde das, hat sie Dir die daraus entstehende Schäden zu ersetzen. Ein aus diesem Grund zu spät gestellter Antrag führt zur nachträglichen Zahlungspflicht.

Widerspruch: Gegen jeden Bescheid kann Widerspruch eingelegt werden. Wenn auch der Widerspruch nicht zum Ziel führt, dann ab zum Sozialgericht und klagen. Widerspruch und Klage sind für Dich kostenfrei und ohne Anwalt möglich. Behörden und Gerichte sind verpflichtet, Deine Bedenken aufzunehmen, auch wenn diese juristisch nicht korrekt formuliert wurden.

Eilanträge: Wenn Antrags-, Widerspruchs- und/oder Klageverfahren sich in die Länge ziehen und Du kein Geld mehr hast, ebenfalls beim Sozialgericht einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung stellen. Gegebenenfalls der Behörde eine Mahnung schicken, bevor Du bei Gericht einen solchen Eilantrag stellst.

Neue Regeln beachten

In Ostdeutschland wird der Regelsatz dem Westdeutschen angepasst: 345 Euro monatlich. Empfehlung: Sofort überprüfen.

Dafür erhalten Jugendliche unter 25 Jahren überall in Deutschland nur noch 80% des Regelsatzes. Außerdem redet beim Auszug aus der Elternwohnung jetzt der Staat mit.

Für diejenigen, die schon ausgezogen sind, gilt Vertrauensschutz, das heißt die Miete wird erst mal weiter gezahlt. Folgende Urteile sind richtungsweisend:

Eheähnliche Gemeinschaft

Menschen, die seit weniger als einem Jahr zusammenleben, sind in der Regel noch keine eheähnliche Gemeinschaft und bilden deshalb auch keine Bedarfsgemeinschaft.

Bei der Bedürftigkeitsprüfung zur Gewährung von ALG II darf das Einkommen der beiden Partner nicht zusammengerechnet werden.

LSG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 18.01.2006 – L 5 B 1362/05 AS ER

Wohnung ohne Bad

Eine Wohnung ohne Bad ist für Empfänger und Empfängerinnen von ALG II unzumutbar. Sie dürfen sich eine besser ausgestattete Wohnung suchen, wenn sie bislang ohne Bad gewohnt haben.

Der Antragsteller hatte eine 36 qm große Wohnung mit Toilette, aber ohne Bad verlassen und zum 1. Dezember 2005 eine geringfügig größere Wohnung mit 42 qm und Bad bezogen. Miet- und Nebenkosten stiegen durch den Umzug von 212 auf 240 Euro monatlich.

SG Dortmund, Beschl. v. 22.12.2005 – S 31 AS 562/05 ER

ALG II-Bezieher müssen Hausbesuche nicht grundsätzlich hinnehmen. Sie müssen diese nur dann gestatten, wenn berechtigte Zweifel vorliegen, die nur durch einen Hausbesuch geklärt werden können.

Die Antragstellerin hatte im Herbst vergangenen Jahres Leistungen im Rahmen von Arbeitslosengeld II beantragt. Sie war zuvor selbstständig tätig. Mit einem Hausbesuch sollte festgestellt werden, ob die Antragstellerin ihrer bisherigen selbstständigen Tätigkeit tatsächlich nicht mehr nachgeht. Dies lehnte das Sozialgericht ab. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes, verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Ein vager Verdacht reiche daher nicht aus. Der Antragstellerin mussten die beantragten ALG II-Leistungen gewährt werden.

LSG Hessen, Beschl. v. 30.01.2006 – L 7 AS 1/06 ER und L 7 AS 13/06 ER

Beim Arbeitslosengeld II ist bei der Prüfung der **angemessenen Kosten der Unterkunft** (§ 22 SGB II) vorrangig auf den aktuellen örtlichen Mietspiegel und nicht auf die Tabelle zu § 8 Wohngeldgesetz abzustellen.

Im vorliegenden Fall musste die Behörde eine Kürzung zurücknehmen, obwohl die Tabelle des Wohngeldgesetzes eine niedrigere Miete auswies als der örtliche Mietspiegel.

SG Aurich, Urt. v. 12.10.2005 – S 15 AS 159/05

Langzeitarbeitslose, die eine unangemessen teure Mietwohnung bewohnen, haben dennoch Anspruch auf volle **Übernahme ihrer Heizkosten**, solange ein Wohnungswechsel nicht verlangt werden kann und sie die Höhe der Heizkosten nicht beeinflussen können.

SG Dortmund, Urt. v. 13.03.2006 – S 29 AS 176/05

Thersites

Links
http://www.tacheles-sozialhilfe.de/literatur/Leitfaden.html
http://www.alg-2.info
http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld_II

Totgeschwiegene Streikbewegung

Streiks und Hungermärsche in der deutschen Nachkriegszeit (1946-48)

Die großen Streiks
Die geschilderten Streiks stehen exemplarisch für die verschiedenen Dimensionen des Arbeitskampfs, vom Bummel- bis zum Generalstreik, von der Fabrikbesetzung bis zum Aufstand, vom Erfolg auf voller Linie bis zum totalen Scheitern. Im Vordergrund steht dabei weniger die historische Beurteilung, sondern vielmehr das Interesse vom heutigen Standpunkt aus.

Zur Repression der Streikbewegung
Als die Streikbewegung im Frühjahr 1947 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, reagierten alle Besatzungsmächte im Westen mit dem Verbot der Streiks und Proteste. Besonders drastisch stellten sich die Erklärungen der amerikanischen Militärregierung dar, die rigorose Gegenmaßnahmen ankündigte und die Motivation der Streikenden zu diffamieren versuchte: „Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgend einer Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden ... Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierungen die Schuldigen sogar mit der Todesstrafe belegt werden können ... Vermeiden Sie Streiks, meiden Sie Agitatoren, die Streiks anschüren, und lehnen Sie es ab, jenen zuzuhören, die aus politischen oder selbstsüchtigen Gründen die Besatzungspolitik unnötig kritisieren ... Seien Sie fleißig!" (Rundfunkansprache von US-Gouverneur Newman am 16.5.1947)
„Mit Agitatoren wird ungeachtet ihrer Position sofort abgerechnet werden", lautete eine weitere Ankündigung, mit der eine Atmosphäre der Einschüchterung erzeugt wurde. Verlautbarungen wie diese machen verständlich, weshalb die Streikbewegung bis Mitte 1947 ihre Schlagkraft fast vollständig einbüßte und in der Folgezeit die Aktionen, ungeachtet ihrer Größe, nur noch inkonsequent und symbolisch geführt wurden.

Literatur zum Thema:
U. Schmidt/T. Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus*, Berlin 1971
E. Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952*, Frankfurt/Köln 1970
F. Deppe u.a., *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1977
C. Kleßmann/P. Friedemann, *Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948*, Frankfurt 1977

Direkt nach dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen nahmen die Aktivisten der Arbeiterbewegung im Rheinland und im Ruhrgebiet, die die Verfolgung durch die Nazis überlebt hatten, ihre Arbeit wieder auf. Überall bildeten sich Antifa-Komitees und Gewerkschaftsinitiativen. Zum Teil wurden die Kampftruppen sogar von den Komitees, die sich intensiv vorbereitet hatten, direkt am Stadtrand in Empfang genommen und freudig als Befreier begrüßt. Anfangs wurden diese Initiativen von den alliierten Militärbehörden noch unterstützt, bald darauf aber wurden alle politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten behindert und schließlich verboten. Anfang August 1945 erlaubte Marschall Montgomery, der britische Oberbefehlshaber, den Aufbau von örtlichen Gewerkschaften; allerdings unter ständiger Kontrolle der Militärbehörden und in drei Phasen. Zuerst Ausarbeitung von Programm und Satzung und deren Genehmigung, dann Aufbau eines Vorstandes und eines Apparates, dann erst Mitgliedergewinnung, Bestätigung der Funktionäre usw. Dieses Vorgehen sollte dazu dienen, den Aufbau jederzeit unter Kontrolle zu haben und eine „Unterwanderung" zu verhindern.

Erste Schritte in der Not

Die frühe Nachkriegszeit war geprägt durch eine andauernde Minderversorgung fast der gesamten Bevölkerung. Zum Teil mussten selbst Schwerarbeiter in den Zechen und Stahlhütten mit unter 1000 kcal pro Tag auskommen! Obwohl die Militärregierungen eine Arbeitspflicht für arbeitsfähige Männer und Frauen (Trümmerfrauen!) eingeführt hatten, konnte keine ausreichende wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung erreicht werden. Dies hatte sehr unterschiedliche Gründe. Zum einen sah, zumindest in der ersten Zeit der Besatzung, der „Morgenthau-Plan" vor, die Industrie im ehemaligen Reichsgebiet drastisch zu reduzieren. Zum anderen hemmte die Aufteilung in Zonen den Aufbau eines Wirtschaftssystems, das in der Lage gewesen wäre, die gesamte Bevölkerung zu ernähren. Die Menschen waren auf importierte Waren angewiesen, die von den Militärs beschafft und mit deutscher Hilfe verteilt wurden. Am 5. September 1946 wurde schließlich aus der Amerikanischen und der Britischen Zone die so genannte „Bizone" gebildet. Gleichzeitig stellte der amerikanische Außenminister Byrnes klar, dass die drei Westzonen einen separaten Weg ohne die Sowjetische Zone gehen würden.



Während dieser Zeit waren in allen größeren Betrieben teils mit, teils ohne Genehmigung der Militärbehörden Betriebsräte und Initiativen entstanden, die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene einforderten. Eine gesetzliche Grundlage gab es hierfür noch nicht. So kam es im November 1946 und im April/Mai 1947 zu den ersten großen Streiks der Nachkriegsgeschichte. Bei der Firma Bode-Panzer in Hannover war die Belegschaft 23 Tage, bei Miele in Bielefeld gar fünf Wochen im Streik, um Betriebsvereinbarungen durchzusetzen, die die betriebliche Mitbestimmung regeln sollten. Immer stärker wurden die Forderungen, zumindest die Schlüsselindustrien in „Gemeineigentum" zu überführen. Sogar die gerade in Gründung befindlichen DGB-Gewerkschaften konnten sich diesen Forderungen nicht ganz verschließen. Sie setzten aber von vorneherein nicht auf die Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern auf den Parlamentarismus und die sich ebenfalls gründenden Parteien. Die Möglichkeit der Sozialisierung sollte in den Verfassungen der Länder festgeschrieben werden. Insgesamt war in Gewerkschaftskreisen das Vertrauen in die Alliierten groß. Nicht durch Druck aus den Betrieben und von der Straße sollten Änderungen herbeigeführt werden, sondern allein durch Appelle an die politische Führung.


Britische Schützenpanzer besetzen das Werksgelände in Salzgitter

Radikalisierung der Bergleute

Im Herbst 1946 war es dann soweit. Die Bergleute weigerten sich wie schon 1919, befohlene Sonderschichten zu fahren. Entgegen den Anweisungen der Gewerkschaftsleitungen schlossen sie die Zechen, riefen den Streik aus und stellten Forderungen auf: „Ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln!" „Überführung der Kohleindustrie in Gemeineigentum!" „Die Gruben in des Volkes Hand!" Hieraus entstand rasch eine große Demonstrations- und Streikbewegung im gesamten Ruhrgebiet und Rheinland, die sog. „Hungermärsche", die sich immer weiter ausbreitete, da die Lebensbedingungen sich zusehends verschlechterten. In Dortmund demonstrierten 25.000 Menschen, in Braunschweig waren es 30.000, in Düsseldorf gar 80.000, selbst in Hagen gingen 20.000 auf die Straße. Den Höhepunkt stellte ein 24-stündiger Generalstreik der Bergarbeiter im gesamten Ruhrgebiet am 3. April 1947 dar.

Die Forderungen wurden schnell radikaler. Es ging zwar immer noch um die Minderversorgung mit Lebensmitteln und deren ungerechte Verteilung durch die Militärregierung und die deutschen Ämter, die oft mit ehemaligen Nazis besetzt waren. Immer stärker wurden jetzt aber die Forderungen nach der Besetzung von Ämtern mit „demokratischen Kräften" und der Kontrolle der Betriebe und Fabriken durch die Arbeiter. „Die Sozialisierung ist zu einer Sache des arbeitenden Volkes zu machen", ist denn auch in einer Resolution der „Revierkonferenz" der Bergleute zu lesen. Überall entstanden Initiativen zur Sozialisierung der Zechen und Werke.

Die Gewerkschaftsführungen sahen diese Entwicklung mit großem Misstrauen, die Situation war ihnen entglitten. Sie hatten weiterhin Vertrauen in die Parteien, die immer noch versprachen, entsprechende Gesetze zur Mitbestimmung zu verabschieden. Hans Böckler, der erste DGB-Vorsitzende nach dem Krieg, sah „in den Streiks keine geeigneten Mittel", die entsprechenden Forderungen durchzusetzen, und drohte den Streikenden mit dem Gewerkschaftsausschluss. Öffentlich fiel er der Bewegung mit einer Anti-Streik-Resolution in den Rücken. Die Alliierten gingen noch weiter. Sie drohten den Kumpels offen mit Kürzung der Nahrungsmittelimporte, strengen Strafen und sogar mit Einsatz des Militärs. Offene Konfrontationen vermieden sie jedoch tunlichst.

Basis kontra Bonzen und Behörden

Die Streiks weiteten sich mittlerweile immer weiter aus. In Bayern kam es am 21. Januar 1948 zum Generalstreik, in Württemberg-Baden am 3. Februar, auch in der Britischen Zone wurde weiter gestreikt, allerdings immer nur im voraus befristet und auf 24 Stunden festgelegt. Hier macht sich langsam die ordnende Hand der sozialdemokratischen Gewerkschaften bemerkbar. Eine Gewerkschaftszeitung der Britischen Zone: „Teils flammten diese Aktionen spontan auf, zum Teil aber vollzogen sie sich aufgrund von Funktionärsbeschlüssen und unter der festen Führung der örtlichen Gewerkschaften."

Die Gewerkschaftsführungen setzten weiterhin darauf, Veränderungen über die Parteien und Parlamente zu erreichen. Sie versuchten nun immer stärker, die Massenbewegungen, die nur sehr schwer zu kontrollieren und von vornherein suspekt waren, unter ihren Einfluss zu bringen und ins Leere laufen zu lassen. Trotzdem kam es in viele Städten, in Kassel, Mannheim, Stuttgart, zu weiteren Streiks, die sich zum Teil offen gegen die Vorstände der DGB-Gewerkschaften richteten.

Da die Streiks sehr zersplittert und inkonsequent geführt wurden, gab es so gut wie keine erkennbaren Resultate und Verbesserungen. In manchen Ländern wurden Gesetze zur Errichtung von Betriebsräten verabschiedet, in einigen Landesverfassungen stehen bis heute Absichtserklärungen zur wirtschaftlichen Neuordnung. Ohne jegliche Konsequenz. Selbst das war den Militärregierungen noch zu viel, etliche derartige Vorhaben wurden verhindert. Der Entwurf der hessischen Verfassung sah die Verstaatlichung der Energiewirtschaft und der Grundstoffindustrie vor. 72% der Bevölkerung sprachen sich in einer Abstimmung hierfür aus. Daraufhin verfügte die amerikanische Militärregierung kurzerhand die Aufhebung des entsprechenden Paragrafen. Der DGB sah eine „Wiederaufrüstung des Großkapitals", die Sozialisierungen seien jedoch lediglich „vertagt" (H. Böckler). Thema wurden sie nie mehr.

Generalstreik! — ohne Konsequenz

Ruhe war aber noch nicht eingekehrt in der Britischen Zone. Nachdem die Lebensmittelversorgung einigermaßen sichergestellt war, die Gewerkschaften auch Lohnerhöhungen durchgesetzt hatten, stiegen die Preise dramatisch an, was zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung führte. Es kam zu erheblichen Unruhen und massiven Protesten. Dies veranlasste den Gewerkschaftsrat der Bizone, einen Generalstreik vorzubereiten. Am 12. November 1948 folgten dem Aufruf von insgesamt 11,7 Millionen Beschäftigten über 9 Millionen! Da auch diese größte Streikaktion seit dem Kapp-Putsch nicht in eine längerfristige Strategie eingebunden war und nur der Beruhigung der Massen diente, zeigte sie keinerlei erkennbare Wirkung — weder damals im Bereich der Gesellschaft, noch später und heute in den Geschichtsbüchern.

So finden in gängigen Veröffentlichungen zur Geschichte der Nachkriegszeit diese Streikbewegungen in der Britischen Zone und der Bizone kaum Erwähnung. Bis auf wenige Ausnahmen werden auch in der einschlägigen Literatur zur Geschichte der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung sowohl die Streiks und Hungermärsche als auch der Generalstreik regelrecht totgeschwiegen.

-bully-

Hintergrund: Entnazifizierungs- und Enteignungsforderungen

Während einerseits die Streikbewegung 1947 einer akuten Notlage entsprang und die Proteste primär der Existenzsicherung galten, offenbarte sie andererseits ein überraschend starkes Klassenbewusstein. Zu den zentralen Punkten der Bewegung gehörten dabei die Kontrolle der Lebensmittelversorgung durch die Bevölkerung und die Sozialisierung der Kohleindustrie. Auf den ersten Blick ohne Zusammenhang, so lag dieser Programmatik doch ein gemeinsamer Stimulus zugrunde, der sich gegen die Verstrickung kapitalistischer Interessen mit nationalsozialistischen Traditionen richtete.
Tatsächlich bestand zwischen der vorherrschenden „Hungerpolitik" und der Situation im Bergbau ein unmittelbarer Zusammenhang. So verfolgte z.B. die britische Militärregierung mit der Witschaftspolitik ihre höchst eigenen Interessen, die sie durch eine Enteignung der Grubenbesitzer gefährdet sah. Anstelle einer Arbeitsverteilung, die auf die Überwindung der zusammengebrochenen Lebensmittelversorgung und der schlechten Wohnverhältnisse abzielte, ordnete sie Sonderschichten zur Steigerung der Kohleproduktion zu Reparationszwecken an. Zum Gelingen dieses Vorhabens waren die gängigen Produktionsverhältnisse notwendig; ein sozialisierter und bedarfsausgerichter Bergbau stand dazu im krassen Widerspruch.
Gerade aber in den Kohlebaronen — wie auch den Stahlfabrikanten — sahen viele Arbeitende Hauptschuldige, die vom Nationalsozialismus nicht nur profitierten, sondern direkt Schuld an den Kriegsverbrechen trugen. Wie sehr man sich darüber bewusst war, zeigen die Proteste vom 27. Januar, als man den Jahrestag der Düsseldorfer Industriellentagung mit Adolf Hitler zum Anlass der Aktionen nahm. Im März wurde schließlich im Düsseldorfer Landtag ein Antrag abgelehnt, der durch die Delegationen von 100.000 Bergleuten gestützt wurde, welche die „entschädigungslose Enteignung der kriegsverbrecherischen Kohlebarone" forderten. Die Ablehnung hatte schließlich eine Streikwelle zur Folge, an der sich zu ihrem Höhepunkt fast 350.000 Arbeitende beteiligten.
Das andere Angriffziel war das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft mit seinen Dienststellen zur Erfassung und Verteilung der Lebensmittel, die Dr. Schlange-Schöningen unterstanden. Diesem wurde nicht nur eine erhebliche Schuld an der Ernährungskrise zugewiesen (u.a. wurden oftmals 2/3 der Rationen gar nicht ausgehändigt), sondern vor allem die personelle Besetzung des Amtes bildete den Achsnagel der Auseinandersetzung: Nach diversen Angaben sollen 163 der 169 Beamten ehemalige NSDAP-Mitglieder gewesen sein. In Konsequenz forderten die Streikenden die sofortige Auflösung des Zentralamtes und die Bildung von Kontrollausschüssen.
In der westdeutschen Arbeiterschaft gab es also tatsächlich einen großen Teil, der das Schmierentheater der Entnazifizierung durchschaute und den Bruch mit faschistischen Kontinuitäten ernst meinte. Dem standen die Interessen der neuen deutschen Eliten in Politik und Wirtschaft, aber auch der Besatzungsmächte entgegen, die den Rückgriff auf Nazi-Kräfte — und damit ihre Rehabilitierung — für unerlässlich hielten bei Wiederaufbau und Reparationserfüllung. Der Misserfolg der Bewegung ist nicht unwesentlich auf die deutlichen Reaktionen der Militärregierungen, Parteien und Gewerkschaftsspitzen, insbes. der Böckler-Gruppe, zurückzuführen.

Holger Marcks

Mercadona: Der Streik geht weiter

Interview mit Jose Uribe, Streikaktivist und Sekretär der CNT

Bei diesem Artikel handelt es sich um die Übersetzung eines Interviews, das zuerst bei kaosenlared.net veröffentlicht wurde. Die ArbeiterInnen des Logistikzentrums des Supermarktriesen Mercadona in Barcelona sind nun schon seit weit mehr als 100 Tagen im Streik. (siehe DA 175)

- Was sind die Gründe für den Streik?

Wir wollen, daß Kündigungen und Sanktionen wie Gehaltskürzungen, die KollegInnen — und auch mich selbst — betreffen, zurükkgenommen werden. Beides waren Reaktionen der Firma auf unsere syndikalistischen Aktivitäten. Aber diese beiden Dinge sind nicht der einzige oder auch nur der wichtigste Grund. Schon seit einer ganzen Weile kämpfen wir gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und alltäglichen Schikanen bei Mercadona. Außerdem fordern wir die Einführung von Sicherheits- und Hygienestandards und eine bezahlte Pause (30 min). Mercadona bezahlt nämlich keine Pausen und hat dies sogar mit der UGT vertraglich geregelt.

- Wie reagiert Mercadona?

Ca. 100 Streikbrecher arbeiten bei Mercadona. Allerdings musste Mercadona den Produktionsstandard senken.

Die Firma versucht ein Klima der Repression, der Angst und der ständigen Belästigung herzustellen. Sie versuchen uns zu bestechen und zu erpressen. Sie drohen mit Zwangsabschiebungen der meistens aus Lateinamerika stammenden Streikenden und anderen „ernsten und unbekannten Konsequenzen“.

- Wie kommt es, dass Ihr am Anfang so viele Streikende wart und nun so wenige?

Zwang ist der Hauptgrund. Am ersten Tag des Streiks heuerten sie eine Sicherheitsfirma an, die mit großem Aufwand den „Schutz“ für alles Mögliche organisierte. Außerdem holten sie aus ganz Spanien Manager, die alle möglichen Mittel anwandten, um die Arbeiterinnen am Streik zu hindern. Wegen dieses Klimas verringerte sich die Zahl der aktiv Streikenden. Wir, die restlichen Sreikenden, lassen uns durch unsere geringe Anzahl nicht entmutigen. Wären wir 200 Streikende, dann würde Mercadona eben 200 Streikbrecher anstellen. Wir finden die Idee, dass viele Menschen ihre Solidarität auf einen Streik fokussieren, bei dem der Hauptgrund der Arbeitenden einzig die Streikunterstützung ist, und bei dem sie sich am Monatsende das Solidaritätsgeld einstecken, nicht sehr attraktiv. Hier müssen sie den Streik leben und bereit sein, ihn in aller Konsequenz zu führen, ansonsten können sie zurück an die Arbeit gehen.

- Habt Ihr irgendetwas gerichtlich gegen den Streikbruch gemacht?

Ja, wir versuchen es, aber Mercadona er-



laubt es dem Streikkomitee nicht, das Werksgelände zu betreten. Wir haben verschiedene Prozesse am Laufen.

- Welche Art der Unterstützung habt Ihr bis jetzt erhalten?

Außer der Unterstützung seitens der Gewerkschaften innerhalb der IAA haben wir Unterstützung von gefeuerten ArbeiterInnen bei SEAT (Automobilfirma) erhalten. Vor kurzer Zeit haben sie uns zu einer ihrer Versammlungen eingeladen. Auch von einigen kleinen linken Kollektiven, welche daran interessiert waren, uns Fragen zu stellen und uns für ihre Zeitschriften zu interviewen. Wir haben ebenfalls Unterstützung von anarchistischen Gruppen und Kollektiven aus Barcelona bekommen. Und wie in allen Streiks von vielen Menschen aus Barcelona, die unseren Streik sahen. Wir haben keinerlei Unterstützung von den anderen Gewerkschaften erhalten — erst recht nicht von den CC.OO und UGT-Gewerkschaften. Wir wollen auch gar nichts mit denen zu tun haben — sie sind ein Haufen von Ausbeutern und wissen Bescheid über die Ausbeutung der Immigranten. Die UGT ist im Unternehmenskomitee von Mercadona Barcelona und sagte im Verfahren gegen zwei unserer gefeuerten GenossInnen aus.

Da die meisten von uns aus Lateinamerika kommen, wo wir harte soziale Konflikte mit Gewerkschaften, Kriegen etc. erlebt haben, war der Eintritt in eine der zwei allgemein als unternehmerfreundlich bekannten Gewerkschaften das erste, was wir taten, als wir nach Barcelona kamen. Zum Glück konnten wir untereinander aber einen bestimmten Grad der Organisation aufrecht erhalten, und das ist es, was es uns möglich machte, gegen Mercadona zu streiken — denn wenn wir uns auf die UGT oder CC.OO verlassen hätten, wären wir jetzt alle gefeuert. Die CC.OO kümmern sich nur um die Betriebsratswahlen — und keiner von uns wollte das. Hier glauben wir, dass alle verantwortlich sind — und dass es keine Anführer gibt — wir erarbeiten und entscheiden alles in den Versammlungen.

- Wie siehst Du die Zukunft des Streiks?

Während eines Streiks sieht die Zukunft nie besonders rosig aus. Wir haben uns mit GenossInnen aus der CNT, die ähnlich lange Streiks durchgemacht haben (wie den Tomares-Streik), unterhalten, und die Wahrheit ist, dass sie während der Zeit, in der sie streikten, das Licht am anderen Ende des Tunnels nie sahen. Es ist offensichtlich, dass das Unternehmen uns keinen Zentimeter vorankommen lassen will — aber die Zeit und Ausdauer gibt uns Hoffnung, dass wir eines Tages gewinnen werden.

- Möchtest Du noch etwas hinzufügen?

Ich möchte Euch im Namen aller Streikenden danken und alle, die gegen den Kapitalismus kämpfen, zur direkten Aktion aufrufen. Ihr müsst wissen, dass dieses Unternehmen, Mercadona, ein Ausbeuter ist, genau wie Corte Ingles oder jede andere große Firma mit einem gewerkschafts- und menschenfeindlichen Ruf.

Dies ist die Front gegen den Kapitalismus. Ihr müsst an die Front kommen und die streikenden ArbeiterInnen unterstützen. Du musst ihren Kampf zu Deinem Kampf machen. Ihr Streik ist auch Dein Streik. Ziehe in Betracht, dass es nichts gibt außer der Solidarität der Menschen. Alle anderen sind gegen uns: die Politiker, die Regierungen, die Polizei, die Unternehmen und die Medien. Wir müssen uns in der Solidarität vereinen. Viele von uns haben verschiedene Glaubensvorstellungen, von einigen, die an gar nichts glauben, bis zu Christen, Anarchisten oder Linken. Aber wir alle teilen den Glauben, dass wir die Dinge ändern müssen und wir nicht wegschauen dürfen. Dieser Kampf ist der tägliche Überlebenskampf der ArbeiterInnenklasse. Die Angst ist immer da, und deshalb ist es erst ein paarmal möglich gewesen, die ArbeiterInnen in den großen Unternehmen zu organisieren — aus diesem Grund müssen wir den Kampf gegen eines dieser Ungetüme als Beispiel für alle ArbeiterInnen unterstützen.

Übersetzung: faud1 & faudu6

Griechenland: Anwälte schlagen Alarm

Kriminalisierung geht weiter

Die Kriminalisierung freundschaftlicher Beziehungen, eine extrem aufgeblasene Anklageschrift, die Heranziehung des Konstrukts der „kollektiven Verantwortung“ und die Anwendung des von Deutschland kopierten, sogenannten Antiterrorgesetzes, sind die Bausteine für die mittlerweile über



zehnmonatige U-Haft dreier Anarchisten in Griechenland. Giorgos Kalaitzidis, Panagiotis Aspiotis und Petros Karasarinis werden beschuldigt, in den Diebstahl von Polizeischilden der Sondereinheit MAT (vergleichbar dem SEK) im Mai letzten Jahres verwikkelt zu sein.

„Ihre Anklage mit dem Antiterrorgesetz stellt einen extremen Rechtsbruch und einen schweren Schlag für den Rechtsstaat dar“, so die Anwälte und Anwältinnen der drei Anarchisten auf einer Pressekonferenz Ende Mai in Athen. „Die gigantisch aufgeblasene Anklageschrift enthält nicht die zwingend vorgeschriebenen Anhaltspunkte, die eine Anwendung des Antiterrorgesetzes rechtfertigen. Im Gegenteil, es ist das erste Mal, dass das Gesetz nicht gegen eine existierende Organisation mit realen Aktivitäten angewandt wird, sondern dazu, eine entsprechende Organisation von den staatlichen Behörden zu konstruieren“.

Worum geht es?

Im Mai 2005 hatten Anarchisten eine zum Objektschutz abgestellte MAT-Einheit in der Athener Innenstadt angegriffen, vertrieben und die Ausrüstung einer Polizeiwanne „beschlagnahmt“. Schilde, Helme, Knüppel, Masken und Molotowcocktails wurden in der Folge auf Indymedia Athen unter der schadenfrohen Überschrift, „Schweine oder Hasen“, von einer vermummten Männercombo in Siegerpose präsentiert. Die Aktion sei eine Antwort auf die Polizeischüsse am Polytechnikum vom 10. Mai (siehe Direkte Aktion, Nr. 170).

Im Juli 2005 wurden Kalaitzidis und Karasarinis laut Anklageschrift bei dem Versuch verhaftet, einen Müllsack mit zerbrochenen Polizeischilden im Container zu entsorgen. Kalaitzidis bestreitet seit der Verhaftung, an der „Beschlagnahmung“ der Schilde beteiligt gewesen zu sein, Karasarinis habe zudem keine Kenntnis vom Inhalt des Müllsacks gehabt. Wenige Tage später wird ihr Freund Aspiotis verhaftet. Ohne den geringsten Anhaltspunkt dafür, dass die drei an den Auseinandersetzungen mit der MAT-Einheit beteiligt waren, werden sie des 22-fachen Mordversuchs (Anzahl der vertriebenen Beamten) beschuldigt. Desweiteren werden ihnen alle in den letzten zehn Jahren(!) in Athen geworfenen Molotowcocktails zur Last gelegt, darüber hinaus Waffenbesitz und die Mitgliedschaft in zwei terroristischen Vereinigungen. Eine davon ist die Verballhornung MAT, was in diesem Fall „Kommando zum Sturz der Ordnung“ heißt und diejenigen Anarchisten meint, die bei ihrer Attacke die Schilde entwendeten. Die zweite ist die „Anarchistische Vereinigung Exarchia“, eine Initiative, die sich im Mai 2005 im Athener Szenestadtteil Exarchia gründete, um Geld für die Kaution der Betroffenen polizeilicher Massenverhaftungen zu sammeln.

Anna Kourtovik, die Anwältin von Kalaitzidis, betonte, „die Entwicklung dieser eigentlich gewöhnlichen Auseinandersetzung mit dem Polizeistaat im Exarchiaviertel, verdeutlicht die gefährliche Änderung des Strafsystems in Folge des Antiterrorgesetzes, welches zur Flexibilisierung von Straftatbeständen und ganz wesentlich zur Willkür bei der Interpretation von Gesetzen und der Bewertung von Beweismaterialien führt“.

Anarchistische Gruppen und Menschenrechtsinitiativen rufen zu Solidaritätsaktionen mit den inhaftierten Anarchisten auf.

Ralf Dreis

CNT-AIT Sevilla: „They are not alone!“

Am 8. Juli ruft die CNT zu einer internationalen Demonstration in Barcelona auf. Mit dieser Demonstration soll der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen im Logistikzentrum von Sant Sadurní d'Anoia (Barcelona) des Supermarktriesen Mercadona unterstützt werden. Dieser Streik dauert nun schon weit mehr als 100 Tage. Alle, denen es möglich ist, sind herzlich eingeladen zu kommen! Demo: 08.07.2006, 12 Uhr, Plaza Espana, Bercelona
Infos (spanisch): http://barcelona.cnt.es

G8-Gipfeltreffen 15.-17. Juli in Strelna/St. Petersburg

Leider lassen es die Ressourcen der Protestbewegungen in Russland nicht zu, dass wir dieses Treffen verhindern. Jedoch planen einige Organisationen eigene Aktionen während des Gipfels. Die Hauptkampagne der reformistischen Organisationen in Piter werden im Rahmen des Zweiten Russischen Sozialforums (RSF) stattfinden, das vom 11.-15. Juli läuft. Geplant ist, dass es eine „große“, öffentliche Aktion der AnarchistInnen am 15.7 geben soll. Mehr Infos & Kontakt: r-17@admiral.ru, g0ren@mail.ru, Kushiyaan@yandex.ru
Für eine internationale anarchistische Gegenaktion beim G8!

Griechenland: Studierende besetzen landesweit über 400 der 456 Hochschulabteilungen

Seit April/Mai des Jahres wächst eine Bewegung der Studierenden in Griechenland heran, die sich durch basisdemokratische Organisationsstrukturen und festen Willen zum Widerstand auszeichnet.
Die griechische Regierung plant im Juli ein bildungspolitisches Gesetzespaket zu verabschieden, wie es in anderen europäischen Ländern schon ähnliche gab, gibt oder demnächst geben wird. Neben einer ganzen Reihe von anderen Dingen wird vor allem eine Möglichkeit zur Gründung privater Universitäten geschaffen. Gleichzeitig sollen bürokratische (Einführung von Studienzeitbeschränkungen) und soziale (Abschaffung des Rechts auf kostenlose Bücher) Instrumente geschaffen werden, um die Selektion im Bildungsbereich zu verschärfen. Zuguterletzt möchte die Regierung eine griechische Besonderheit, das Universitäre Asyl, abschaffen. Dieses „Asyl“ besagt, dass die Polizei nicht das Recht hat, den universitären Campus zu betreten. Mit Abschaffung dieser Errungenschaft wird es in Zukunft viel einfacher sein, störende und aufmüpfige Studierende unter Kontrolle zu bringen.
Mehr Infos & Kontakt: Antiauthoritarian Movement http://www.resistance2003.gr

Chile: SchülerInnenproteste weiten sich aus

In Chile fanden die größten SchülerInnen-und StudentInnenproteste seit Jahrzehnten statt; mindestens 800.000 nahmen an den landesweiten Demonstrationen für eine gerechte Umwandlung des Bildungssystems teil. Schon seit dem 30. Mai befinden sich zahlreiche Schulen und Universitäten (auch private!) im Streik. „Es ist nicht nötig, den Streik abzubrechen, um sich an den Verhandlungstisch zu setzen", heißt es von Seiten der Protestierenden, „denn seine Fortsetzung sabotiert nicht den Dialog." Soziale Organisationen und kulturelle Zentren rufen mittlerweile zum Aufbau von öffentlichen Komitees für ein neues Bildungs- und Arbeitssystem in den Stadtteilen auf.

Mehr Infos & Kontakt: http://clajadep.lahaine.org/articulo.php?p=7037&more=1&c=1

Honduras: Bananenrepublik

Arbeiten im „Paradies"

Honduras gilt als eine der Bananenrepubliken Mittelamerikas. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die fruchtbarsten Ländereien Honduras' an US-Investoren verkauft oder verschenkt, die daraufhin hektarweise Bananen als Monokultur anpflanzten. Die bekannteste Firma, die neben den Plantagen auch Eisenbahnlinien, Fernmeldeanlagen, Zeitungen, Häfen etc. besaß, war die United Brands Fruit Company (UFC), die in den 20er und 30er Jahren als der größte Arbeitgeber im Land galt.

Neben der UFC existiert bis heute auch noch die Standard Fruit Company (SFC). Die Regierung garantierte den Bananenbaronen niedrige Steuern, niedrige Exportzölle und kostenlosen Landbesitz. So hatte die UFC die Hälfte ihrer Ländereien in Honduras kostenlos in Besitz genommen und kontrollierte in den 50er Jahren 85 Prozent der Jahresexporte von Honduras. In den 30er und 40er Jahren spitzte sich die Situation so zu, dass lokale Machthaber von den Bananenfirmen dafür bezahlt wurden, in ihrem politischen Interesse zu handeln, was auch den Mord an Oppositionellen nicht ausschloss. Mit dem Ausverkauf des fruchtbaren Ackerlandes wurden viele Bauern, die bisher von Subsistenzwirtschaft lebten, landlos und als bananeros in Quasi-Leibeigenschaft von der UFC übernommen. Eine wirkliche Mittelschicht konnte sich zu keinem Zeitpunkt entwickeln.

Bis zum ersten großen Streik 1954 hatten die Plantagenarbeiter so gut wie keine Rechte, arbeiteten für einen Hungerlohn ohne medizinische Versorgung oder soziale Sicherheit. In dem 54er Streik, der von honduranischen ArbeiterInnen, unterstützt durch die Studenten- und Bauernbewegung, hervorgerufen wurde, erreichten sie die Durchsetzung erster Arbeitsgesetze, die Legalisierung der honduranischen Gewerkschaftsbewegung und ein Agrarreform-Gesetz. Das Bild des honduranischen Arbeiters als passives Subjekt, das alles erduldet, sollte damit zunächst aufgehoben sein.

Der Ausverkauf geht weiter

Als die Großländereien schon längst alle verteilt waren und die Bananenindustrie als alter Hut galt, wurde durch die Einrichtung von Industrieparks, in denen sich eine menschenunwürdige Maquiladora-Industrie (Billiglohn-, Weltmarktfabrik) ausbreitete, eine neue Methode gefunden das Land dem Ausverkauf preiszugeben: Die Regierung ebnete hiermit erneut den Weg, die honduranischen ArbeiterInnen auszubeuten und wiederum zu einem „passiven Subjekt" zu machen. Die in- sowie ausländischen Firmen wurden durch weitgehende Steuer- und Straffreiheit, durch Standortvorteile wie gute Verkehrsanbindung, lächerliche Umweltauflagen sowie billige Arbeitskraft und niedrige Produktionskosten angelockt in den honduranischen Freihandelszonen hauptsächlich (Marken-) Kleidung für den Weltmarkt zu produzieren.

Industrieparks

1976 wurde in Puerto Cortes die erste Freihandelszone errichtet. Der eigentliche Boom der Maquila-Industrie setzte jedoch erst Anfang der 90er Jahre ein. Mittlerweile werden offiziell (der informelle Sektor ist nicht einbezogen) ca. 230 Maquiladoras betrieben, die hauptsächlich im Sula-Tal im Bundesstaat Cortes gelegen sind, der im Westen an Guatemala und im Norden an die Karibik grenzt. Die Maquiladoras sind in diversen Industrieparks angesiedelt, um dort für internationale Markenfirmen zu produzieren. Die Fabriken sind zu fast 50% unter US-amerikanischer Führung. Die übrigen 50% teilen sich in asiatische und honduranische Maquiladoras auf, sowie einige wenige europäische Firmen, deren produzierte Kleidung zum größten Teil auf den US-amerikanischen aber auch den europäischen Markt gelangt. Die Industrieparks werden in drei Kategorien unterteilt: In „Freie Zonen" (ZOLI - Zona libre), in „Industrielle Verarbeitungszonen" (ZIP - Zonas industriales de procesamiento) und in „Import-Export-Zonen" (RIT - Regimen de Importaciòn Temporal), die z.B. Stoffe nur kurzfristig einführen um sie weiter zu verarbeiten und mind. 80% der Produkte sofort wieder exportieren. Die Bedingungen für die verschiedenen Zonen sind in etwa ähnlich: Allen werden steuerliche Vorteile eingeräumt (manche Fabriken müssen die ersten zehn Jahre überhaupt keine Steuern bezahlen) und geringe Zölle, sowie günstige Miet-, Strom- und Wasserpreise. Die Rohstoffe werden zumeist aus anderen Ländern bezogen oder kommen schon als Halbfertigprodukte an, die nur weiterverarbeitet werden — und auch die schon genannte Steuerpolitik trägt nicht dazu bei, die honduranische Gesellschaft zu unterstützen. Von dem Gewinn, den die Maquiladoras erwirtschaften bleibt also fast nichts im Land selber. Was bleibt, sind Umweltverschmutzungen sowie ein Minimallohn, der oft unter miserablen Bedingungen erwirtschaftet wird und kaum zum Überleben reicht.

Arbeiten in der Maquila — Die ArbeiterInnen

Die ArbeiterInnen kommen oft aus ländlichen Strukturen in die Stadt, in der Hoffnung, dort Arbeit und ein besseres Leben vorzufinden, denn auf dem Land gibt es oft nur wenige Arbeitsplätze und unzureichende Bildungsmöglichkeiten. Die Landflucht ist auch im Zusammenhang mit dem Niedergang der Landwirtschaft zu sehen, die durch die ökonomische Globalisierung, also Freihandelsverträge, Verfall der Weltmarktpreise, Großproduzenten (Bananenindustrie — siehe oben) etc., entstanden ist. So haben z.B. bis zum Ende der 80er Jahre noch 25.000 Bauernfamilien Reis angebaut und konnten von ihren Erträgen leben. Durch massive Reisimporte aus den USA



ist diese Zahl mittlerweile auf 1.100 reisanbauende Familien geschrumpft. Im Freihandelsvertrag CAFTA ist festgelegt, dass Honduras die landwirtschaftlichen Produkte nicht subventionieren darf. Der gleiche Vertrag besagt aber auch, dass die USA ihre Bauern mit bis zu 36.000 US-$ jährlich unterstützen/subventionieren darf und so ihren Reis billiger anbieten kann. Die sichtbaren Folgen der Landflucht sind die Slumbildung in den Städten, Armut, Hunger sowie der Verlust von traditionellem Wissen und Kultur.

Die Arbeitszeiten

Ein Arbeitstag einer/s Maquilaarbeiterin/s sieht in der Regel so aus, dass sie/er morgens sehr früh aufsteht, sich und die Kinder tagesfertig macht und den oft langen Anfahrtsweg zur Fabrik antritt, um pünktlich um sieben Uhr die Tagesschicht beginnen zu können. Ist der Wohnort mehr als zwei Kilometer von dem Arbeitsort entfernt, muss der Arbeitgeber nach Art. 42 des Arbeitsgesetzes für die Fahrt- oder Umzugskosten aufkommen, was aber selten der Fall ist und daher zumeist aus eigener Tasche bezahlt werden muss. Die Fabriken arbeiten schichtweise und nach verschiedenen Systemen. Am häufigsten ist das sogenannte „4x4-System" vertreten. Das bedeutet eigentlich, vier Tage à zwölf Stunden zu arbeiten und vier Tage zu ruhen. Die offiziellen Arbeitszeiten werden jedoch häufig nicht eingehalten und bei Bedarf wird verlangt Überstunden zu leisten (auch an den vermeintlich freien Tagen), die oft gar nicht oder schlechter bezahlt werden als die eigentlichen Arbeitsstunden. Durch die Anwendung des 4x4-System entziehen sich die Firmenchefs auch der doppelten Bezahlung an Sonn- und Feiertagen, die bei diesem System nicht obligatorisch ist. Durch das häufige Wechseln von Tag- und Nachtschichten, sowie nicht eingehaltene Ruhezeiten und -tage kommt es zu Ermüdungserscheinungen und Schlaflosigkeit.

Löhne

Der durchschnittliche Verdienst einer/s Maquilaarbeiterin/s beträgt 147 US-$ monatlich. Dieses Geld reicht jedoch nicht aus, um alltägliche Kosten wie Miete, Strom, Wasser, Kleidung und Essen zu decken, geschweige denn, die Ausbildung der Kinder zu bezahlen. Pro Arbeitstag wird ein Mindestlohn von 5 US$ erwirtschaftet. Hinzu kommen schlecht bezahlte Überstunden und Bonuszulagen, wenn ein bestimmtes Pensum in bestimmter Zeit erreicht wird (sprich: Akkordarbeit). Da die meisten auf diesen Bonusverdienst angewiesen sind, entsteht in einer voneinander abhängigen Arbeitsgruppe ein enormer Druck, unter dem die ArbeiterInnen sich nicht trauen, eine Pause zu machen oder auf die Toilette zu gehen, da die ganze Gruppe dann solange nicht weiterarbeiten kann, bis das fehlende Glied die Arbeitskette wieder schließt. Die Löhne müssen weiterhin zweimal jährlich an die Inflationsrate angeglichen werden, was aber nicht regelmäßig geschieht, v.a. dann nicht, wenn die ArbeiterInnen nicht in ewigen, von Repressionen begleiteten Verhandlungen ihr Recht vehement einfordern würden. Wo als erstes eingespart wird ist am Personal, wie man in der ganzen Welt sehen kann. So verwundert es nicht, dass die ArbeiterInnen der Maquilas vor 30 Jahren im Endeffekt mehr verdienten als heute. Ein anschauliches Beispiel ist, dass alle ArbeiterInnen von der Ernte bis zur Verpackung an einem PUMA-T-Shirt mit einem Ladenpreis von 140 US-$ zusammengerechnet gerade mal 0,23 US-$ verdienen.

Gesundheit

Die Arbeit in einer Maquila macht krank: Wie in Legebatterien sitzen die ArbeiterInnen dicht an dicht den ganzen Tag auf harten Holzbänken, die nächste Nähmaschine schon im Rücken. Durch die mangelnde Bewegungsfreiheit und sich immer wiederholende maschinenartige Bewegungen kommt es zu Haltungsschäden. Oft sind die Fabriken schlecht belüftet, was zu Temperaturen von über 40 Grad führt. Schutzkleidung wie Handschuhe in der Färberei oder einen Mundschutz, um die Flugteilchen der Stoffe abzuhalten, fehlen meist gänzlich, weswegen die meisten ArbeiterInnen mit Atemwegserkrankungen zu kämpfen haben. Die Hygiene lässt in den meisten Maquilas zu wünschen übrig; dreckige Toiletten, kein fließendes Wasser, fehlendes Klopapier und unsauberes Trinkwasser sind oft Auslöser von Infektionskrankheiten. Neben Atemwegs- und Hauterkrankungen gehören diese zu den häufigsten Krankheitserscheinungen der Maquila-ArbeiterInnen. Durch den schon erwähnten Gruppendruck, nicht die Toiletten aufzusuchen, besteht auch die Gefahr von Nieren- und Blasenerkrankungen sowie die Dehydrierung des Körpers, da vorsorglich nichts getrunken wird. Auch der psychische Druck, der zumeist durch die Supervisoren auf die ArbeiterInnen ausgeübt wird, ist nicht zu vernachlässigen. Die ArbeiterInnen werden angebrüllt und geschlagen, wenn sie nicht funktionieren. Ein großes Problem für die Frauen ist auch die sexuelle Belästigung. Oft nutzt die Spitze der Firmenhierarchie die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen schamlos aus.

Frauen

Die Beschäftigten in der Maquiladora-Industrie sind zu 70% Frauen, die als Näherinnen arbeiten. Die Männer arbeiten zumeist als Techniker, Verpacker oder Supervisoren. Gerade für die Frauen bedeutet die Arbeit in einer Maquila eine Mehrfachbelastung, muss sie in der patriarchalen Gesellschaft neben der Arbeit auch noch die Kinder versorgen, den Haushalt erledigen und den „ehelichen Pflichten" nachkommen. Nicht selten sind die Arbeiterinnen alleinerziehende Mütter und haben das Problem, ihre Kinder während der Arbeitszeit zu versorgen. Alleine in die Stadt gezogen, ist die Familie auf dem Land zurückgeblieben und fällt somit als Babysitter aus. So geht ein Großteil des Lohns in die Kinderbetreuung. Der Lohn reicht oft nicht aus, um die Kinder und sich selber zu versorgen, weswegen viele Frauen mehrere Jobs gleichzeitig haben. Viele prostituieren sich nach dem teilweise bis zu 16 Stunden dauernden Arbeitstag in der Maquila, was sicherlich auch ein Grund für die höchste AIDS-Rate des Landes ist. Bei einer Neueinstellung wird häufig ein gesetzeswidriger Schwangerschaftstest durchgeführt. Das geht soweit, dass die Frauen von männlichem Personal bis auf die Toilette begleitet werden, um die korrekte Ausführung des Tests zu überwachen. Ist eine Frau schwanger, wird sie erst gar nicht eingestellt bzw. entlassen, denn das erspart den Arbeitgebern die gesetzlich vorgeschriebenen Kosten. Schwangeren Frauen wird eine Ruhezeit von sechs Wochen vor und nach der Geburt eingeräumt, die bezahlt werden muss. Die Betriebsärzte setzen den Geburtstermin häufig nach hinten, so dass die werdenden Mütter bis zu zwei Wochen vor der Geburt noch arbeiten.

Durch die offene Diskriminierung, die schwangere Frauen in einer Maquiladora erfahren, sind viele gewarnt und treiben lieber ab, als ihren Job zu verlieren und den Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Die Abtreibungsrate bei Maquila-Arbeiterinnen ist überdurchschnittlich hoch. Durch mangelnde Hygiene und hohen Arbeitsdruck kommt es bei den Arbeiterinnen auch überdurchschnittlich häufig zu Fehlgeburten.

Jobsicherheit

Viele Maquiladora-ArbeiterInnen erhalten bei einer Einstellung zunächst einen Zweimonats-Vertrag, der eine Art Probezeit darstellen soll. Bei diesen Verträgen sind die Arbeitgeber zunächst zu nichts verpflichtet, außer für Löhne und die Sozialversicherung aufzukommen. De facto werden solche Verträge abgeschlossen, um bei erhöhter Produktionsanforderung ArbeiterInnen einstellen zu können und sie anschließend bei nachlassender Konjunktur ohne Angabe von Gründen wieder zu entlassen. Flexibilisierung der ArbeiterInnen wird dies genannt. 30% der Maquiladora-ArbeiterInnen arbeiten dauerhaft unter solchen Verträgen. Von einer Jobsicherheit kann nur dann gesprochen werden, wenn der/die ArbeiterIn sich still und unauffällig benimmt und effizient arbeitet. Aber selbst das ist nicht immer eine Garantie. Bei gewerkschaftlichen Aktivitäten z.B. versuchen die Arbeitgeber, die „Störenfriede" ausfindig zu machen und schnell los zu werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung „Honduras: Bananenrepublik" von Seite 10

Eine schwarze Liste mit diesen unangenehm auffallenden Personen zirkuliert unter den Maquila-Betreibern, weswegen eine Wiedereinstellung nahezu unmöglich ist. Auch ArbeiterInnen die sich gegen verbale und seltener körperliche Gewalt oder sexuelle Belästigung zur Wehr setzen oder nicht mit unbezahlten Überstunden und Sonntagsarbeit einverstanden sind, kurzum alle ArbeiterInnen die sich nicht zu „passiven Subjekten" machen lassen, sind ein Dorn im Auge der Arbeitgeber. Häufen sich diese „Probleme" wird die Fabrik kurzerhand geschlossen, und man entledigt sich somit auf einfache Art und Weise der problematischen ArbeiterInnen und der übrigen Verpflichtungen wie z.B. Lohnzahlungen. In nur drei Jahren (2001-04) schlossen 40 Fabriken, die zumeist ein paar Meter weiter unter neuem Namen wiedereröffneten und so ihren vorherigen Zahlungsverpflichtungen zum Grossteil entgangen sind. So standen in diesen drei Jahren insgesamt 30.000 ArbeiterInnen von heute auf morgen auf der Straße, obwohl die Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichtet sind, die ArbeiterInnen mind. 30 Tage vor der Fabrikschließung zu informieren. Die Besitzer rieben sich derweil die Hände, haben sie in der Zeit doch insgesamt 300 Millionen Lempiras (ca.13,5 Mio. Euro) „gespart", d.h. die ArbeiterInnen um ihren Lohn gebracht. Da die Besitzer, wie oben schon genannt, eine relative große Straffreiheit genießen, interessiert sich die Regierung nicht großartig dafür, wenn von heute auf morgen hunderte ArbeiterInnen auf der Strasse stehen.

Widerstand

Ein großes Problem der Mobilisierung der ArbeiterInnen besteht darin, dass sich viele als privilegiert ansehen, überhaupt eine Arbeit zu haben, egal unter welchen Bedingungen. Ein Medium, das für Öffentlichkeit sorgt ist die Zeitschrift „Vida en la Maquila" (Leben in der Maquila). Angefangen hat es mit dem Radioprogramm „La Golondrina" (Die Schwalbe), welches täglich im Radio „El Progreso" (Der Fortschritt) gesendet wurde. 30 Maquila-Arbeiterinnen organisierten die Sendung und klärten über Arbeitsrechte und Missstände in einzelnen Firmen auf. Als die Station geschlossen wurde, rief eine kleine Gruppe im Jahr 2000 die Zeitschrift „Vida en la Maquila" ins Leben. Sie fingen mit 5000 Exemplaren an, die sie in Autobussen, an Werkstoren, bei sozialen Organisationen etc. verteilten. Die Zeitung besteht aus Gesundheitserziehung, Aufklärung über Arbeitsrechte, Geschichte sozialer Bewegungen, Horoskopen, Nachrichten, Witzen, Liedertexten, Berichten über Arbeitsrechtsverletzungen einzelner Firmen, speziellen Themen (wie z.B. den 8. März), Auswirkungen der neoliberalen Politik etc. und hat ihre Auflagenstärke mittlerweile verdoppelt. Auch Frauenrechtsorganisationen wie CODEMUH (Colectivo de las mujeres hondureñas — Kollektiv honduranischer Frauen) und CDM (Centro Derechos de la Mujer — Frauenrechtszentrum) widmen sich mit gezielten Programmen der Verbesserung der Arbeitssituation in den Maquilas, sind es doch in der Mehrheit Frauen, die in den Billiglohnfabriken arbeiten. In der „Coordinadora para la protección laboral" (Dachverband zum Schutz der Arbeit) haben sich sechs Gruppen zusammengeschlossen, darunter auch die Redaktion von „Vida en la Maquila", um die Arbeitsrechte vehementer durchsetzen zu können. Von einer breiten Gewerkschaftsbewegung sind die ArbeiterInnen noch weit entfernt. Lediglich drei bis vier Prozent der Maquila-ArbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert. Landesweit sind es ca. zwölf Prozent. Dabei ist zu bedenken, dass die Menschen auf der Arbeit unter einem großen Druck stehen, hervorgerufen durch Bedrohungen, Einschüchterungen und statuierten Exempeln. Viele haben schlichtweg Angst, sich zu organisieren, da es häufig auch den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet. Durch internationalen Druck und Boykottaktionen seitens der Käufer-Zielgruppen ist es teilweise gelungen, die Durchsetzung von Arbeitsrechten sowie Wiedereinstellungen zu erreichen. Auch ILO (International Labour Organisation) und WRC (Worker Rights Consortium) setzen sich für die Einhaltung der Arbeitsrechte ein. Die in Verruf geratene Firma Gildan z.B. hat auf Druck internationaler Organisationen Maßnahmen ergriffen, Arbeitsrechtsverletzungen vorzubeugen. So wurde ein „Kummerkasten" installiert, in den die ArbeiterInnen anonym ihre Beschwerden einwerfen können. Die Antworten sind an einem schwarzen Brett nachzulesen. Auch ist eine kostenlose Hotline eingerichtet worden, die auf einem AB anonyme Beschwerden entgegennimmt, die von einem Büro für „menschliche Hilfe" geprüft werden. Die Effizienz dieser Einrichtungen ist unbekannt. Dies alles stellt Anfänge dar, das Arbeitsleben in einer Maquiladora arbeiterfreundlicher zu gestalten, doch kommt es weiterhin täglich zu Verletzungen der Arbeits- und Menschenrechte, nicht nur in Honduras, auch in China, Mexiko den USA etc. Dies bestätigt sich nicht zuletzt in den anonymen Beschwerden, die CODEMUH entgegennimmt: Sexuelle Belästigung, Vergehen gegen das Mutterschaftsgesetz, unbezahlte Überstunden — um nur einige Anzeigen wiederzugeben.



Informeller Sektor

Die Verhältnisse im informellen Sektor sind noch schlechter als in den registrierten Maquilas. Die klandestinen Fabriken mit 40-500 Beschäftigten liegen versteckt in alten Kinos, ehemaligen religiösen Tempeln oder ganz einfach in Wohnhäusern. Dort fehlen zumeist (ausreichende) sanitäre Anlagen, Belüftungssysteme und Trinkwasser. Die Bezahlung liegt oft unter dem Mindestlohn, und erzwungene Überstunden werden selten bezahlt. Der informelle Sektor ist durch hohe Fluktuation der Arbeitskräfte und Kurzarbeit wegen unbeständiger Produktion gekennzeichnet. Die Verantwortlichen sehen sich selber als großzügig an, geben sie doch den Menschen eine Chance, auch ohne Papiere einen Job zu bekommen. Von der Ausbeutung und der Abhängigkeit auch Minderjähriger sowie den katastrophalen Arbeitsbedingungen ist nicht die Rede. Auch registrierte Firmen „vermieten" ihre ArbeiterInnen an den informellen Sektor weiter, wenn sie gerade nicht gebraucht werden und nicht ohne weiteres entlassen werden können — auch das wird Flexibilisierung der ArbeiterInnen genannt. Das es in solchen Fabriken auch zu Foltermethoden kommt, wie Einschließung in den Kessel/Heizungsraum, bleibt unbeachtet.

Fazit

Über 80% unserer Kleidung, die die Schaufenster der Bekleidungsgeschäfte unserer Shoppingmeilen zieren, kommen aus Billiglohnfabriken, hauptsächlich aus Mittelamerika und Asien. Unter menschenunwürdigen Bedingungen werden sie für den „Erste-Welt-Markt" produziert, denn es gibt noch viele Abnehmer für das immer größer und billiger werdende Angebot. Die ungerechte Beteiligung der Maquiladora-ArbeiterInnen an dem Gewinn, den die Kleidung abwirft, ist deutlich. Doch wie kann man als KonsumentIn bewusster mit der Problematik umgehen? Groß angelegte Boykotts, um den Multinationalen einen Denkzettel zu verpassen, haben schon einiges bewirkt, doch betonen die Maquila-ArbeiterInnen auch immer wieder, dass sie nicht gegen die Arbeit in der Maquila sind, sondern gegen die Arbeitsbedingungen. Um dem Problem entgegenzuwirken, müsste wie so oft etwas an der Wurzel verändert werden. Bis dahin sollten wir vielleicht etwas bewusster konsumieren. Kein Mensch braucht zehn Paar Schuhe, 20 Hosen oder 30 T-Shirts. Von keinem wird verlangt, sich in Säcke zu kleiden, aber auch Second-Hand-Läden und der Flohmarkt bieten günstige und gute Gelegenheiten, den alten Pullover durch etwas chickes „Neues" zu ersetzen.

-kaos-

Belgrad/Serbien: Erste erfolgreiche „unabhängige" Gewerkschaftsaktion der Anarho-sindikalisticka inicijativa ASI

Hintergrund: Slavica schmiss den Job im Restaurant „Mamma Mia" hin, weil die ArbeiterInnen ständig vom Chef, einem gewalttätigen Alkoholiker, schikaniert werden. Sie und alle anderen ArbeiterInnen arbeiten „schwarz" in diesem Restaurant. Sie sind also nicht registriert, und es werden keine Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung abgeführt. An dem Tag, an dem sie den Job kündigte, kam sie, um ihren Lohn für den letzten Arbeitsmonat zu holen. Als der betrunkene Chef das Restaurant betrat, griff er sie tätlich an. Dabei beschuldigte er sie (und alle anderen ArbeiterInnen), ihn zu beklauen und weigerte sich, ihr das verdiente Geld auszuzahlen. Daraufhin wendete sich Slavica an die ASI. Am Samstag, den 10. Juni, organisierte die ASI Belgrad eine Demonstration vor dem Restaurant „Mamma Mia". Rund zwanzig Militante und UnterstützerInnen der Belgrader Ortsgruppe versammelten sich mit Fahnen und Flugis vor dem Restaurant. Die Gäste wurden über den Hintergrund der Aktion informiert und aufgefordert, das Restaurant bis zur Lösung des Konflikts zu boykottieren. Zeitgleich wurde eine Delegierte der Gewerkschaft ins Restaurant geschickt, um dem Chef die Forderungen zu präsentieren. Schon nach 15 Minuten willigte der Chef aus Angst vor einer „Szene" in seinem Restaurant ein, das Geld auszuzahlen, das er unserer Genossin gestohlen hatte. Damit war das Ziel der Demonstration erreicht, und die Mitglieder und SympathisantInnen der ASI rückten ab.

Kontakt: www.inicijativa.org

Ausführlich: siehe DA 177

Staatliches Chaos und organisierte Anarchie

Vom Versuch der Menschen, sich selbst zu helfen

Eine Vortragstour zur Situation in New Orleans und an der Golfküste nach den Hurrikans Katrina und Rita. Die Aktivistinnen Naomi und Liz berichteten in einer Vortragstour durch die Niederlande, Deutschland und Belgien über die staatliche Reaktion auf die verheerenden Zerstörungen, die die Hurrikans angerichtet haben, und den Versuch, selbstorganisierte Hilfe in New Orleans und in den von Indigenen bewohnten Gebieten zu leisten.

Am 29.08.2005 trifft Katrina, knapp einen Monat später Rita die Küste von Lousiana. Die ganze Küstenregion und ca. 80% des Stadtgebietes von New Orleans stehen bis zu gut sieben Meter unter Wasser. Millionen Menschen werden zwangsevakuiert. Die in New Orleans Verbliebenen sehen sich mit einer staatlichen Reaktion konfrontiert, deren oberste Priorität Kontrollgewinn statt humanitäre Hilfe ist. So wird in den ersten Wochen nach dem Hurrikan Katrina in erster Linie urbane Kriegsführung statt Hilfeleistung betrieben.

Vorbei an den großen bürokratischen Ungeheuern, wie dem Roten Kreuz oder der staatlichen FEMA (Federal Emergency Management Agency, dem Heimatschutzministerium unterstellte Katastrophenhilfeorganisation) organisiert Liz mit AnarchistInnen aus Madison/Wisconsin und den „Family Farm Defenders" verschiedenste Hilfsgüter: Vor allem Nahrungsmittel, aber auch Schutzkleidung und Kommunikationsausrüstung. Vor New Orleans bildet sich eine Koalition aus ChristInnen, Hippies und den Menschen aus Wisconsin, die ein Verteilungszentrum für die Hilfsgüter aufbaut. Während das Rote Kreuz trotz Spenden in Milliardenhöhe zeitweise nur grüne Bohnen in Dosen zu verteilt, beginnen verschiedene Basisorganisationen mit dem Wiederaufbau. Dennoch ist dies keine reine anarchistische HeldInnengeschichte: Die Organisationsbemühungen funktionieren hauptsächlich durch den Rückgriff auf bereits existierende lokale Strukturen, wie Nachbarschaftszusammenhänge und durch die große Koalitionsbereitschaft. Etliche auswärtige Hilfsgruppen kommen aber auch mit ihren eigenen vorgefertigten Vorstellungen und müssen sich unbequeme Fragen gefallen lassen. So zum Beispiel, ob sie nicht Ressourcen und Aufmerksamkeit von lokalen Initiativen abzögen. Was wann und wie wieder aufgebaut wird, haben schließlich immer noch die betroffenen Menschen vor Ort und keine noch so gut gemeinte Hilfsaktion von außen zu entscheiden. Bei der Frage des Wiederaufbaus wollen auch Regierung und Tourismusindustrie mitreden, die die Flut gerne dafür benutzen wollen, die Stadt nach ihren Vorstellungen neu zu strukturieren und so nicht intakte Häuser abreißen ließen, weil sie nicht in den Plan des neuen New Orleans passten. Widerstand dagegen zu leisten bleibt auch ein knappes Jahr nach den Hurrikans sehr schwierig, denn viele Menschen sind noch immer nicht in die Stadt zurückgekehrt. Bleibt zu hoffen, das New Orleans die widerspenstige Lebenskultur wiedergewinnt, die es einmal auszeichnete.



Für New Orleans typische Clowns in einem Bus mit Hilfsgütern aus dem Westen der USA

Naomi ist schon in den ersten Tagen nach der Flut in New Orleans aktiv. Sie hilft dort, das medial auch gut vertretene „Common Ground Collective" zu schaffen, entscheidet sich dann aber indigene Gemeinden ca. 150 km südwestlich von New Orleans zu unterstützen. Dabei gründet sie das „four directions solidarity network", das sich als unabhängige Graswurzelinitiative zum Schutz indigener Communities begreift. Dabei stützt es sich auf vier wesentliche Arbeitsbereiche. Reparieren und Wiederaufbauen ist der offensichtlichste von ihnen. So sind die Hurrikans Katrina und Rita nicht die ersten, die in dieser Region Verwüstungen anrichteten. Ganze Ortschaften sind immer noch nur notdürftig oder gar nicht wiederhergerichtet. Abgesehen von den Hurrikans ist die Region auf Grund katastrophalen Umgangs mit der Umwelt von einem enormen Landverlust betroffen, der ca. 33 Fußballfelder am Tag beträgt. Darum bemüht sich das Netzwerk, die Versorgung der Bevölkerung mit möglichst nachhaltigen Ressourcen sicherzustellen. So wurden Biodiesel nutzbar gemacht oder nachhaltige Landwirtschaft wieder eingeführt. Die Verteilung der Ressourcen erfolgt über einen Umsonstladen. Ein wichtiger Punkt für das Netzwerk ist für sie die Bewahrung kultureller Erbes, um eine indigene Widerstandskultur gegen über 300 Jahre koloniale Unterdrückung zu reetablieren. Dazu wollen sie sich traditioneller Einrichtungen wie Tänzen, Musik und Sprache bedienen. Teile davon wurden auch bei der Veranstaltung benutzt. Für eine solidarische Zusammenarbeit, sei, so Naomi, Akzeptanz und Respekt für indigene Kultur notwendig. Wie weit diese gehen kann und wo der Umgang mit ihr z.B. in neurechten „Ethnopluralismus" umschlägt wurde sehr kontrovers gesehen. Hier wurden starke Perspektivunterschiede zwischen dem Diskussionsstand hierzulande und der praktischen Erfahrung in den USA deutlich. Die kritischen Aspekte lassen sich aber nicht nur darauf herunterbrechen, sondern müssen, auch vor dem Hintergrund anderer indigener Bewegungen, weiter diskutiert werden.

faugoel

Neoliberale Bewusstseinsbildung — zwei Beiträge

Es wirkt häufig ermüdend, gelegentlich auch nutzlos, die gesellschaftliche Realität jenseits ihrer materiellen und somit greifbaren Seite zu erfassen. Ganz besonders trifft dies auf Fragen der Gesellschaftsideologie zu, bewegt sich eine solche Auseinandersetzung doch im obersten Stockwerk der Theorie: einem Tummelplatz für Liebhaber metaphysischer Abstraktionen. Auch wenn solche Auseinandersetzungen voraussetzen, sich teilweise auf nicht ganz unkomplizierte Gedankengänge einzulassen, sollten wir uns zumindest grundlegenden Aspekten annehmen, die mit den Entwicklungsbedingungen eines Klassenbewusstseins zusammenhängen. Die folgenden zwei Artikel stellen eine Anregung dar, sich besser über die Mechanismen der (Re-)Produktion von gesellschaftlichem Bewusstsein klar zu werden. Ein klareres Verständnis diesbezüglich könnte schließlich von Nutzen sein bei der Entwicklung klassenkämpferischer Perspektiven.

Literatur

Pierre Bourdieu, *Wortfeuer. Gegenmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998

Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M. 1993

Peter Hartz, *Die Jobrevolution*, Frankfurt a.M. 2001

Frigga Haug, „Schaffen wir einen neuen Menschentyp. Von Henry Ford zu Peter Hartz", in: *Das Argument*, 252/2003

Dieter Lenzen, „Wenig Zeit für viele Defizite", *Rheinischer Merkur*, 8.11.2004

Ulrich Müller u.a., *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg 2004

„Wahrnehmungskitzel unter Haut und Hirn"

Zur Sprache des Neoliberalismus

Ein Jargon etabliert sich weltweit. Der allgemeine öffentliche Sprachgebrauch hat sich mit den weltumfassenden „Umstrukturierungen" für Profitbeschaffung geändert. Die Urheber können nur darauf hoffen, daß die Wörter und Phrasen unbewußt übernommen werden. In Augenschein genommen, erweist diese Sprache ihre Künstlichkeit und ihren Irrsinn.

Der Mythos der Globalisierung

Linguistisch hat sich offenbar noch kaum eine Person zu dieser Art von Sprache geäußert. Es geht um Jargon, Kreation, Werbesprache, eine zu wahrscheinlich großem Teil begriffslose Sprache. Mit dem Wunsch ihrer Urheber, daß sie sich verbreiten möge, fällt sie nach Michel Foucault eher ins Gebiet der Doktrin, kaum unter den von Foucault erörterten eigentlichen Diskurs. Die etwas dazu geschrieben haben — allzu viele sind es nicht — entstammen, was nicht verwundert, eher der Soziologie. So hat z.B. die Gesellschaft „neusprech" der neoliberalen Sprache u.a. auf dem Sozialforum in Erfurt einen Vortrag gewidmet und ihre Ähnlichkeit zum Neusprech in Orwells „1984" dargelegt (siehe www.neusprech.de).

Pierre Bourdieus *Wortfeuer* versammelt seine Ansprachen und Essays seit 1990 und markiert damit zeitlich das Aufkommen der Rhetorik der Privatisierung. In Reden vor Streikversammlungen versuchte Bourdieu, diese Rhetorik regelrecht abzutragen, z.B. bei den Eisenbahner- und Schülerprotesten gegen den Sozialabbau unter Ministerpräsident Juppé 1995; vor dem streikenden Allgemeinen Griechischen Arbeiterverband 1996. Er analysiert die Vokabeln der neoliberalen Sprache, die den „Mythos der Globalisierung" befestigen, dem es „vermeintlich nichts entgegenzusetzen gibt": die „Flexibilität", „Verschlankung", „Deregulierung", der „mutige Sozialplan von Alcatel" (gemeint war hier die Entlassung von 2000 ArbeiterInnen bei Alcatel) — Vokabeln, die hierzulande ebenso ausgelatscht sind wie in Frankreich und Griechenland, was den Mechanismus ihrer Verbreitung zeigt. Schönredende oder pseudowissenschaftliche Vokabeln sollen die Unternehmerlogik zum neuen Naturgesetz erheben.

Ein überdimensionierter Apparat befördert die neue Sprache

Bourdieu spricht an dieser Stelle — sprach also vor acht Jahren — bereits einen Fakt an, den heute noch viele nicht sehen: Den künst-



lichen Diskurs durch Presse und Medien, der in die neoliberale Entwicklung eingebunden ist. „Der Thatcherismus ist kein Werk von M. Thatcher. Er war schon sehr lange vorbereitet worden von intellektuellen Gruppen, die die Tribünen in den großen Zeitungen bewohnten." Eine käufliche Intellektuelle schreibt sich ein in die Wortfabrik, die von den Think Tanks, den Beraterfirmen, den Werbestrategen bestimmt wird.

Die gleiche spezifische Wandlung sehen die Autoren des Buches *Gesteuerte Demokratie?*, die aufzuzeigen versuchen, „wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen". Vormals (heißt hier: 1990) noch alternative Medien-Kanäle sind inzwischen verschliffen und berichten das gleiche in variierendem Ton. Seit Consultingfirmen und Ministerien zusammenarbeiten, ist die Rolle von PR-Agenturen für „Umstrukturierungen" maßgebend. JournalistInnen lassen sich von PR-Agenturen mit „Neuigkeiten" beliefern und wirken ihrerseits in Gremien der Unternehmen und selbst der Gesetzgebung hinein. Ein jüngeres Beispiel: JournalistInnen schrieben mit an dem hetzenden Clement-Report gegen erwerbslose „Abzocker".

Der überdimensionierte Apparat für die Beförderung der Suggestivsätze ist also wesentlicher Teil der neoliberalen Sprache. Er funktioniert, solange die bürgerlichen Hörerinnen und Leser noch im altbackenen Weltbild leben, in dem die Parameter Legislative —

http://de.indymedia.org

private Unternehmer — mediale Debatte ihnen getrennt erscheinen. Er funktioniert, solange die Betreffenden eine Suggestion durch die Talkshows etc. aufnehmen, zum Beispiel die „Frage", ob denn streikende Belegschaften für Unternehmer überhaupt „attraktiv" seien.

Als Eigenschaft dieser Sprache zeigt sich: Ihre „Ganzheitlichkeit" in korporativistischen Formulierungen und in der Art ihrer Verbreitung. Erzieherisch oder menschelnd reden die „Botschafter" (z. B. die Beauftragten der Dubist-Deutschland-Kampagne) im Unternehmerjargon auf das Individuum ein; ebenso befördern Wissenschaft, Forschung und öffentliche Institutionen das Dogma vom Gewinnwachstum als Muß. Was den Inhalt dieser Sprache betrifft, da geht es um den Tod der Vernunft.

Lebenslanges Lernen für die Ungewissheit

Seit ihrer Gründung im Jahre 2000 wendete die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ihre jährlichen neun Mio. Euro auch dafür auf, Schulbücher zu verfassen. Die Botschaft darin: Noch mehr Wirtschaftswachstum sei der einzige Ausweg aus der Krise. Den Jugendlichen werden zukünftige prekäre Arbeitsverhältnisse schon mal als Ausblick auf die „Realität" angedeutet, und natürlich wird ihnen die „Flexibilität" (übersetze: Beugsamkeit) als ein Wert nahegelegt. In den Andeutungen ist Clements schizophrene Logik verwirklicht: Einerseits soll sich das Menschenmaterial der Jugendlichen zur völligen Anpassung an Teilzeit-Arbeitsverhältnisse und billige Dienstleistungen bereithalten, andererseits mögen sie selbst eine neue Gründerdynamik entfalten. Der Gedanke an menschlichen Bedarf, an eine soziale Struktur oder an Arbeitsrecht soll fortgeredet werden.

Während die Hochschulen in gewinnorientierte Unternehmen verwandelt werden, hält auch hier die neue Sprache Einzug. Mensch müßte sich sehr verrenken, um in dieser Sprache ein Phänomen von Wissenschaftsdisziplin im „Spiel der Identitäten" des Diskurses nach Foucault zu sehen. Die Änderung war dafür doch, sagen wir, etwas zu abrupt seit der Transformation der Hochschulen durch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHe) 1994.

Ein nicht aus der Luft gegriffenes Beispiel gibt die Psychologie der FU Berlin. Während in den späten neunziger Jahren dort die Kritische Psychologie abgeschafft wurde, entstand ein neuer Fachzweig: die Arbeits- und Organisationspsychologie. Das Seminarangebot im Wintersemester 05/06 sticht die Sozialpsychologie quantitativ aus.

Ein Seminar mit dem Titel „Wandel der Arbeit und arbeitszentrierte Lebensgestaltung" umschreibt seinen Gegenstand so: „Der aktuelle Strukturwandel der Arbeitswelt, der sich generell als eine Tendenz zur erweiterten Selbstorganisation und forcierten Flexibilisierung charakterisieren läßt, zieht sich durch alle Ebenen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation. (...)" Ziel dieses Seminars ist u.a. das Aneignen von Strategien zur „verbetrieblichten Lebensführung".

Damit ist der Rahmen für Fachdisziplin neu gesetzt. Wer und was verursacht die „generelle Tendenz" zur „Selbstorganisation" (im zweckentfremdeten Sinne), und was sind z. B. die psychischen Auswirkungen für den Menschen?

Es wird nicht hinterfragt, sondern affirmiert, was, so, wörtlich, im homogenen Diskurs von „Marienhof" über Regierungspalaver bis hin zu Peter Hartz' Betrachtungen in seinem Buch „Die Jobrevolution" festgestellt wird: Die angebliche Selbstorganisation, der stereotyp beschworene Ausweg, während virtuelle Firmengründungen, Massenentlassungen und Niedriglohnstellen die Gewinnkurve der Unternehmen aufrechterhalten und von staatlicher Seite immer mehr Stellen in der öffentlichen Gemeindefürsorge für schnelles Geld abgebaut werden.

Orwell schreibt in „1984": „Die Neusprache (hat) kein anderes Ziel, als die Reichweite des Gedankens zu verkürzen." So sollen „Gedankenverbrechen" unmöglich werden, „weil einem hierzu schlicht die Worte fehlen." Wenn sich neoliberale Ökonomen aber vom Jargon der Unternehmer und der Technokraten entfernen, wie begründen sie dann noch das „lebenslange und selbstorganisierte Lernen"? Eine Antwort lieferte Roman Herzog auf dem Bildungskongreß 1999: „Weil Schulen und Hochschulen unsere Kinder in Zukunft auf ein Leben vorbereiten sollen, das wir selbst noch gar nicht genau kennen (...) und eine Welt, in der Ungewißheit viel mehr als bisher zum bestimmenden Merkmal werden muß" (muß!). Erinnern wir uns, es war das Jahr, in dem die deutsche Regierung sich für das Projekt des „Eurofighter" stark machte.

Die Konsequenz der neoliberalen Sprache: Menschen-Verwertung

Der Tod der Vernunft ist nötig, damit Menschen weiter als prekarisierte ArbeiterInnen oder Erwerbslose für den „Standort" stillhalten. Denn was der Kapitalismus vormals noch an Scheinargumenten für sein beständiges Funktionieren hatte, ist verschlissen.

Darum versuchte sich Peter Hartz im Jahre 2000 mit „Die Jobrevolution" im Revolutionieren. Kühn gesteht er ein, daß das fordistische Arbeitsmodell nicht mehr taugt. Seine Neuigkeit ist das Unternehmertum jedes einzelnen Menschen. Das Ergebnis in dem Buch ist sprachliche Inkontinenz. Hartz belegt alle möglichen Bereiche, die ihm einfallen, vom Individuell-Menschlichen über das Familiäre bis zur Wissenschaft mit der Vermarktungsideologie. Es ist die Negation des Menschlichen unter dem Banner des Profits. Hartz betreibt „die ganz und gar ruchlose Verwandlung aller Worte in Waren", wie Frigga Haug in ihrer Analyse seines Buches schreibt. Doch die Soziologin glaubt ihm noch, er hätte ernsthaft eine Neuigkeit mitzuteilen, und zerbricht sich vergeblich den Kopf darüber.

„Der Unternehmer vor Ort nimmt das Schicksal seiner Beschäftigung mit in die Hand." Mit Sätzen dieser Art sabotiert Hartz im Buch durchgehend jede klare Aussage. Aber das macht nichts, es geht ihm um Stimmungsmache, „es geht um einen Wahrnehmungskitzel unter Haut und Hirn." Es geht um Korporativismus bis in die Familien hinein bzw. „Job-Familien", die „der Zukunft vorangehen". In der „Job-Familie" ziehen „die Familienmitglieder neue Nachwuchskräfte an. (?) In einer Job-Familie zu leben, der die Zukunft gehört, macht Spaß."

Auch die Biogenetik hat einen Platz im Brainstorming von Hartz: „Gene und Moleküle liefern das Design für die übernächste Produktgeneration." Mit der Menschen-Verwertungslogik ist Hartz ebenso salonfähig wie beispielsweise Sloterdijk. Der Philosoph paradiert mit seinem Konzept vom „Menschenpark", dem Ideal von einem biogenetisch entworfenen Menschen, schon seit Jahren in honorigen Institutionen wie dem Centre Georges Pompidou in Paris. Für ihn trägt die Technik zur „Domestikation des Seins" des Menschen bei, ist nicht wie bei Heidegger „Vergessen des Seins".

Sloterdijk wirbt für eine „Ethik des mündigen Menschen", womit er eben die allein von technischen Entwicklungen bestimmte und festgelegte Ethik meint, und wettert gegen die „Humanolatrie" derer, die „aus technikfeindlicher Hysterie" sein Konzept kritisieren. Ein solcher Kritiker, der Philosoph Dany-Robert Dufour, bezeichnet die „Regeln vom Menschenpark" als „veritablen Post-Nazi-Plan" (siehe *Le monde diplomatique*, April 2005).

Der kalte Technokratenton ist die andere, ergänzende Seite zum Schwulst. Was das Buch von Hartz angeht: Hieran sehen wir heute, daß Sprache ernstzunehmen ist, daß schlechter Stil und monströse Wendungen für eine Realität der Ausbeutung stehen können. Auch in der Sprache der Verwaltung ist der/die Erwerbslose zu „steuerndes" Objekt, wenngleich auch „Kunde". Die Firma „Syntegral" soll beispielsweise Jugendliche mit Lernhemmnissen überwachen. Dafür erstellt sie ein katalogähnliches Profiling, in dem es nach ihrem Wortlaut um „die exakte Berechnung der Störungen und Ressourcen" (etwa Gehirnzellenressourcen?) geht. „Syntegral" spricht außerdem von „systemischen Lösungen für den Humanbereich". In dem Profiling soll das jugendliche Objekt nach bis zu 200 Kategorien bewertet werden (siehe „Die Steuerung von uns Arbeitsamts-'Kunden'", DA März/April 2005).

Die Sprache der Eliten soll Denken verkleistern, doch sie verrät ihre Urheber. Im Klassenkampf kann es nicht Aufgabe sein, sich an dieser Sprache abzuarbeiten. Ohne zuviel Aufwand zu verschwenden, sollten wir Lügen der kapitalistischen Sprecher analysieren und entlarven. Wenn unerprobte Streikende Standortparolen verwenden, kann der argumentative Austausch versucht werden, um die Position von ArbeiterInnen gegen unternehmerisches Kalkül herauszustellen. Die Schwäche des kapitalistischen Neusprech ist die Realität. So wächst die Kluft der virtuellen Wirklichkeit zur Wirklichkeit der Ausgebeuteten weiter. Der soziale Kampf ist dabei unsere Hauptaufgabe; die Vernunft, die Wissenschaft, die Erkenntnisse aus Soziologie und ArbeiterInnenbewegung sind auf unserer Seite.

Birgit

Schwindelnde Sinne

Neoliberale Ideologie im Spiegel der Standortlogik

Die psychologische Verfasstheit der Gesellschaft in Zeiten des Neoliberalismus ist ein Bollwerk, das es erstmal zu knacken gilt auf dem Weg zum praktischen Klassenkampf. Wie sehr das zutrifft, lässt sich gut am Beispiel der vorherrschenden Standortlogik zeigen. Der neoliberalen Ideologie gelingt es nämlich wirkungsvoll, Widerspruchsmomente zu integrieren und die resultierende Verwirrung im Bewusstsein positiv zu nutzen. Der Blick auf soziale Interessengegensätze wird dadurch dermaßen verschleiert, dass es, von außen betrachtet, leicht verständlich wird, welche dynamische Kraft einem entstehenden Klassenbewusstsein innewohnt — und welche fatale einem dahinschwindenden.

Ideologisch sind immer nur die Anderen

Die Freunde und Freundinnen der bestehenden Gesellschaft geben sich in ihrem Selbstverständnis bewusst unideologisch, ja geradezu antiideologisch. Ganz im Sinne einer Hegelschen Staatsphilosophie, dass das, was existiert, vernünftig ist, wird die eigene Ideologiehaftigkeit und die der Gesellschaft geleugnet. Ideologisch, das ist nur diejenige Logik, die sich jenseits der Realität und ihrer normativen Rationalität befindet.

So stellte z.B. Dieter Lenzen, Korpsangehöriger der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Präsident der FU Berlin, 2004 fest, dass „vor allem seit den siebziger Jahren Bildungspolitik von Ideologie überlagert [war] und nicht mehr an der Frage orientiert, was Schulen leisten müssen". Völlig „unideologisch" schlussfolgerte er schließlich, dass wir „ein Wirtschaftsstandort sein [müssen], an dem Geld verdient wird, an dem tüchtige Menschen entwickeln und produzieren."

Als akzeptables Denken gilt schließlich nur noch das, welches sich strikt auf den engen Bahnen existierender Handlungsstrukturen bewegt, d.h. sich an rationalistische Praktiken im Sinne des marktwirtschaftlichen Ethos bindet. Geschöpfe wie Lenzen nennen dies Realismus oder Pragmatismus — in Wirklichkeit ist es Ultraopportunismus, die Kastration der Vernunft.

So suchen Industriesoziologen Anpassungsmöglichkeiten der ArbeiterInnen an die Arbeit (ohne Ausbeutungsverhältnisse zu hinterfragen); Politologinnen kommentieren Wahlen und erklären die Politik (ohne das politische System anzutasten); Wirtschafter konstruieren Wirtschaftspläne (ohne die Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu erwägen) oder entwerfen ganze Sozialreformen zum Umgang mit Erwerbslosen (ohne wirklich Gründe der Arbeitslosigkeit zu wissen); Werbeleute erzeugen Fluten konditionierender Reklame (ohne die Konsumgesellschaft zu prüfen); andere fertigen Expertisen für die Medien an (ohne ihre Funktion zu kritisieren), während Fabrikarbeiter an einer Maschine schrauben, die ihnen bald den Job abspenstig macht ...

Dass eine grundlegende Infragestellung gesellschaftlicher Strukturen kaum vorgenommen wird, lässt sich ohne weiteres am gesellschaftlichen Diskurs ablesen. Hierbei offenbart sich eine Homogenität von vermeintlichem Wissen, welche die Legitimität des Status quo normativ so festgeschrieben hat, dass allein schon ein Versuch der Kritik von „Rechtsstaatlichkeit", „Demokratie", Besitzverhältnissen und der Formel, es gäbe keine Klassen mehr, absurd erscheinen muss. Der gesellschaftliche Konsens darüber ist nun mal dermaßen überwältigend, dass abweichende Meinungen mit der entsprechenden Selbstsicherheit als Verirrung abgetan werden können.

Das Legitimitätsverständnis speist sich dabei nicht unwesentlich aus der Geschichtsbetrachtung. Historisch rechtmäßig ist die gegebene Gesellschaftsformation schon allein aufgrund ihrer Existenz: Sie hat sich eben durchgesetzt im Konkurrenzkampf mit anderen sozialen „Experimenten". Unter dem Banner evolutionärer Legitimation darf dann auch schon mal soweit gegangen werden, das „Ende der Geschichte", also quasi die Übergesellschaft, zu proklamieren. Geschichte steht dabei nicht mehr für ein breites Feld sozialer Kämpfe, sondern für eine lineare Fortschrittsbewegung, die zu diesem Punkt führte, ja führen musste. Alternativen gibt es nicht, nur Notwendigkeiten. Man könnte fast meinen, hier fand eine Selbstbedienung in der Abstellkammer marxistischer Terminologien statt.

So nimmt es auch nicht Wunder, wenn in gegenwärtigen sozialen Kämpfen der Fortschrittsbegriff derart verdreht wird, dass es einem den Atem nimmt. Wer z.B. die neuerlichen Proteste in Frankreich verfolgte, der durfte sich von den Medien anhören, wie der „Konservatismus der Jugendlichen", ihr Festhalten an überkommenen „Traditionen", den Fortschritt blockiere. Die Reformen seien ja vor allem eins: richtig, weil notwendig.

Sie bestätigt sich also immer wieder, die sog. „normative Kraft des Faktischen". Denn die Grundlage des Funktionierens einer Ideologie besteht ja vor allem in der Internalisierung von Logik. Im Zustand der absoluten Meinungshegemonie manifestiert sich so eine Eindimensionalität, die alternative Impulse im gesellschaftlichen Denken effektiv zu filtern vermag.

Totalität des Marktes

In der Ideologie des Neoliberalismus wird der Markt totalitär, und zwar in dem Sinne, dass er nichts außerhalb von sich gelten lässt, alles in und für sich vereinnahmt. Er nimmt die Rolle einer Art von sozialem Äther ein, der nicht greifbar, aber dennoch omnipräsent und maßgeblich ist. Kurz, er wird zur naturgesetzlichen Tatsache mythologisiert, die nicht kritisierbar ist, sondern immer und überall eingeplant werden muss.

Es gleicht schon einer gewissen Parodie auf den Marxismus, wenn sog. Wirtschaftsexperten das Kapital analysieren, um daraus die richtigen Maßnahmen für eine (kapitalistische) Wirtschaftspolitik abzuleiten. So werden vermeintlich anonyme Prozesse der Naturkraft Markt in Kalkulationen zu entschlüsseln versucht, und heraus kommt ein Katalog idealtypischer Annahmen, aus denen sich die entsprechenden Notwendigkeiten ablesen lassen.

Doch was in diesen wirtschaftswissenschaftlichen Formeln und Rezepten so betörend verklausuliert wird, basiert in Wirklichkeit auf niederen Trieben aus der vorintellektuellen Phase: So bedeutet z.B. die Forderung nach Schaffung attraktiver Standortbedingungen nichts anderes als die Unterwerfung unter das Profitinteresse und die Gier Einzelner. Im öffentlichen Bewusstsein wird jedoch systematisch weggeschwindelt, an wen genau diese Attraktivität durch Unterwürfigkeit sich richtet. Adressatin der Anbiederung ist nicht eine spezifische, beim Namen genannte Interessengruppe, die Kapitalistenklasse, sondern von den Marktmechanismen des Investitionsanreizes ist beziehungslos die Rede: Kapitalistische Interessen werden somit tabuisiert und ein gesamtgesellschaftliches Interesse konstruiert.

Die markttotalitäre Logik folgt dabei quasi einer Pervertierung des Kantschen Kategorischen Imperativs, in dem Sinne, dass die subjektiven Leitvorstellungen für das Handeln von Unternehmern zu einem gesellschaftlichen Generalprinzip erhoben werden. Subjektive Triebe werden letztlich mit der Verabsolutisierung des Marktprinzips relativiert, und das Unternehmertum wird in das Kalkül wirtschaftspolitischer Planungen nur noch als abstrakter Faktor einbezogen, der uns im euphemistischen Mantel des Sachzwangs entgegentritt.

Durch diese normative Verdinglichung außerhalb des Fokus' personalisierbarer Kritik gestellt, erfreut sich die unternehmerische Klasse eines Status' moderner Fürsten: „unantastbare, keiner Rechenschaftspflicht unterliegende private Tyranneien, die den größten Teil der internationalen Wirtschaft kontrollieren" (Noam Chomsky) und folglich die Regierungen, die wir (vermeintlich) in einer „Demokratie" gewählt haben.

http://de.indymedia.org

Der große Standortschwindel

Die Rolle der transnationalen Konzerne und Investoren wird in diesem Zusammenhang häufig als die eines „virtuellen Parlaments" bezeichnet. Damit wird ihr überwältigender politischer Einfluss charakterisiert, der sich darauf gründet, dass sie die Politik des jeweiligen Landes beurteilen und, sollte diese mit ihren Interessen konfligieren, seine Wirtschaft ruinieren können. Wenn wir von den populistischen Implikationen der von Franz Müntefering initiierten „Kapitalismusdebatte" absehen, so beinhaltete diese interessanterweise ein relativ klares Eingeständnis der hiermit geschilderten Machtverhältnisse. Relativ unverblümt erklärten damals diverse Mitglieder der Bundesregierung ihre Abhängigkeit vom Unternehmerwillen. Und dennoch: Die Widersprüchlichkeit der Standortkonkurrenz steht nicht zur Debatte.

Im Gegenteil: Standortargumentation ist das herausragende Merkmal des gegenwärtigen sozialen Diskurses. Durch den Verweis auf die Zukunftsfähigkeit des Standortes werden Klasseninteressen zurückgestellt und potentielle Störer des „innersozialen Friedens" zur Raison gebracht. Nur unter den Prämissen eines solchen „nationalen Projekts" sind die neoliberalen Verhältnisse durchsetzbar, werden Verzicht und Befriedung möglich gemacht.

Ein Kapitalismus, der als global player agiert, vermag es, Antagonismen in der Arbeiterschaft weltweit zu erzeugen und auszuspielen. Seinen Niederschlag findet dies in der Erpressung der diversen „Standorte" durch Abwanderungsdrohungen. Staatliche Eliten und Bosse der etablierten Gewerkschaften reagieren wiederum mit dem Appell an die Rücksicht der Arbeitenden auf das „nationale Projekt". Korporativistisch in ihrem innersten Kern, gaukelt diese Logik die angebliche Interessenidentität einer nationalen „Sozialpartnerschaft" vor.

Eine Spirale — zwei Richtungen

Die Stärke des Kapitals ist die Schwäche des klassenbewussten Internationalismus: denn der Kollektivgeist des eingebildeten nationalen Interesses dominiert somit ein internationales Klassenbewusstsein. Soziale Divergenzen zwischen Unten und Oben, Arm und Reich, Profiteuren und Ausgebeuteten werden dadurch ausgeblendet und berechtigte Forderungen als egoistisch gebrandmarkt. Im Zuge dessen sind die nationalen Arbeiterschaften für Konjunktur und Arbeitsplätze zum ständigen Verzicht bereit, während sie dabei immer mehr in Konkurrenz treten und bestmögliche Profitbedingungen für die transnationalen Unternehmen schaffen.

Die Intensität dieses Zustandes, soziale Lethargie und Zerrissenheit, steht unmittelbar im Zusammenhang mit den ideologischen Hammerschlägen des Neoliberalismus, der durch seine umfassende Präsenz zu einer regelrechten Verflachung des Denkens geführt hat. Wo mit den simpelsten Widersprüchen operiert wird, werden diese häufig nicht erkannt oder fatalistisch akzeptiert: die Repression der Erwerbslosen bei über vier Mio. faktisch nicht vorhandenen Stellen; die Erhöhung des Renteneintrittsalters bei fünf Mio. Arbeitslosen; die sozialpartnerschaftliche Interessenidentität bei zunehmender Verarmung gegenüber unermesslichen Profiten; die Stagnation oder Steigerung der Arbeitszeiten bei ständigem Wachstum der Produktivkräfte; die erwartete Standortattraktivität durch Flexibilisierung, wo doch alle anderen Länder gleichzeitig genauso flexibilisieren; die Freihandels- und Sonderrechte der Unternehmer bei Bewegungsunfreiheit der Normalbürgerin und intensivierter Flüchtlingsabwehr ...

Wenn die bestehende Einlullung im Denken aufgebrochen werden soll, dann nur, wenn sich im Bewusstsein über derlei Widersprüche ein Klassenbewusstsein entwickelt. Am ehesten manifestiert sich dieses durch das lebendige Beispiel einer kämpferischen Praxis, die sich gegen diese Zustände richtet und es darüber hinaus vermag, eine eigene Agenda erkennen zu lassen. Der internationale Vergleich, der von Unternehmern argumentativ genutzt wird, um die Spirale der Arbeitsstandards nach unten zu drehen, lässt sich durch eine offensive Gewerkschaftsbewegung ebenso umgekehrt nutzen. Dabei sind die agitatorischen und kulturellen Möglichkeiten, die zur Verbreitung einer alternativen Perspektive beitragen, fast ebenso wichtig. Gerade die Internationalismus-Agitation könnte schließlich zum subversiven Faktor werden. So schwer es auch ist, sich Gehör in einem tosenden Orkan zu verschaffen ... wir können, wir müssen einen Unterschied herstellen.

Holger Marcks

Eine Lektion in neoliberaler Propaganda

Als der Ölkonzern Shell 1995 aufgrund seiner Ausbeutungspraktiken und politischen Einflussnahme in der Dritten Welt wiedermal in die Kritik geriet, reagierte er in einigen Ländern mit einer Imagekampagne. U.a. veröffentliche Shell Anzeigen, die als Informationsdienst am Kunden dargestellt wurden. Das folgende für sich sprechende Beispiel zeigt nicht nur den heuchlerischen Charakter derartiger „Öffentlichkeitsarbeit" auf, sondern auch, wie mit der Umdrehung von Tatsachen, verkürzten Darstellungen und Suggestivsätzen Stimmung gemacht wird — bis man nicht mehr weiß, was gut oder schlecht ist:

„Menschen haben das Recht auf die Wahrheit, die unverblümte, sogar die unbequeme, aber niemals darf sie einem Zweck unterworfen sein, wie nobel oder gutgemeint er auch sein mag. Sie haben das Recht auf klare Überlegungen. Parolen, Boykotte und Proteste bieten keine Antworten ... [E]s ist geäußert worden, dass sich Shell gänzlich aus Entwicklungsländern zurückziehen sollte. Das Öl würde sicherlich weiterhin fließen. Die Geschäfte würden weitergehen. Die überwiegende Mehrheit der Angestellten würde ihre Stellen behalten. Doch die vernünftigen und ethischen Geschäftspraktiken, die gleichbedeutend mit Shell sind, die Umweltinvestitionen und die mehreren zehn Millionen Dollar, die für Gemeindeprogramme gespendet werden, wären allesamt verloren. Wieder einmal wären es die Menschen in Entwicklungsländern, die man treffen würde. Es ist zu einfach, in seinen bequemen Heimen im Westen zu sitzen, Sanktionen und Boykotte gegen ein Entwicklungsland fordernd [gemeint ist der geforderte Rückzug Shells aus diesen Ländern — sic!]. Indes sollte man sicher sein, dass spontane Reaktionen nicht eher Schaden anrichten, als Gutes bewirken. Einige [campaigning groups] sagen, dass wir in den politischen Prozess in Entwicklungsländern eingreifen sollten. Doch selbst wenn wir könnten, müssen wir das noch lange nicht. Politik ist das Geschäft von Regierungen und Politikern. Die Welt, in der Unternehmen ihren ökonomischen Einfluss nutzen, um Regierungen nach oben oder zu Fall zu bringen, wäre in der Tat schrecklich und trostlos." („Clear Thinking in Troubled Times", *Winnipeg Free Press*, 21. Nov. 1995)

Fragt sich nur, ob wir dies mit einem Lachen abtun können oder ob wir durch das Perfide in solcher Propaganda gewarnt sein sollten.



Des Wahnsinns letzter Schrei

Der Ende 2005 produzierte Film zieht eine erste Bilanz nach Einführung von Hartz IV: Anhaltende Arbeitslosigkeit, Ein-Euro-Jobs und immer neue Kontrollen und Kürzungen auf der einen Seite — auf der anderen Seite deutsche Unternehmen, die Rekordgewinne schreiben. „Des Wahnsinns letzter Schrei" zeigt in eindrucksvollen Bildern, dass es sich bei den scheinbar widersprüchlichen Phänomenen nicht um ein „bedauerliches Missgeschick", sondern um einen politisch beabsichtigten Prozess handelt. Auch wenn die neuesten Verschärfungen, wie längere Unterhaltspflicht für Kinder oder die Umkehrung der Beweispflicht bei Bedarfsgemeinschaften, natürlich noch nicht berücksichtigt werden konnten, zeichnet der Film dennoch ein treffendes Stimmungsbild, geprägt von Resignation, aber auch vom Aufbäumen gegen die soziale Ausgrenzung. Interessant für alle, die gern mal hinter den Medien-Mainstream schauen.

Des Wahnsinns letzter Schrei, BRD 2005.
Tanja v. Dahlern/Bärbel Schönafinger/Britta Schneider, DVD (auch als VHS-Video erhältlich) 55 min, 10,- Euro.
http://kanalb.org/shop

Nicht resozialisierbar

Ein geistreicher, bissiger Film über Globalisierung, der dabei überaus unterhaltsam ist, das ist „The Corporation". Nicht umsonst heimste die brillante Doku gleich 31 internationale Preise ein. Achbar, Abbott und Bakan gehen darin der Frage auf die Spur: Wenn ein Unternehmen nicht nur eine juristische Person, sondern eine aus Fleisch und Blut wäre, was für eine Person wäre sie? Im Verlauf des Films, der den rasanten Aufstieg des Konstrukts „Konzern" nachzeichnet, kommen sie zu dem Schluss: Ein asozialer, egozentrischer Psychopath, der therapeutische Hilfe braucht. Ein Muss für alle, die glauben, dass Kapitalismus nicht die beste aller Wirtschaftsformen ist — und für alle anderen erst recht!

„The Corporation. Das pathologische Streben der Konzerne nach Geld und Macht". Engl. m. dt. Untertiteln, Mark Achbar u. Jennifer Abbott, 145 min. plus Bonustracks m. Interviews etc. Kanada 2003. Bezug: Zweitausendeins, 14,90 Euro. Mehr Infos: www.thecorporation.com

Betragen ungenügend

Das kurze Leben einer Kinolegende: Jean Vigo

Unter KinoliebhaberInnen genießt Jean Vigo einen legendären Ruf — obwohl oder vielleicht gerade weil er bereits mit 29 Jahren starb und nicht mehr als vier Filme hinterließ, darunter drei Kurzfilme, mit einer Gesamtlänge von kaum mehr als drei Stunden. Ein typischer Fall aus der Rubrik: „Live fast, die young", könnte man meinen. Dass Vigo „schnell" gelebt hat, trifft sicherlich zu, für den Mythos vom frühvollendeten Genie taugt er aber nicht. Eher schon liefert er Anschauungsmaterial für die Schwierigkeiten und den nur bedingt erfolgreichen Versuch der Kunst im Kapitalismus, eine subversive politisch-künstlerische Vision durchzusetzen.

Almereyda — ein Anarchist der „Belle Epoque"

Jean Vigos Leben und Werk ist nicht denkbar ohne das seines geliebten, verehrten, ebenfalls früh verstorbenen Vaters. Dieser Vater, Eugène Bonaventure de Vigo, 1883 in Andorra geboren, wird zu Anfang des 20. Jahrhunderts unter dem Pseudonym Miguel Almereyda zum bekanntesten und einflussreichsten Publizisten der libertären Linken. Vor allem als Mitbegründer der Wochenzeitung „La Guerre Sociale" (Der soziale Krieg) erreicht er ein Massenpublikum. Das linksradikale und militant antimilitaristische Blatt erscheint zeitweilig in einer Auflage von 60.000 Exemplaren.

Jean Vigo wird am 26. April 1905 geboren, als Sohn von Vigo-Amereyda und Emily Cléro, einer Genossin. Sein Leben turbulent zu nennen, wäre vermutlich eine Untertreibung. In Decken gehüllt, wird der Säugling zu allen Versammlungen und Kneipendiskussionen mitgeschleppt. Seine frühe Kindheit verbringt er in billigen Absteigen oder bei Freunden und Bekannten des Vaters, wenn dieser wieder einmal (wegen Aufrufs zur Sabotage, zur Desertion usw.) im Knast sitzt — Lebensumstände, die seine frühe Tuberkuloseerkrankung sicher mitverursacht haben dürften.

Bereits vor dem 1. Weltkrieg entwickelt sich Almereyda nach rechts, wandelt sich vom Pazifisten zum Militaristen und lässt sich auf dubiose Machenschaften mit Teilen der politischen Klasse um den Finanzminister Caillaux und den Innenminister Malvy ein, die seine neue, 1913 gegründete Zeitschrift „Le Bonnet rouge" finanzieren. In „Le Bonnet rouge", ab 1914 Tageszeitung, agitiert Almereyda für den Kriegseintritt und wird ein erfolgreicher Zeitungsmagnat. Für Jean Vigo bricht an der Seite seines Vaters eine kurze Zeit des Wohlstands an, die aber abrupt endet.

Im Einklang mit seinen Geldgebern, die einen Verhandlungsfrieden mit Deutschland befürworten, vollzieht Almereyda 1917 eine erneute Kehrtwendung zurück zum Pazifisten und gerät in einen Machtkampf innerhalb der herrschenden Klasse zwischen der „Friedenspartei" und denen, die eine militärische Lösung um jeden Preis anstreben. Letztere setzen sich durch. Als „Bauernopfer" wird Almereyda verhaftet und stirbt kurz darauf unter mysteriösen Umständen in seiner Gefängniszelle.

Vigos Weg zum Film

Der Tod seines Vaters — die offizielle Selbstmordversion wird er stets ablehnen — ist ein traumatisches Erlebnis für Jean Vigo und ein wichtiger Einschnitt in seinem Leben. Er kommt zu den Großeltern nach Südfrankreich. Es ist schwierig, für den „Sohn des Verräters" eine Schule zu finden. Unter falschem Namen findet sich ein Platz in einem Internat in Millau (bei Montpellier), wo Vigo vier Jahre verbringt. Ironischerweise trägt die Schule heute seinen Namen (den richtigen, wohlgemerkt). Nach dem Abitur in Chartres 1925 beginnt er ein Philosphiestudium an der Pariser Sorbonne. Seine sich verschlimmernde Tuberkulose zwingt ihn zu wiederholten Klinikaufenthalten in den Pyrenäen. Dort lernt er 1928 die polnische Fabrikantentochter Elisabeth Losinska kennen. Das Paar zieht nach Nizza und heiratet 1929. Mit finanzieller Unterstützung seines Schwiegervaters kann Jean Vigo eine gebrauchte Filmkamera erwerben. Mit seinem Kameramann Boris Kaufman macht er 1929/30 die Aufnahmen für seinen ersten Film, „Apropos Nizza". Es ist weniger ein Dokumentarfilm über die Stadt als ein Filmessay oder, in Vigos Worten, ein „dokumentierter Standpunkt". Vigo zeigt das Urlaubsparadies der Reichen und Schönen als Glitzerwelt des ziellosen und sinnleeren Müßiggangs. Hotels, Casinos, Tanzpaläste, Sportplätze, die berühmte Uferpromenade, Strand und Meer, ein Feuerwerk, ein Karnevelsumzug, eine Militärparade ... Bilder, die Vigo mit satirischen Schnitten, Überblendungen, Beschleunigungen und Verlangsamungen, ungewöhnlichen Kameraperspektiven und Detailaufnahmen zu einem bissigen Porträt einer untergehenden Gesellschaft montiert. In zwei Szenen wirft Vigo buchstäblich einen Blick hinter die Kulissen, zeigt ein Armenviertel und eine Fabrik. Ohne das proletarische Elend zu glorifizieren, erscheint diese Hinterhofwelt der Armen und Arbeitenden dennoch würdevoller und humaner als die Fassade des dekadenten Bürgertums. Es ist Vigos erklärte Absicht, den Betrachtenden eine „revolutionäre Lösung" nahe zu legen. Der Film hat im Mai 1930 in Paris Premiere, kommt aber über einen Achtungserfolg unter Cineasten nicht hinaus.



Die Stützen der Gesellschaft. Das Schulfest in „Betragen ungenügend"

Revolte im Internat

Vigos Versuch, in der Filmindustrie Fuß zu fassen, zeitigt zunächst nur mäßige Ergebnisse. Ein Kurzfilm über den Schwimmchampion Jean Taris entsteht, „Taris, König des Wassers" (1931), eine 11minütige Sportdoku, eine reine Auftragsarbeit. Wegen seiner prekären Finanzlage ist Vigo sogar gezwungen, seine Kamera wieder zu verkaufen. In dieser Situation kommt ihm der Zufall zur Hilfe in Gestalt des Geschäftsmanns Jacques-Louis Nounez, der sich als Filmproduzent versuchen möchte. Er finanziert Vigos ersten Spielfilm, „Betragen ungenügend", über eine Schülerrevolte in einem Provinzinternat — offenkundig ein autobiographisches Sujet. Das Budget reicht, um vier Schauspieler zu engagieren, der Rest besteht aus Laiendarstellern, die Vigo in Paris auf der Straße anspricht. Wegen Verzugs bei den Dreharbeiten bzw. Überschreitung der vereinbarten Länge müssen einige Szenen entfallen. Dass der fertige Film auf eine stringente Handlung verzichtet und sich mehr auf die Logik einzelner Szenen konzentriert, ist jedoch auch künstlerische Absicht.

Nach den großen Ferien kehren die Schüler ins Internat zurück, wo eine Gruppe kleinlicher, autoritärer Pauker ein diktatorisches Regiment führt. Vigo verspottet die hierarchische Ordnung, indem er die Rolle des Direktors mit einem vollbärtigen Zwerg mit piepsiger Stimme besetzt. Die Parallelen zwischen Schule und Gefängnis sind offensichtlich. Die Schule fungiert aber auch als Sinnbild der Gesellschaft, wie in einer der Schlüsselszenen des Films deutlich wird, die zugleich eine versteckte Hommage an den Vater ist. Ein aufsässiger Schüler, der vor den Direktor zitiert wird, bekräftigt vor versammelter Lehrerschaft seine Haltung mit einem „Ihr könnt mich mal" – dieselben Worte, die Almereyda einst als Schlagzeile in „La Guerre Sociale" an die Adresse der Regierung gerichtet hatte.

Diese „Kriegserklärung" bildet gewissermaßen den Auftakt der Revolte. Es folgt eine der berühmtesten und vielleicht schönsten Szenen der Filmgeschichte: die Kissenschlacht im Schlafsaal. Was als ausgelassene Herumtollerei beginnt, verwandelt sich plötzlich in reine Magie. Die Szene wird verlangsamt, in Zeitlupe gezeigt, die Musik läuft rückwärts, der ganze Raum ist erfüllt mit dem wirbelnden Federn der aufgeplatzten Kissen. Die Jungen in ihren weißen Nachthemden formieren sich zu einer Art Prozession, eine Parodie auf religiöse Rituale wie auf ihre Marschordnung als Schulklasse.

Am nächsten Morgen findet das Schulfest statt, zu dem die Vertreter von Kirche, Staat und Armee erscheinen. Einen Teil von ihnen hat Vigo durch grotesk grimassierende Puppen ersetzt. Die rebellierenden Schüler sind auf das Dach geklettert, von wo aus sie die wie in einer Wurfbude aufgereiht sitzenden Würdenträger mit allerlei Gegenständen bombardieren und in die Flucht schlagen. Mit einer Einstellung der über das Dach entfliehenden Schüler endet der Film.

Der verhinderte Film

Bei der Uraufführung ist die Empörung riesengroß. Der Film wird sofort verboten und bleibt es bis 1945. Trotz des finanziellen Verlustes ist Nounez bereit, einen zweiten Film mit Vigo zu produzieren. Vigo arbeitet an einem Projekt mit dem Titel „Flucht aus dem Bagno", der Verfilmung der Lebensgeschichte von Eugène Dieudonné, einem Anarchisten, der 1911 im Zusammenhang mit den spektakulären Raubüberfällen der „Bonnot-Bande" als angeblicher Mittäter zum Tode verurteilt und schließlich in die Strafkolonie nach Guyana deportiert wurde. Als einem der wenigen gelingt ihm die Flucht. Nach seiner Begnadigung kehrt er nach Frankreich zurück und nimmt seinen Tischlerberuf wieder auf. Seit den 1920er Jahren gehört er, wie viele Ex-Freunde Almereydas, zum Bekanntenkreis von Vigo. Er arbeitet am Drehbuch mit und soll in dem Film sich selbst spielen. In einem fortgeschrittenen Stadium der Planung muss das Projekt aufgegeben werden. Dem Produzenten sind die finanziellen Risiken zu groß (u.a. ist ein Dreh an Originalschauplätzen in Guyana vorgesehen). Vor allem fürchtet er jedoch, dass die Zensur erneut zuschlagen könnte. Nounez möchte dieses Mal auf Nummer sicher gehen und drängt Vigo ein „garantiert harmloses" Sujet auf. Vigo kann mit dem banalen Drehbuch nichts anfangen, hat aber keine Wahl, will er überhaupt noch einen Film drehen. Immerhin ist das Budget ausreichend, um den famosen Michel Simon zu verpflichten, dessen Darstellung des „Père Jules" tatsächlich zu den Höhepunkten des Films zählt. Die Dreharbeiten stehen unter keinem guten Stern. Vigo schreibt in aller Eile das Drehbuch um, die Außenaufnahmen bei winterlicher Kälte untergraben seine angeschlagene Gesundheit weiter. Dennoch: „Atalante", sein letzter Film und sein einziger Langfilm, avanciert zum Kinoklassiker und taucht heute in entsprechenden Umfragen regelmäßig in der Top Ten der besten Filme aller Zeiten auf

Dabei ist die Story nach wie vor eher trivial: Jean, der Binnenschiffer, und Juliette, die Bauerntochter heiraten. Die junge Frau zieht zu ihrem Mann auf dessen Schiff, die „Atalante", das die Wasserstraßen Nordfrankreichs befährt. Außer ihnen ist noch der Bootsmann „Père Jules" mit von der Partie, ein kauziger alter Seebär, dessen Kajüte mit den skurrilen Mitbringseln seiner zahlreichen Reisen vollgestopft ist. Die lebenslustige Juliette langweilt sich bald über die Routine des Lebens an Bord. Als das Schiff in der Nähe von Paris anlegt, kann sie nicht widerstehen und flieht zu einem nächtlichen Ausflug in die Metropole. Der gekränkte Jean wartet nicht auf ihre Rückkehr und lichtet den Anker. Doch er bereut seinen Entschluss schnell und verfällt in eine Depression. Auch Juliette wird ohne Geld und ohne Arbeit nicht glücklich in der großen Stadt. Es ist Pére Jules, der schließlich nach Paris aufbricht, um die junge Frau zu suchen und das Paar am Ende wieder zusammenführt. Vigo gelingt es nicht nur, diese Liebesgeschichte von den üblichen Klischees freizuhalten, er zeichnet zugleich ein kritisches Porträt Frankreichs zu Beginn der 1930er Jahre, als einer von Wirtschaftskrise und sozialen Konflikten gebeutelten Gesellschaft.

Anstelle der politischen schlägt dieses Mal die ökonomische Zensur zu. Die Produktionsfirma findet die von Vigo geschnittene Rohfassung nicht kommerziell genug, kürzt sie um 20 Minuten, ersetzt die Originalmusik durch einen populären Schlager und gibt dem Film einen neuen Titel. Vigo kann sich gegen diese Verstümmelung seines Filmes nicht mehr wehren. Er ist bereits todkrank und stirbt drei Wochen nach der Uraufführung, am 8. Oktober 1934. Erst 1990 wird aus Archivmaterialien eine rekonstruierte Fassung des Films erstellt.

Film im Zeitalter des Kapitals

Mehr als andere Künste ist der Film eine Industrie. Die Zeiten der Filmpioniere, als eine Kamera, ein paar Theaterrequisiten und eine Handvoll guter Ideen genügten, um die Massen in die ersten Kinosäle zu locken, sind schon vor dem 1. Weltkrieg vorbei. Zu Zeiten Vigos sind die Märkte zwischen wenigen mächtigen Produktionsfirmen und Kinoketten aufgeteilt. Filme zu drehen erfordert einen hohen Kapitaleinsatz, außer bei einer Beschränkung auf Low-Budget-Kurzfilme für ein handverlesenes Publikum von Kinobegeisterten (wie Vigo in „Apropos Nizza"). „Richtige" Filme für großes Publikum sind hingegen nur unter industriellen Bedingungen machbar, unter dem Verwertungsdiktat der Kinokonzerne. Und das heißt, sie sind gehalten, alles zu vermeiden, was den Erfolg an der Kinokasse beeinträchtigen könnte — künstlerische Experimente ebenso wie kontroverse Inhalte jeglicher (moralischer oder politischer) Art. Vigo macht diese Erfahrung auf exemplarische Weise. Der billige und deshalb noch relativ unabhängig gedrehte „Betragen ungenügend" scheitert im Nachhinein am Einspruch der Kinobesitzer und der Intervention des Staates: „Alle diese Kinobesitzer waren sehr besorgt über die Vorstellung, ihr Publikum aufzuregen. Sie wollten jedem gefallen.Wenn ein Film auch nur die leiseste Empörung vermuten ließ, lehnten sie es ab, ihn zu zeigen. Doch als Vigo „Betragen ungenügend" drehte, dachte er nicht daran, gefällig zu sein. Er versuchte, eine Satire zu drehen". Der bereits unter kommerziellen Vorgaben gedrehte Großfilm „Atalante" wird hingegen schon vor dem Kinostart vom Monopolisten „Gaumont" dem vermeintlichen Publikumsgeschmack gemäß umgearbeitet (und floppt trotzdem).

Die Bemühungen von FilmhistorikerInnen, irgendwelche vermeintlich authentischen, von den Filmemachern gewollten Fassungen zu rekonstruieren, in allen Ehren, sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kino — bürokratisch-kapitalistisch strukturiert — schon im Ansatz hinter seinen künstlerisch-politischen Ausdrucksmöglichkeiten zurückbleibt. Filme wie die von Vigo vermitteln allenfalls eine Ahnung davon, wozu das Medium Film — unter anderen Produktionsbedingungen — in der Lage wäre.

MH

Die Verdrängung der sozialen Revolution

Eine problematische Neuerscheinung im Verlag Graswurzelrevolution

Pünktlich zum siebzigsten Jahrestag der Ereignisse von 1936 ist im Verlag Graswurzelrevolution ein Buch erschienen, das sich weniger dem spanischen Bürgerkrieg selbst widmet als dem Ungang mit dessen Erinnerung von der Franco-Ära bis heute.

Das Buch lässt sich grob in drei Teile untergliedern: den Auftakt bildet ein Abriss über Vorgeschichte und Verlauf des Bürgerkriegs und der sozialen Revolution 1936-1939 sowie der franquistischen Repression der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Der zweite Teil ist der „Erinnerungspolitik" des Franco-Staates gewidmet, d.h. dem Versuch, mit allen Mitteln, die einem totalitären Staat zur Verfügung stehen, die klerikal-faschistische Deutung der Ereignisse in der Alltagskultur zu verankern. Dieser Teil bleibt insofern einseitig und unbefriedigend, als ein Vergleich mit dem „Exil", d.h. der Verarbeitung des Bürgerkriegs durch die Unterlegenen, unterbleibt, mithin bei aller Kritik an den Mythenbildungen des Franquismus die Siegerperspektive fortgeschrieben wird.

Der dritte Teil schließlich, vielleicht der interessanteste — weil aktuellste —, beschäftigt sich mit der Funktion des Bürgerkriegs für das gegenwärtige Spanien. Mit dem Tod Francos und dem sogenannten Übergang zur „Demokratie" bildete sich zwischen Siegern und Teilen der Besiegten von einst ein neuer herrschender Konsens heraus, der — unter dem Vorwand der Versöhnung — ein Beschweigen der Vergangenheit beinhaltete: auf Kosten der weiterhin diskriminierten Bürgerkriegsopfer und um den Preis eines massiven Fortwirkens franquistischer Herrschaftssymbolik und reaktionärer Geschichtsbilder.

Erst in den letzten Jahren ist dieser Konsens massiv in Frage gestellt worden durch eine gesellschaftliche Bewegung jenseits des politischen Establishments, die sich auf verschiedenen Ebenen für die Rehabilitierung der Opfer einsetzt: Bürgerinitiaven zur Exhumierung und Identifizierung der immer noch als „verschwunden" geltenden Toten aus Massengräbern, Kollektive zur Beseitigung franquistischer Symbole (Denkmäler, Straßennamen usw.), Forderungen nach Entschädigung und Pensionszahlungen für die verschiedenen Opfergruppen des Franquismus usw. — ein Prozess, der weit über Spanien hinaus Beachtung gefunden hat.



Illegale Zerstörung einer Franco-Statue im Herbst 2005 in Galicien

Ironischerweise ist der Vorstoß der parlamentarischen Linken, sich der Bewegung aus taktischen Gründen anzuschließen und durch Forderung nach einem Entschädigungsgesetz die konservative Regierung unter Druck zu setzen, durch den überraschenden Regierungswechsel 2004 auf sie selbst zurückgefallen. Nunmehr stehen die regierenden Sozialisten unter Zugzwang, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen — und ihre bisherige (Un)Tätigkeit lässt nichts Gutes vermuten.

Ungeachtet aller Fortschritte gegenüber der Vergangenheit scheint sich auch diese neue Bewegung „zur Rückgewinnung historischer Erinnerung" auf einen repressiven Konsens zu gründen, nämlich die konsequente Ausblendung der sozialrevolutionären Dimension des spanischen Bürgerkriegs: „Denn immer ehrt man jene, die einst für 'Freiheit und Demokratie' und nicht etwa für revolutionäre Ziele ihr Leben gaben, kurzum: man ehrt eine Art Vorkämpfertum der gegenwärtigen Demokratie" (S. 326-327).

Anzumerken bleibt allemal, dass trotz der sich betont sachlich, distanziert und unparteiisch gebenden Darstellungsweise des Buches diese „gegenwärtige Demokratie" unverkennbar auch der ultimative und unhinterfragte Bezugspunkt der Verfasser ist. Ein derart staatstragendes Werk in einem anarchistischen Verlag veröffentlicht zu finden, gehört zweifellos zu den Merkwürdigkeiten libertärer „Erinnerungspolitik".

MH

Walther L. Bernecker, Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006, Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 377S., 20,50 Euro, ISBN 3-939045-02-0



Die letzten Tage der Vitalienbrüder

Um 1400, sturmgeschützt in Emden:
Der Morgen graut, und Kneipen-Dörtes Wecker
beendet Schlaf und Traum von Störtebeker.
Der Schrei des Hahns erschreckt die Landesfremden.

Die Fremden, Gottes Freunde, Feind der Welt,
die eben noch in ihren Kojen schliefen,
bewaffnet mit Geschütz und Kaperbriefen,
versperrten einstmals Kattegat und Belt.

„Nun wird es eng", befindet Borkum-Björn.
„Man will uns an die Kragen unsrer Hemden.
Kein Ort bleibt uns von Helgoland bis Emden!"

„Uns bleibt der Küstenabschnitt vor Krummhörn",
meint Störtebeker, „notfalls Memmertsand",
ein Ausweg, den selbst er belämmert fand.

Philonos

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

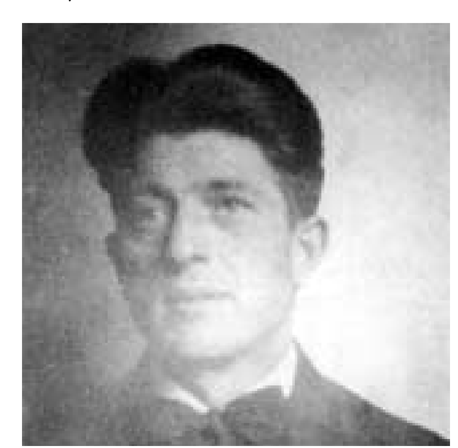
Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Der doppelte Schmitz

Des letzten Rätsels Lösung: Hans Schmitz, zwei Generationen des Widerstands

Hans Schmitz sen. ist Jahrgang 1891 und kam als junger Arbeiter aus Polch in der Eifel nach Wuppertal. Der überzeugte Pazifist beteiligte sich am Ende des Ersten Weltkriegs bewaffnet am Sturz der Monarchie und am Aufbau der Wuppertaler Arbeiter- und Soldatenräte. Als Anarchosyndikalist der ersten Stunde war er schnell als zuverlässiger und unermüdlicher Kämpfer für die Sache bekannt. Infolge seines Aufrufes zur „Beschlagnahmung aller Lebensmittel für das Volk durch das Volk" vor 5.000 Erwerbslosen war er gezwungen, sich einer Verhaftung durch Flucht (Dezember 1923) zu entziehen.



1925, nach der Hindenburg-Amnestie, konnte er wieder nach Wuppertal zurückkehren. Seine Bekanntheit erschwerte ihm das Leben, denn er fand nur noch Aushilfsbeschäftigungen als Bauarbeiter. Zeitgenossinnen schilderten ihn als einen begnadeten Redner, der einen nicht unerheblichen Einfluss auf die radikalen Arbeiter und Arbeiterinnen in Wuppertal ausübte. 1930/31 sollte Hans ein erstes Opfer der Nazis werden. Nach einer Rede in Leuscheid/Westerwald wurde er von einer Horde Nazis angegriffen. Von diesem Angriff erholte er sich gesundheitlich nicht mehr. Kurz darauf, im Februar 1931, starb er an den Folgen dieses brutalen Überfalls.

Hans Schmitz jun. wurde 1914 geboren. Als kleiner Junge erlebte er die Arbeiter- und Soldatenräte 1917/18 und dann noch einmal im Zuge des Kapp-Putsches 1920. Er besuchte die weltliche Schule (religionsfrei!) und gehörte der anarchosyndikalistischen Kindergruppe „Freie Jugend Morgenröte" an. Später schloss er sich der „Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands" und der FAUD an, für die er als Kassierer unterwegs war. 1931 gehörte er zu den Gründern der Wuppertaler „Schwarzen Schar", einer militanten und zum Teil bewaffneten anarchistischen Anti-Nazi-Organisation.

Nachdem 1933 die AnarchosyndikalistInnen alle Organisationen offiziell aufgelöst hatten, beteiligte er sich in den illegalen Strukturen am Widerstand gegen die Nazis. Neben den „üblichen" Widerstandsformen zeichneten sich die Wuppertaler durch weitere spezifische Aktionsformen aus. Zum Beispiel: als die Nazis in Wuppertal ihren Fackelmarsch machen wollten, schubste er zusammen mit anderen Arbeitern und Arbeiterinnen die jubelnde Menge in den Fackelzug. Die Nazis verprügelten daraufhin die in ihre Reihen Geschubsten. Dies ging ein paar Mal gut, dann hatten die Nazis verstanden und die FreundInnen mussten den Rückzug antreten.

1942 heiratete er eine Edelweißpiratin. Der Plan war, sich durch die Heirat aus der Waffenfabrik, in der sie Zünder für Bomben bauen musste, herauszubekommen. Stattdessen musste er durch „unglückliche" Begleitumstände noch 1942 in die Wehrmacht. Sabotage am eigenen Leib bewahrte ihn davor, an die Ostfront zu kommen. Später landete er an der Westfront und hatte eine Flakbatterie zu betreuen. Für jedes abgeschossene Flugzeug gab es einen Ring. Seine Batterie ging leer aus. Sabotage am Material rettete so manchem „feindlichen" Piloten das Leben.

Nach dem Krieg suchte er sofort wieder Kontakt zu den alten Genossen und Genossinnen. Er half mit, die „Föderation Freiheitlicher Sozialisten", die Nachfolgeorganisation der FAUD, zu gründen. 1947 wurde Hans Schmitz ohne sein Zutun zum Betriebsrat gewählt. Die Kollegen hatten ihn einfach aufgestellt. Im Hungerwinter desselben Jahres (siehe Zeitlupe S. 8) organisierte er einen „wilden" Streik in seiner Firma. Die Kollegen nutzten die Gelegenheit, um Hamstern zu gehen. Der Streik war ein kleiner Erfolg. Den Arbeitern wurde zumindest gestattet, sich eine Heizung zu bauen, und außerdem bekamen sie täglich eine Butterstulle. Hans Schmitz flog darauf hin allerdings erst einmal bei der IG Metall raus und der Boss der Firma sagte ihm eine nur kurze Zukunft bei ihm voraus. Hans blieb bis zur Rente. Und auch als Rentner ist Hans Schmitz, der seit Ende des Weltkriegs in Düsseldorf lebt, weiter aktiv. Im Mai ist er 92 Jahre alt geworden.

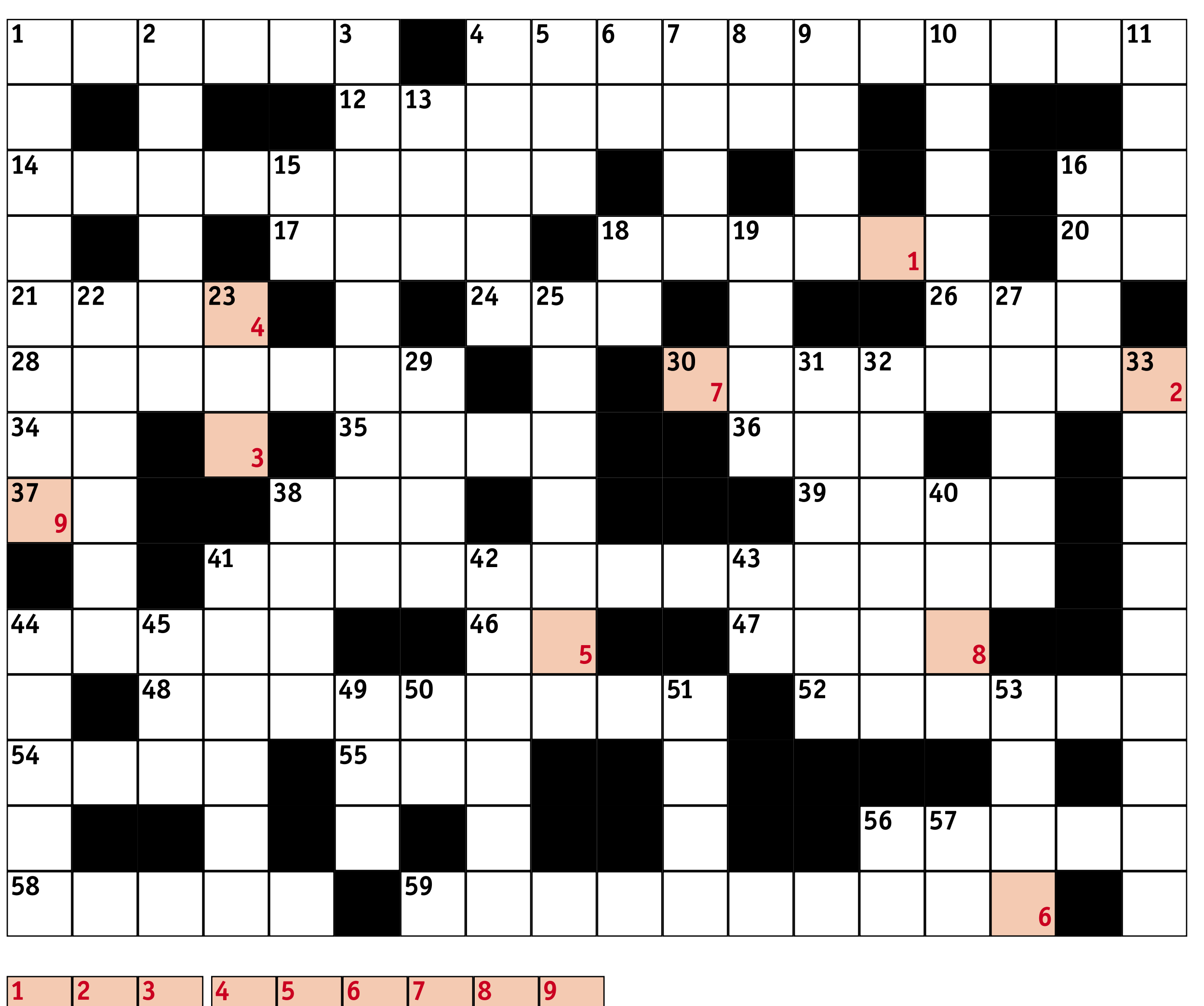
Nebenbei bemerkt war Sophie Schmitz, die Mutter von Hans jun., zwar nicht politisch aktiv und eher religiös orientiert. Doch hielt sie dies nicht davon ab, in Absprache mit einem Arzt, der bei Komplikationen hinzugezogen wurde, illegale Abtreibungen vorzunehmen.

Rudolf Mühland





Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 42



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Waagerecht

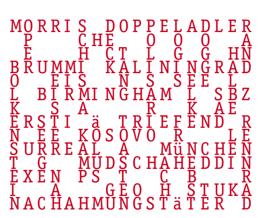
1. ältere AKWs, in Südhessen gelegen, die im Rahmen des faulen „Atomkonsenses" 2007 bzw. 2009 vom Netz gehen dürften **4.** Hafenstadt an der Wesermündung **12.** Erscheinung bei diversen Pflanzenkrankheiten: Aufhellung grüner Pflanzenteile nach Gelb oder Weiß infolge mangelhafter Ausbildung des Chlorophylls **14.** AKW in der BRD, das im Mai 2005 abgeschaltet wurde **16.** Abk. für Antwort, z.B. im E-Mail-Verkehr **17.** Zeile aus der Internationale: „Das Recht, wie ~ im Kraterherde, nun mit Macht zum Durchbruch dringt" **18.** Gegenparole zu einer offiziellen Kampagne in den 90ern gegen Drogenmissbrauch: Keine Macht den ~! **20.** Abk. für Kiloampere **21.** Boss **24.** Monarch in Russland bis zur Oktoberrevolution **26.** empfangendes Prinzip in der chinesischen Philosophie **28.** kleine Industriestadt an der Salzach bei Salzburg **30.** Stifter des Islams **34.** im besonderen <Abk.> **35.** Pseudonym einer in Russland geborenen Anarchistin (1901-73), die 1925 aus der Sowjetunion floh und in Paris die Djelo Truda mit herausgab, die „Plattform" mit formulierte, usw., Vorname: Ida **36.** größter Strom Afrikas **37.** chemisches Zeichen für ein Element aus der Gruppe der Alkalimetalle **38.** Präposition **39.** Teilzahlung **41.** Künstlername eines österreichischer Malers und Architekten (1928-2000), bekannt für die stark farbigen, ornamentalen Formen seiner Werke; das ~-Haus in Wien ist heute ein Touristenmagnet **44.** Industriestadt südlich von Warschau **46.** Kfz-Kennzeichen für Lindau **47.** eine der sog. „Standardsituationen" im Fußball <Kurzform> **48.** wichtigster Chronist der Machno-Bewegung, Vorname: Pjotr **52.** geflügeltes Wort im Unternehmerlager, mit dem Chefs gerne ihre Geschäftsbeziehungen zu den fiesesten Regimes rechtfertigen: „Wandel durch ~" **54.** Nebenfluss des Hochrheins **55.** Verkaufsschlager <engl.> **56.** gegorene Stutenmilch <russ.> **58.** mehrere Industriebetriebe im ehemaligen Ostblock trugen diesen Namen, der auf Russisch „Funke" bedeutet **59.** blasser, in unterirdischen Gewässern lebender Lurch

Senkrecht

1. international bekannter Anarchist, in den USA beheimatet, der sich in seinen Schriften vor allem mit ökologischen Fragen und den Möglichkeiten einer neuen kommunalen Bewegung befasst **2.** Bezeichnung für „Fass" auf dem internationalen Ölmarkt **3.** heuchlerisch daherreden oder schreiben **4.** ganz schnell: wie ein geölter ~ **5.** viele Wege führen nach dieser Stadt, die auch nicht an einem Tag erbaut wurde **6.** persönliches Fürwort **7.** Kultbuch vom Schriftsteller Michael Ende (erschienen 1973) **8.** Kfz-Kennzeichen für Esslingen **9.** Fingerring **10.** ohne Angabe eines Namens **11.** Fluss, an dem St. Petersburg liegt **13.** Ausruf des Erstaunens, der Überraschung **15.** Kfz-Kennzeichen für Groß-Gerau **16.** üppige Pickel, v.a. in der Pubertät **18.** Arzt/Ärztin oder Doktor der Wissenschaften <Abk.> **19.** dreiatomiger Sauerstoff, v.a. in der oberen Atmosphäre **22.** Hauptstadt von Kuba: La ~ <span. Form> **23.** Männername <Kurzform> **25.** Verfasserin, Urheberin eines Kunst- oder Schriftwerkes **27.** Bienenzüchter **29.** Gefühl, das jemanden befällt, wenn er einem anderen etwas nicht gönnt oder das Gleiche haben will und es nicht bekommt **31.** Angehöriger einer wiederkäuenden Paarhuferfamilie **32.** großes Territorium, das Russland 1867 an die USA verkaufte **33.** Bezeichnung für ein Material — ein Gemenge aus bis zu 90 zusammengepressten Lagen Baumwolle, Lumpen und Kunstharzen — das in der DDR für den Bau des Trabis benutzt wurde **38.** dumpfer Schlag <lautmalerisch> **40.** Junge oder Mädchen im Alter zwischen 13 und 19 Jahren **41.** Schauder, Abscheu **42.** kennzeichnend für eine eingebildete gehobene Schicht **43.** die ersten zwei Vokale im Alphabet (wenn man von *ä* absieht) **44.** sagenumwobener Treueschwur bei der Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft: ~schwur **45.** arabisches Segelschiff **49.** griechischer Buchstabe **50.** Gruß <engl.> **51.** seichter Streifen der Nordsee zwischen Küste und vorgelagerten Inseln **53.** gesund und munter: auf dem ~ sein **56.** absolut knülle, fertig **57.** Kfz-Kennzeichen für Ulm

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Florian L. aus Seligenstadt.

Auflösung Nº 41



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: faud1@fau.org
Hintergrund: E-Mail: faul1@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: fau-kultur@gmx.net
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Alexander Stricker

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß da 177: 11. August